



DIE ALTE  
STADT

In Verbindung mit Hans Herzfeld †, Rudolf Hillebrecht,  
Friedrich Mielke und Alexander Mitscherlich  
herausgegeben von Otto Borst

Eckart Leipprand, Trier  
Stadtbildpflege und Stadtplanung

Günther Nufer, Bad Säckingen  
Unterschutzstellung einer Altstadt

Miron Mislin, Berlin  
Wohnungsmodernisierung in Selbsthilfe

Hans-Hermann Lindloff/Jörg Paczkowski,  
Altstadtsanierung: zum Beispiel Wertheim a. M.

9. Jahrgang

**2/82**

Kohlhammer



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Zeitschrift für  
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie  
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Herzfeld †,  
Rudolf Hillebrecht, Friedrich  
Mielke und Alexander Mitscherlich  
herausgegeben von Otto Borst

Band 2 / 1982. Neunter Jahrgang

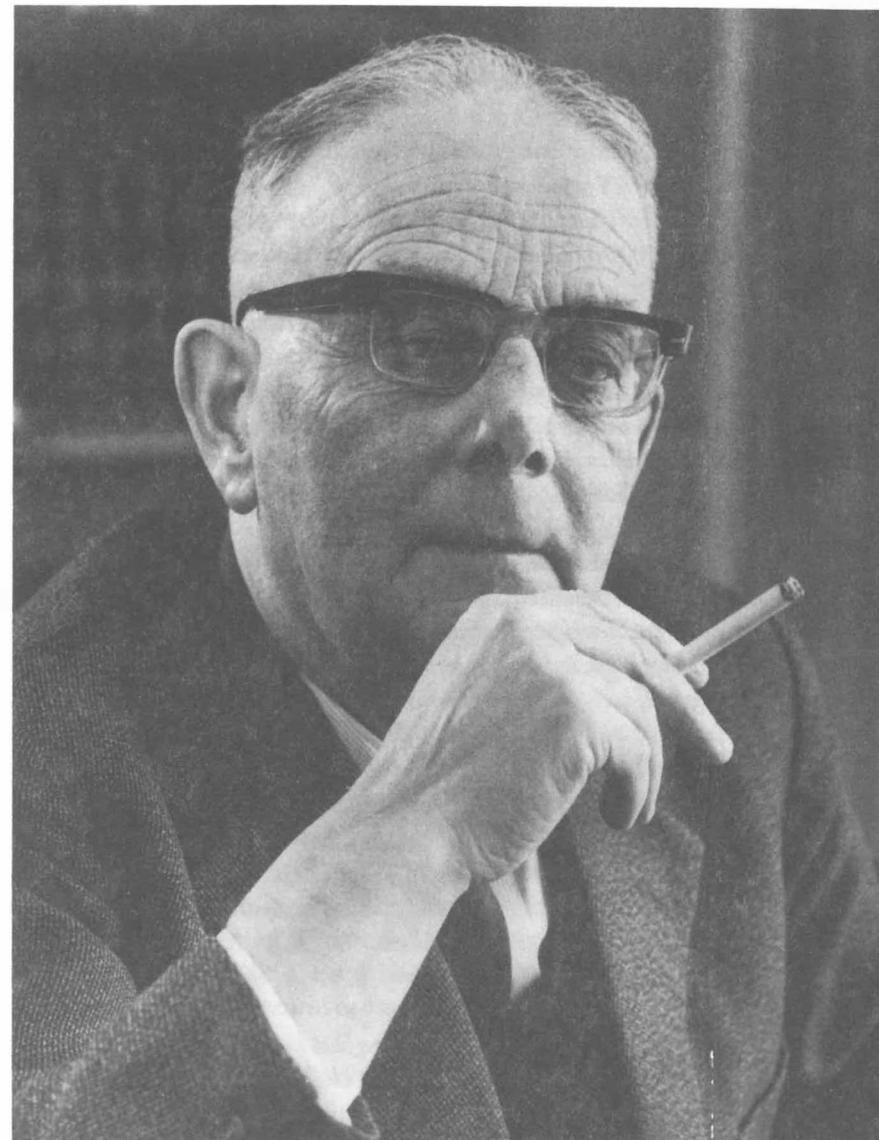
**Redaktionskollegium:** Dr. Otto Borst, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Mozartweg 32, 7300 Esslingen (Schriftleitung) – Dr. Hans Joachim Fliedner, Leiter der Volkshochschule und des Stadtarchivs Offenburg, Ritterhaus-Museum, Ritterstr. 10, 7600 Offenburg – Dr. Henning Grabowski, Wiss. Ass. am Geographischen Seminar der Universität Münster, Königsberger Str. 79, 4400 Münster (Westf.) – Dr. Rainer Jooß, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Föhrenweg 1, 7300 Esslingen – Professor Dr. Hermann Korte, Direktor des Instituts für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik der Ruhr-Universität Bochum, Steinweg 18, 4830 Rheda-Wiedenbrück – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Nadistr. 20, 8000 München 40 – Redaktionslektorat: Eduard Theiner, Hölderlinweg 10, 7305 Altbach – Redaktionssekretärin: Ursula Bioly, Marktplatz 16, 7300 Esslingen am Neckar.

*Die Zeitschrift* erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 390 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 94,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 76,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 26,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

**Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:** W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Graphischer Großbetrieb, Stuttgart. Printed in Germany.

**Redaktionelle Zuschriften** und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 35 7670. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie fotomechanische und andere Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz



### Hans Herzfeld in memoriam

*Als am 20. Juni 1974 im prächtigen spätgotischen Ratssaal zu Weißenburg in Bayern diese Zeitschrift aus der Taufe gehoben wurde, saß in der kleinen Runde der »Taufzeugen« Hans Herzfeld obenan. Wir »Jüngeren« hatten Wochen zuvor lange und oft mit ihm über ein derartiges Projekt gesprochen und in ihm nicht nur einen »Anreger«, sondern auch einen selbstverständlichen Gewährsmann und Patron gefunden. Er hat diese Zeitschrift*

seither in allen ihren Jahren mit persönlichem Engagement begleitet und ihr seinen Arm geliehen, wo immer es notwendig oder ratsam war. Die – tief in die Nacht hineinführenden – Weissenburger »Gründungsgespräche« haben sich hernach in mancherlei Varianten und an manchen Orten immer wieder neu wiederholt. Hans Herzfeld blieb uns in allen unseren Bemühungen ein Mentor und ein Helfer zugleich. Die »Alte Stadt« hat in ihm ein prägendes, treulich leitendes Vorbild verloren.

Herzfeld war, würde einer sagen, nicht eigentlich das, was man unter einem »Stadthistoriker« versteht (welchen Part er in unserem Herausgeberkollegium trotz unnachgiebig vorrückenden Alters so wach vertreten hat). Derlei Auskunft mag sich davon herleiten, daß ihn andere Fachgebiete seines Schaffens bekannter gemacht haben. Indessen müßte nur die Lektüre seines Umrisses »Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Bereich der Kommunalwissenschaften«, den er dem ersten, programmatischen Band des Archiv für Kommunalwissenschaften im Jahre 1962 mitgegeben hat, eines Besseren belehrt haben. Wir haben den Aufsatz damals wie ein Tor empfunden, das zu neuen Arbeitsfeldern führte und der konventionellen Stadthistorie – die noch damals im wesentlichen mediävistisch gestimmt war – neue, aber legitime Arbeitsgebiete anfügte.

Herzfeld hat, was Stadtgeschichte anlangt, beim richtungsweisenden Arbeitskatalog nicht haltgemacht, wiewohl die wissenschaftsorganisatorische Autorität in diesem Betracht, das hat noch der detailgewohnteste Lokalhistoriker gespürt, bei ihm auf eine stupende kommunalhistorische Erfahrung sich gründete. Daß ihn 1961 der Verein für Kommunalwissenschaften zum ständigen wissenschaftlichen Berater gewann, daß das heutige Deutsche Institut für Urbanistik neben der Historischen Kommission zu Berlin, wie Walter Bussmann jüngst sagte, zu seinem Lebenswerk gehören, daß er von Anfang an zusammen mit Rudolf Hillebrecht dem Archiv für Kommunalwissenschaften als Herausgeber vorstand, ist nur erklärbar aus dieser Vertrautheit eines Gelehrtenlebens mit den Phänomenen »Stadt« und »Kommunalpolitik«.

Natürlich hat Hans Herzfeld auch »Grundlagenarbeit«, auch Kärrnerarbeit auf dem Boden der neueren Stadtgeschichte geleistet. Allein seine Miquel-Biographie, ein monumentales zweibändiges Werk von weit über tausend Seiten (1938/9) stünde dafür. Aber es gibt unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen auch so lebenswürdige Lokalstudien wie die über Rixdorf-Neukölln von 1360 bis 1960, über »Das Land Baden« und seine eigene Stadtkultur oder über »Die Tausendjahrfeier der Stadt Halle an der Saale« von 1961. Man hatte »drüben« ein arg zweifelhaftes Jubiläum inszeniert, und der Hallenser Herzfeld nahm das zum Anlaß, den großartigen Abriß einer immerhin bemerkenswerten Stadtgeschichte vorzulegen. Soll an den Essay »Die Stadt in den aufsteigenden Nationalstaaten« erinnert werden, der einem 1970 erschienenen Buch »Die Stadt als Lebensform« das historische Rückgrat gab? Sollen die immer wieder neuen Ansätze genannt werden, mit denen Herzfeld die neuere und neueste Geschichte Berlins einzufangen wußte, einer freilich nun ganz der Originalität seines Schaffens entgegenkommenden Thematik: Stadtgeschichte vor dem Hintergrund von Weltgeschichte?

Herzfeld hat deshalb Stadtgeschichte unter neuen, »modernen« Prämissen verstehen und praktizieren können, weil er die Stadt – auch die Stadt – allemal als einen, freilich wesentlichen Teil einer großflächig verbundenen Welt begriffen hat. Herzfelds Leben hat sich zu einer permanenten, lebendig registrierten Konfrontation mit beidem entwickelt, mit Tradition und Progression, mit den reaktionären Kräften und jenen, die man heute mit der Vokabel »Modernisierung« umschreiben würde. Die Themen seiner wissenschaftlichen Lebensarbeit spannen sich von der Innenpolitik des Bismarckreiches bis zur Widerstandsbewegung im modernen Heer, von Rankes Verhältnis zu Politik und Geschichte seit 1848 bis zu den Problemen des Weltstaatensystems und der Massendemokratie.

In gewissem Sinne ist diese Thematik auch das Erbstück seiner Abkunft. In den Anfangsjahren des Neuen Kurses in Halle an der Saale geboren, in der geistigen Aura eines gebildeten, liberalen akademischen Bürgerhauses aufgewachsen, war Hans Herzfeld noch Zeuge der unmittelbaren Nachwehen des Bismarck-Reiches. Sein 1911 in Freiburg begonnenes Studium, das er dann bis 1914 in seiner Vaterstadt Halle fortsetzte, schloß 1921 mit einer Dissertation über »Die deutsch-französische Kriegsgefahr von 1875« und der Habilitationsschrift von 1923 über »Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkrieg«.

Das sind Themen, die noch ganz der national-deutschen Perspektive verpflichtet scheinen. Aber der Schüler Richard Festers, eines Historikers von ungemein vielseitiger und methodischer Begabung, war als Kriegsfreiwilliger den Materialschlachten des Ersten Weltkrieges entronnen und hatte wenig später auch deutlich die Resonanzen des »kopernikanischen Jahres« 1917 verspürt. Die Bedeutung des Menschen für die Motorik von Geschichte – Lenin, Roosevelt – war ihm ebenso geläufig geworden wie der Abschied von der »alten«, der europazentrierten Geschichte.

Mehr und mehr rückten zwei Leitthemen in den Vordergrund seines Arbeitens, die Rolle der Persönlichkeit – Herzfeld hat seinem »Miquel« sieben Jahre Quellenarbeit gewidmet – und »die moderne Welt«. Die Krönung dieser globalen Bewältigung war die unter dieser Überschrift seit 1950 erschienene Darstellung, ein großartiger, in seinem Kern in wenigen Wochen entstandener Wurf, den wir Studenten damals wie die Lektion von einem anderen Stern herab empfanden und den zahllose Gymnasiallehrer und Schüler – Herzfeld hat dem Geschichtsschulbuch nach 1945 mehrere methodologische Überlegungen gewidmet – gerne benützten. Herzfeld hat »Zeitgeschichte« traktiert, lange bevor dies Wort amtlichen Charakter erhielt. Sein Buch über »Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege« von 1928 deutet diese Bemühungen schon an, und der zweite Teil des zweibändigen Werkes über »Die moderne Welt«, das er, in Sprache und Stil allemal ganz unpräzise, mit »Weltmächte und Weltkriege. Die Geschichte unserer Epoche 1890–1945« überschrieb, besiegelt dieses ungezwungen aktuelle Geschichtsverständnis. Er hatte ein, man darf sagen »klassisches« Gespür für die eigentlichen »Momente« der großen Geschichte, fernab von aller sensibel und unsicher gewordenen, in benachbarte Disziplinen und »Legitimationskrisen« sich flüchtenden Geschichtsauffassung. Wenn wir ihn in den letzten Jahren und Monaten sahen, eigentlich

nur noch in Berlin, einen mühsam mit den Hinfälligkeiten des Körperlichen kämpfenden alten Mann, dem Geist und Güte aber noch wach in den Augen standen, sprach er immer auch von seinem Mühen um eine Weltgeschichte nach 1945. Er hat diesen Plan, der ihn – er wäre am 22. Juni 1982 neunzig geworden – nie in Ruhe ließ, am Nachmittag des 16. Mai 1982 mit in den Tod genommen.

Wenn seine persönliche Haltung etwas im besten Wortsinne »Deutsches« an sich hatte, so lag darin gewiß auch viel Resonanz aus eigen Erlebtem. 1938 muß er, der ehemalige Frontoffizier, der drei französische Kriegsgefangenschaften hinter sich hatte, vom Universitätslebramt weichen, weil sein Großvater Jude war. Das Ministerium entzieht ihm die *Venia legendi* und untersagt ihm die Führung des Professorentitels. Man bringt ihn als wissenschaftlichen Mitarbeiter bei der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres in Potsdam unter. Als er 1943 in einer privaten Unterhaltung nichts anderes als die Katastrophe des Dritten Reiches voraussagt, und ihn einer denunziert, wird er von der Gestapo verhaftet und wegen Wehrkraftzersetzung verurteilt. Die berüchtigsten Gefängnisse des Dritten Reiches folgen, Alexanderplatz, Moabit, Lehrter Bahnhof. Von 1943 bis 1945 lebt Herzfeld als freier Schriftsteller in Freiburg. Dort erhält er 1946 eine ao-Professur, dann holt ihn Friedrich Meinecke nach Berlin. Am 1. Mai 1950 wird er auf das Ordinariat für Neuere Geschichte an der Freien Universität berufen.

Im Aufbau des Friedrich-Meinecke-Instituts und auch der Freien Universität, in seiner schöpferischen Initiative in Fragen der Universitätsreform hat Herzfeld, ein Lehrer ganz eigener Haltung und Prägung, Wesentliches geleistet. Aber es ist bei diesen Verpflichtungen nicht geblieben. Die Schaffung eines Institutes für Berliner Zeitgeschichte, die Wirksamkeit als Vorsitzender der Berliner Historischen Kommission, die aktive Beteiligung an der Entwicklung und Arbeit der Berliner Lehr- und Forschungsinstitute für politische Wissenschaften, die Förderung der Kommunalwissenschaften, die Mitarbeit an den internationalen Vereinbarungen über die Gestaltung und Thematisierung von Schulbüchern, die nie abreißende Vortragsarbeit – das sind nur die wichtigsten »Nebenakzente«, die wir im Blick auf dieses Leben zu setzen hätten.

»Der Historiker kann niemals zugleich praktischer Politiker sein.« Hans Herzfeld hätte das Zeug zu einem ebenso standfesten wie wirkungskräftigen Politiker gehabt. Aber er hat sich allemal an das andere – auch von ihm selbst zitierte – Ranke-Wort gehalten, wonach die Politik »maßgebend und durchgreifend« sei, die Historie »bloß instruktiv«. Mit diesem »Instruieren« hat er es freilich sehr ernst genommen, so ernst, daß er in Fragen geschichtlicher Objektivität bis in seine letzten Schaffensjahre guter Dinge sein konnte. Nicht aus Arglosigkeit, sondern gerade umgekehrt: weil er um die geschichtliche Wahrheit mit seiner ganzen Persönlichkeit rang. Hans Herzfeld hat einem das Schönste gegeben, was einer als Mann und als Wissenschaftler verschenken kann: Vertrauen. Wir alle haben ihm zu danken. Wir werden seine Stimme sehr vermissen.

Herausgeber- und Redaktionskollegium

Eckart Leipprand

## Das Verhältnis der Stadtbildpflege zur Stadtplanung

1. Stadtbildpflege als Stadtoberflächenpflege – 2. Stadtbild als Stadtfarbbild – 3. Stadtbildpflege = Altstadtbildpflege – 4. Stadtbildpflege als Stadtplastikpflege – 5. Stadtbildpflege = Stadtbildschaffung – 6. Stadtbild als Abbild der Gesellschaft – 7. Stadtbild als Artefakt – 8. Stadtbildkonzepte – Gesellschaftsbildkonzepte – 9. Stadtbildzukunft – Gesellschaftszukunft – 10. Stadtbild als Abbild der Demokratie – 11. Stadtbildpflege ohne Stadtbildpfleger – 12. Stadtbild als Kunst – 13. Stadtbildpflege als Stadtpolitikpflege

Der Begriff Stadtbildpflege ist ähnlich dem der Denkmalpflege sicherlich nicht unproblematisch. Während »Denkmalpflege« jedoch die Probe der öffentlichen Diskussion schon weitgehend bestanden hat, steht sie für den Begriff Stadtbildpflege möglicherweise noch bevor und könnte ähnliche Kontroversen auslösen, wie einst bei der Denkmalpflegediskussion. Jedenfalls ist die Stadtbildpflege eine junge Disziplin und in ihrer Beziehung zu bestehenden anderen Aufgabengebieten noch nicht festgelegt.

Der Begriff Stadtbildpflege soll im folgenden in den Bezugsrahmen der Stadtplanung gestellt werden; Stadtbildpflege sollte von Stadtplanung nicht getrennt werden, sondern Bestandteil derselben sein. Der Anspruch von Stadtbildpflege wird also einerseits höher angesiedelt als nur auf der Ebene eines stadtkosmetischen Vorgangs, andererseits verursacht der Begriff Stadtbildpflege bei manchen Stadtplanern ein gewisses Unbehagen. Deshalb scheint es sinnvoll, etliche Grundsatzfragen der Stadtbildpflege zu diskutieren, auch wenn manche dieser Fragen schon als erledigt gelten möchten.

### 1. Stadtbildpflege als Stadtoberflächenpflege

Zweifelloos ist die Betätigung der Stadtbildpflege vornehmlich auf die Oberfläche, zumindest auf das äußere Erscheinungsbild gerichtet. Die Stadtbildpflege sieht darin wahrscheinlich gar nichts Problematisches, dennoch kann man die Frage stellen, ob es so problemlos ist, die Oberfläche städtischer Bauten und Räume von den Bauten und Räumen getrennt zu behandeln, ob die Feststellung schlüssig ist, daß das äußere Bild nicht mehr den heutigen Erwartungen entspricht, und daß es nur deshalb oder eben deshalb diesen Erwartungen entsprechend herzurichten ist, ohne zu fragen – oder gar zu lösen –, weshalb das äußere Bild nicht mehr den Erwartungen entspricht und wie es dazu kommen konnte. Besteht nicht die Gefahr, daß Stadtbildpflege doch zum Stadtdesign, zum Stadtputz, zur

Stadtkosmetik (face-lifting) wird, wenn man nicht ganzheitlich vorgeht, wenn man nicht versucht, den Zusammenhang eines wie auch immer sich heute darstellenden Erscheinungsbildes von Stadt zu verstehen als die konsequente Darstellung heutiger Realität? Wenn dann der Stadtbildpfleger einen Mangel diagnostiziert, müßte er eigentlich erst zusammen mit dem Stadtplaner nach den Ursachen und ebenso nach Abhilfe suchen, bevor er das angeblich verkommene äußere Bild wieder pflegt.

Die Fragestellung ist alt und altbekannt und dennoch wert, vertieft zu werden. Es zeichnet sich an einem solchen Beispiel eine grundsätzliche Haltung gegenüber dem Begriff »Stadt« ab, und zwar die Haltung einer ästhetisierenden Distanz, was gleichbedeutend ist mit dem Verlust der Unmittelbarkeit, der emotionalen Bindung des Menschen an seine Stadt.<sup>1</sup> Da die Stadt nicht mehr für alle Funktionen unseres Lebens taugt, sondern nur noch für einzelne wenige, werden einige wenige Stellen und Vorderseiten fein hergerichtet und das übrige verkommt. Der Normalbürger hat sich ins Grüne abgesetzt, und der Stadtbildpfleger hat die Aufgabe, das, was nach verbleibender Auffassung die Stadt ist, nämlich nur das gelegenheitshalber besuchte und deshalb nur äußerlich erlebte und geliebte Gebilde, hübsch und ansehnlich zu erhalten, auf daß jeder erkläre, da er ja nicht mehr sein Leben in der Stadt verbringt, daß seine Stadt schön sei.

Wenn man die verbliebenen Bewohner der Innenstädte fragen würde, ob es hübsch sei, dort zu wohnen, und ob sie aus freier Entscheidung dort gerne lebten, so würde man weniger Nostalgisches als vielmehr bitter Zynisches zur Antwort erhalten, vor allem von den Kindern. Aber die Ansprüche der wenigen Innenstadtbewohner verlieren an Gewicht ebenso wie deren Zahl. Wer es sich leisten kann, verläßt genau diesen Innenstadtbereich.

<sup>1</sup> »Allmählich wird klar, daß etwas ganz entscheidendes verloren ging: Die emotionale Bindung des Menschen an seine Stadt, die auf allen Gebieten ganz gravierende Konsequenzen zeigt. Mit dem Nachlassen dieser Bindung, z. T. wohl hervorgerufen durch die Mobilität und Verlockung des rollenden Rades, ließ auch die Verantwortung für die Stadt und deren Gestalt nach, nahm die Abwanderung zu, verkümmerte allmählich das Bewußtsein, auch für das kleinste gestalterische Detail.« (Peter Kluska, Integration des Menschen in seine Stadt, Rosenthal-Studio Preis 1981). – Es darf an dieser einleitenden Stelle auf ein paar zusätzliche Titel der – uferlosen – Literatur aufmerksam gemacht werden, die auch dieser Studie wertvollste Dienste geleistet haben: H. Gercke / D. Quast, Straße und Platz. Das Gesicht unserer Stadt. Gestaltung und Funktion. Heidelberg 1975; K. Kramer / K. Neuppert / F. Trostdorf, Städtebaulicher Gestaltungsrahmen, in: Architekturwettbewerbe, H. 80, Dezember 1974; Historische Städte – Städte für morgen, Hrsg. v. d. Deutschen UNESCO-Kommission 1975; G. von le Fort / C. Peters / H. Popp, Menschliche Maßstäbe in Wohngebieten, Bundesvereinigung Deutscher Heimstätten, Bonn 1976; Straße, Wohnung, Hof, Hrsg. v. d. Bundesvereinigung Deutscher Heimstätten, Bonn 1980; K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt, München <sup>2</sup>1976; Zum Thema Städtebau ohne Städtebauer: Bauwelt Nr. 25, 7/1973; Stadtbildung Stadtlandschaft, Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Raumwesen und Städtebau, Heft Nr. 009, 1977; Die Kunst eine Stadt zu bauen. 2. Die wachsende Häßlichkeit unserer Städte. Freiheiten und Zwänge im Planungsprozeß. Hrsg. v. d. Stadt Göttingen 1975.

Es dürfte sehr wenige geben, die es sich leisten könnten, nach »draußen« zu ziehen, und es dennoch nicht tun. Damit ist natürlich nichts Neues gesagt. Hier soll nur der vordergründige Begriff einer netten ansehnlichen Besuchsstadt gegen den Begriff einer in sich stimmigen bewohnten Stadt gestellt werden, wobei der Stadtbildpfleger möglicherweise als Handlanger eines gesellschaftlichen Selbstbetrugs fungiert.<sup>2</sup> Man könnte ein weiteres Thema hier anschließen, »Die heutige Rolle der traditionellen Stadt in der heutigen Stadtbenutzung«, wobei man bald feststellen würde, daß in unserer Zeit für die alten Innenstädte traditioneller Art und traditionellen Stadtbildes keine geschlossene Sinngebung mehr besteht. »Für die Altstadt gibt es Auffassungen, die von der Tabula rasa mit neuer monolithischer Bebauung bis zur konservatorischen Bewahrung reichen.«<sup>3</sup> Die »Schuld«-Frage stellt sich freilich nicht an den Stadtbildpfleger, der seine Aufgabe nur nach seinem Vermögen löst, sondern an den Auftraggeber, die Gesellschaft. Stadtbildpflege wird womöglich von der Gesellschaft im Sinne von Bemänteln eingesetzt. Die Verführung ist jedenfalls groß, das Mäntelchen sehr wirksam, das zu bemäntelnde Problem vielschichtig und das Mittelchen gegebenenfalls leicht zur Hand.

## 2. Stadtbild als Stadtfarbbild

Farbe war früher, das ist heutige wissenschaftliche Erkenntnis,<sup>4</sup> unabdingbarer Bestandteil von Architektur und authentisch nachweisbarer Gestaltungsbeitrag. Farbe hat heute gelegentlich Ersatzfunktion zur Verschönerung auf touristisch/historistisch attraktiv zu machenden Stadtbilderchen, im Sinne des Prospekts und der Postkarte, oder auch zum Heilen besonderer städtebaulicher Wunden, um ein »Nichtbild« durch Farbe zum Bild zu machen (bemerkenswert hierfür etwa die Arbeiten von Garniers).

Ein origineller Beitrag allerdings zu besseren Stadtbildern wird mancherorts mit diesem äußerlichen Mittel der Stadtbildpflege, der Farbe geleistet: Wo aus heutiger Sicht zusammenhängende, aber nicht besonders hochwertige Stadtbildungen (z. B. aus der Gründerzeit) bestehen, wird etwa mit Farbleitkonzepten versucht, einen übergreifenden Zusammenhang mit Farbfolgen, -akzenten, -übergängen und -zusammenklängen zu erzeugen. Wo aus der Geschichte heraus nur ein Straßenfluchtzusammenhang bestand, wird dieser heute mittels Farbkonzeption hochstilisiert zum städtebaulichen Ensemble, zum bewußten Stadtbild.<sup>5</sup> Bei diesen Aktivitäten der Stadtbildpflege wie auch bei den meisten anderen kann man feststellen, daß sie sich in der Regel als

<sup>2</sup> »Die Innenstadt ist zum Museum geworden, doch hinter den Gemütlichkeit suggerierenden Fassaden rieselt der Kalk von den Wänden.« (Wolf Schön, Die Jagd nach der verlorenen Zeit, Deutsche Zeitung 3/10/75).

<sup>3</sup> Karl Brunne, Formwerte der Altstadt, aus: Mitt. zur Baupflege in Westfalen, Heft 22.

<sup>4</sup> Vgl. Rainer Reinisch, Die Farbgebung der Altstadt, in: Die Alte Stadt 7 (1980), S. 177 ff.

<sup>5</sup> Z. B. H. Linde / W. Knepel / H. I. Knapp / G. Schön, Stadtbilduntersuchung Baden-Baden, in: Stadtentwicklung Baden-Baden, Stuttgart / Baden-Baden 1974.

### 3. Stadtbildpflege = Altstadtbildpflege

darstellt. Damit hat sie teil an dem inzwischen gestärkten gesellschaftlichen Konsens der Denkmalpflege, daß der festgestellte Kulturwert des Objekts die Frage nach dem Sinn oder Nutzwert des Objekts weitgehend erübrigt (damit allerdings die »Konserven« akzeptiert). Wenn sich die Stadtbildpflege also, was sie meist tut, nur an historisch anerkannten Objekten und Ensembles betätigt, so kann sie sich als legitimiert empfinden, auch wenn sie nicht fragt, was hinter dem von ihr gepflegten Stadtbild vor sich geht. Sie handelt dann in gesellschaftlichem Auftrag, wenn sie die formalen Qualitäten des lieben alten Stadtbildes herausputzt. Sie erweckt oder erhält nur einmal vorhanden gewesene Gestaltqualitäten, und wenn es gründerzeitliche sind. Die Stadtbildpflege betätigt sich heute also dort, wo ohnehin vergleichsweise die meiste Gestaltqualität vorhanden ist oder war, und das ist in der Regel die Kernzone, also die Geschäftscity, was ja zumeist mit dem historisch wertvollen Altstadt kern zusammen trifft und wo die Verbesserung der Ästhetik einer Verbesserung eines äußerlichen Imagewertes und einer Steigerung der Kundenzahl zugute kommt.

Was tun nun jedoch diejenigen, die von beiderlei Segen verschont bleiben? Wo weder der Stadtbildpfleger noch der Kundenstrom vorbeikommt? Die nicht-mehr-City-Geschäfte, die nicht-Spitzen-Lage-Begünstigten? Was tun gar diejenigen, die in den vielzitierten gestaltlosen Neubauvierteln leben, die den gebauten, aber nicht gestalteten Raum lebenslänglich ertragen müssen, die zwar in einer künstlichen, aber ganz und gar unkünstlerischen Umwelt wohnen? Stadtbildpflege findet dort nicht statt, wie in allen stadtbildschwachen Bereichen, also in den Wohn-, Arbeits-, Siedlungs-, Geschäftsbereichen, in denen sich das alltägliche Leben der normalen Stadtbewohner abspielt, in den Süd-, Ost-, Nord-, West-Vorstadtvierteln, in den weitgehend gestaltlosen Neubauwohnsiedlungen.

Stadtbildpflege trägt damit zur Verstärkung der Gegensätze zwischen identitäts- und geschäftsstarkem Altstadt kern und der Identitätslosigkeit der städtebaulichen Normalwelt bei. In der Praxis heißt das so: »Man muß sich bei den geringen Möglichkeiten auf die wichtigsten Bereiche der Stadt beschränken. Das hat dann hoffentlich eine Signalwirkung für andere«. Verständlich und einleuchtend. Wie aber, wenn Bewohner vernachlässigterer Stadtteile entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz verlangen, daß genausoviel oder gar – wegen des Nachholbedarfs – bei ihnen viel mehr Einsatz zur Stadtbildpflege erfolgt wie im Zentrum? Man könnte durchaus diese »Gute-Stuben-Mentalität« unserer Stadtbildpflege in Frage stellen und die Herrichtung der »ganzen Wohnung« verlangen.

### 4. Stadtbildpflege als Stadtplastikpflege

Ein Bild ist etwas zweidimensionales, eine Plastik etwas dreidimensionales. Man sollte die Stadt als dreidimensionales Gebilde sehen, was soviel bedeutet, als daß die Bemühung des Stadtbildpflegers der Bemühung eines Stadtraumpflegers entspräche. Damit ist der heutige

Begriff der Stadtbildpflege sogleich zum Zentralbegriff der Stadtgestaltpflege erweitert. Im Grunde ist dies keine Erweiterung, sondern ein zwangsläufiges Selbstverständnis des sogenannten Stadtbildpflegers, der sich nicht nur um alte Fenstersprossen, sondern um Baukörper, Räume, Proportionen und Dimensionen zu kümmern hat. Die größere stadtbildnerische Wirkung liegt jedenfalls sicherlich in der Raumbildung und in den Bauformen, liegt im Lageplan und in den Grundproportionen. Sie bilden die Komposition eines Stadtbildes. »Deshalb ist die Frage nach der Art und Eigenheit der Raumstruktur ein wichtiger Aspekt des stadtgestalterischen Konzepts.«<sup>6</sup> Wenn der Stadtbildpfleger so begriffen werden darf, kann man in ihm eine Art Hilfsbegriff heranwachsen sehen für den in bezug auf Gestaltung abgemagerten Begriff des Städtebauers, der heute eher einem Stadtfunktionstechniker nach Baunutzungsverordnung und Bundesbaugesetz oder einem Organisator im Apparat der Bürokratie, oder einem Konsensmanager im Prozeß der Partizipation entspricht.

Der Stadtbildpfleger würde so aus einer nur restaurativen Tätigkeit zu einer konstruktiven, zum Partner des Städtebauers bzw. zum Städtebauer selbst geführt, und würde nicht nur Qualität in geschichtlichen Bildungen nachvollziehen, sondern die Bildungen unserer Zeit mitbetreuen und sie mit seinem Postulat der Stadtbildqualität, besser Stadtgestaltqualität überziehen. Damit ist ein weiteres Stichwort angesprochen:

### 5. Stadtbildpflege = Stadtbildschaffung

Schon das Bundesbaugesetz verlangt lediglich die Berücksichtigung von erhaltenswerten Bauten, Straßen, Plätzen und Ortsteilen von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung sowie die Berücksichtigung der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes (§ 1 Abs. 6), nicht aber ausdrücklich die Schaffung solcher Werte bei den Planungen der Gegenwart. Man könnte die Väter des Gesetzes fragen, warum sie nicht daran glaubten oder dachten, daß auch die Gegenwart zur Hervorbringung künstlerischer oder städtebaulicher Leistungen fähig sei. Wahrscheinlich würden sie sagen, daß dies ja wohl für Schaffende selbstverständlich sei und außerdem ohne Gefahr für Stildirigismus und staatliche Kunstauffassung nicht verordnet werden könne.

Dennoch könnte im BBauG ruhig stehen, daß nicht nur die Berücksichtigung, sondern auch die Schaffung künstlerisch und städtebaulich bedeutsamer Bauten, Räume, Plätze und Ortsteile anzustreben sei. Allein der Hinweis auf ein solches Ziel würde dazu beitragen, daß die städtebaulichen Lösungen von heute auch oder stärker am Maßstab der Stadtgestaltqualität zu messen wären. »Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Planungspraxis fällt auf, daß gerade bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die Aspekte der Stadtgestaltung überhaupt nicht oder nur unvollkommen berücksichtigt werden.«<sup>7</sup>

<sup>6</sup> M. Trieb / A. Markelin, Stadtbild in der Planungspraxis, Stuttgart 1976.

<sup>7</sup> M. Trieb / A. Markelin (s. A 6).

So jedenfalls den Begriff Städtebau/Stadtgestaltung vom BBauG und von der Stadtbildpflege her wieder aufzurichten erscheint konstruktiver als zu sagen, beim heutigen Stadtbildpfleger hätten sich die Reste jener gestalterischen Tätigkeiten und Fähigkeiten wieder eingefunden, die aus dem Berufsbild des Städtebauers vertrieben und aus den Zielforderungen des BBauG weggelassen wurden. Die Frage allerdings nach Leitbildern, nach Gestaltungsbezügen und Sinnggebung für heutige Stadtbildungen ebenso wie nach dem Verständnis des gar so abzulehnenden jüngsten Städtebaus beschäftigt Vertreter bald aller Disziplinen und beleuchtet eine aufgescheuchte Szene. »Das Verlangen nach Leitbildern hat nach der Häufung kulturkritischer Aufregungen sich gesteigert. Man will – nachdem man fast wollüstig die belastende Kritik aufgesogen hat – nun wissen, was sein soll, wenigstens was denn sein kann.«<sup>8</sup>

Diagnosen wie »die Unwirtlichkeit unserer Städte«<sup>9</sup> oder »Verödung der Innenstädte«<sup>10</sup> und Rezepte wie »Rettet unsere Städte jetzt« oder »Oberstes Ziel ist die Erhaltung des Wohnens in der Innenstadt«, aufwendige Lehren wie »Stadtplanung: einfach, Konzepte: gewöhnlich«<sup>11</sup> oder »Stadtgestaltung, Theorie und Praxis«<sup>12</sup> und »Stadtgestalt und Stadterneuerung«<sup>13</sup> – um nur einige herauszugreifen – stehen zahlreich zur Verfügung, auch Überlegungen über die Hintergründe, über Wohlstand und Mobilität, Zentralisation und Konzentration als Ursachen der heutigen Stadtentwicklung, in deren Gefolge erst Unwirtlichkeit und Stadtflucht, Monofunktionalität und letztlich Stadtbildverarmung entstanden sind.<sup>14</sup> Selbst Details wie die steuerliche Absetzbarkeit der Fahrkilometer vom Wohnort zum Arbeitsplatz werden in die Überlegungen einbezogen.

An Selbsterkenntnis mangelt es also eigentlich nicht. Woran liegt es aber, daß Abhilfe so schwer zu gelingen scheint? Die Auflösung des Dilemmas geht ins Gesellschaftskritische. Städtebau und Stadtbild sind offensichtlich nicht aus ihrer Abhängigkeit vom Gesellschaftszustand zu lösen. Die Frage kann wohl nicht offenbleiben, ob für Stadtgestalt nur gestalttheoretische und formal ästhetische Grundsätze gelten sollen, etwa wie in freien bildenden Künsten, oder ob nicht Stadtgestalt nur dann qualitativ sein kann, wenn sie Abbild der Gesellschaft ist in einer formal gültigen Form. Die Frage kann höchstens lauten, ob unsere gegenwärtige Gesellschaft sich städtebaulich abbilden läßt und wie das gebaute Bild derselben aussehen müsse.<sup>15</sup> Diese interessante und viel umstrittene Frage ist für jenen Stadtgestalter brennend, der mit dem Schaffen des Gegenwärtigen beschäftigt ist, sollte aber auch denjenigen interessieren, der das Vergangene putzt, wenngleich es hochgegriffen

<sup>8</sup> K. Brunne (s. A 3).

<sup>9</sup> A. Mitscherlich, Frankfurt 1965.

<sup>10</sup> J. Petsch, in: Baumeister 3/78.

<sup>11</sup> N. Dischkoff / M. Wilkens, in: Baumeister 7 + 8/1978.

<sup>12</sup> M. Trieb, Düsseldorf 1974.

<sup>13</sup> K. J. Krause, Bonn 1974.

<sup>14</sup> P. Breitling, Die sieben Todsünden des Städtebaus, in: Baumeister 11/1977.

<sup>15</sup> P. Breitling (s. A 14).

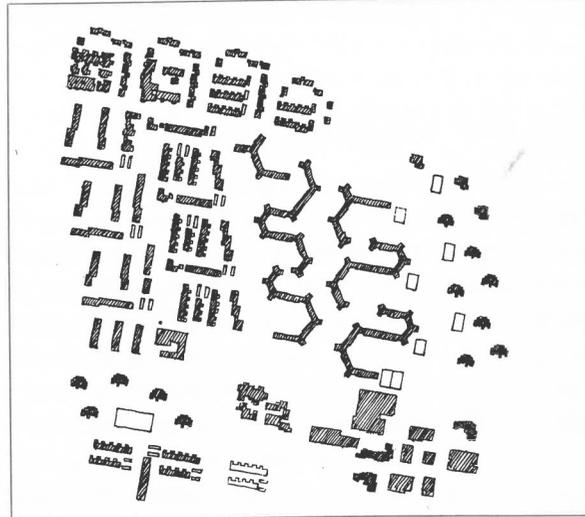
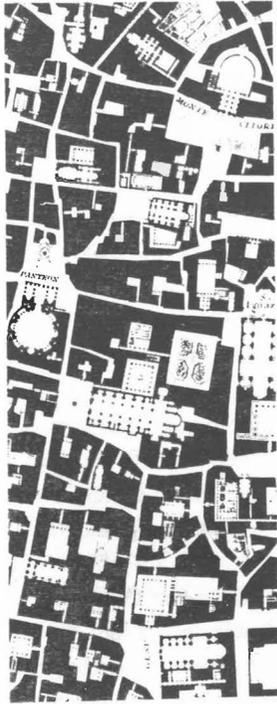
klings, vom Stadtgestalter/Stadtbildpfleger das gebaute Abbild der Gesellschaft zu erwarten.

## 6. Stadtbild als Abbild der Gesellschaft

Bei einem Bild stehen die dargestellten Dinge in Beziehung zueinander, bei der Musik stehen die gewählten Töne und Klänge in Beziehung zueinander, bei der Literatur stehen die Träger des Stoffes untereinander in Beziehung, beim Stadtbild stehen die Bauten und Räume in Beziehung zueinander. So trivial das klingt, das in-Beziehung-zueinander-Setzen des gestalteten Mediums ist die Grundvoraussetzung für jede Gestaltbildung. Das muß in bezug auf den modernen Städtebau heute ausdrücklich festgestellt werden, weil es nicht selbstverständlich ist, Bauten und Räume in Beziehung zueinander zu stellen. Bauten und Räume wurden vielmehr in der jüngsten viel zitierten und viel kritisierten Städtebauzeit absichtlich oder unbewußt ohne Beziehung zueinander angeordnet, so daß von daher schon ein Stadtbild nicht entstehen konnte. Wo jedoch dieses in Beziehung stehen von Bauten und Räumen aus der Geschichte erhalten ist, wird es um so stärker empfunden und geschätzt.

Der Begriff »Ensemble« steht für dieses In-Beziehung-Stehen mehrerer Objekte. Die Bedeutung, die dieser Begriff in kurzer Zeit erlangen konnte, deutet darauf hin, daß im Ensemble, in der beziehungsvollen Anordnung von Objekten, heute einer der wichtigsten Aspekte für städtebauliche Gestaltbildung gesehen wird. Aber warum stehen heutige Städtebaubildungen als beziehungslose Objektansammlungen da, wieso gruppieren heutige Städtebauer Objekte nicht zu Ensembles? Wenn Städtebau das Abbild der Gesellschaft ist, dann vielleicht deshalb, weil wir in unserer Gesellschaft keine »Ensembles«, keine Gruppierungen räumlich greifbarer Art mehr aufzuweisen haben, die städtebaulich abbildbar wären. Wo es früher die gesellschaftlichen »Ensembles« von Zünften, Gilden, Bruderschaften, Ständen, Räten, Kurien usw. gab, da konnte es auch städtebauliche Gruppierungen entsprechender Art geben, das Gerber-Viertel, die Webergasse, die Herrengasse, den Markt mit den Kaufmannshäusern, den Kurienbereich, das Tagelöhner Viertel und so fort.

Die heutigen gesellschaftlichen »Ensembles« aber haben sich neu und sehr andersartig und – vor allem – ohne räumliche Dimension eingestellt,<sup>15</sup> weshalb sie sich auch – konsequenterweise – städtebaulich nicht mehr in räumlichen Ensembles darstellen lassen. Heutige gesellschaftliche Ensembles sind – allenfalls – die Versicherten der BFA, die Sparer des BHW, die Einkaufsgemeinde im Kaufhaus, die Busreisenden einer »Gesellschaft«, die Mitglieder von Clubs und so weiter. Sie alle sind »abstrakt« organisiert, nicht auf Ruf-, Sicht-, Hilfsweite, sondern karteimäßig, telefonisch, datentechnisch. Das Stadtbild, man müßte sagen das Siedlungsbild, zeigt in direkter Umsetzung das baulich räumliche Ergebnis. Die »Hamburg-Mannheimer« hat nichts mit Hamburg und nichts mit Mannheim und nichts mit deren Einwohnern zu tun, sondern sie steht nur irgendwo dort als Zentrale, ihre irgendwo anders lokalisierten Mitglieder werden anonym betreut, die



2 Weitgehend stadtformfrei: Siedlungsplanung der Gegenwart, Beispiel Mannheim Vogelstang.

1 Stadtbildträchtig – Ausschnitt aus dem »Nolli«-Plan, 1748, von Rom, aus: Ulrich Conrads »Umwelt Stadt«, Hamburg 1974.

»Gesellschaft« ist »surreal«, und das abstrakte Ensemble oder die gebaute Chiffre dieser Gesellschaft ist als surrealistisches Symbol dieser Gruppe eine Verwaltungsmaschine an einem einzigen, aber beliebigen Standort.

Räumlich etwas konkreter ist die Gruppe der Einkaufenden im Kaufhaus oder der Sparer bei der örtlichen Bank (Filiale), die bauliche Darstellung deshalb auch räumlich etwas deutlicher in der »Mitte der jeweiligen Gruppe«, also in der jeweiligen Ortsmitte. Diese Mitte ist aber auch nur eine abstrakte geometrische, keine räumlich städtebauliche Mitte. Wo früher »die mittelalterliche Tradition der körperschaftlichen Verantwortung«<sup>16</sup> zu entsprechenden baukörperlichen Raumbildungen führte, bestehen heute »abstrakte Körperschaften«, die dem Stadtplaner keinen Anhalt für eine baulich-räumliche Visionalisierung geben. Was ihm zu gestalten bleibt, wenn er konkreten Städtebau zu machen hat, ist die um ihre räumlichen Beziehungen entleerte Summe der Wohnenden. Sie kann konsequenterweise nicht anders als beziehungslos agglomeriert werden; oder positiv ausgedrückt, für den Planer etwa von Wohnungen besteht lediglich die Aufgabe, möglichst

<sup>16</sup> L. Mumford, Die Stadt, Köln/Berlin 1963.

alle Bewohner möglichst unterschiedslos an heutigen Lebensqualitäten teilhaben zu lassen, wie Licht, Luft, Sonne, Ruhe oder Eigentum, preisgünstiges Wohnen, technischer Komfort usw. (Abb. 1 und 2).

Die Klagen über die gebauten Ergebnisse dieser »Konurbation«,<sup>17</sup> »Bauen als Umweltzerstörung«<sup>18</sup> oder wie immer die Begriffe lauten, sind zwar deutlich und einhellig. Die Ungestalt der gebauten Umwelt wird sogar als gesundheits-, zumindest wohlbefindensgefährdend, ja sogar als geschäftsschädigend deklariert.<sup>19</sup> Dennoch haben, wie man's auch wenden mag, nun einmal irgendwelche – hier nicht näher zu untersuchende und vielleicht sehr zu verwerfende – geschichtliche Kräfte diese skizzierte derzeitige gesellschaftliche Daseinsform herbeigeführt und das entsprechende (zu verwerfende) Abbild im Städtebau hervorgerufen, wobei das Kritisieren und Verwerfen gar nichts nützt, da diese Kräfte durch unser aller Verhalten gebildet werden.

### 7. Stadtbild als Artefakt

Vielleicht ist aber auch die Nachfrage nach dem besseren städtebaulichen Bild zu verwerfen, die Suche nach dem verlorenen Paradies, diese Nachfrage aufgrund eines traditionellen Ästhetikbegriffs europäischer Prägung, und vielleicht ist die neuere Version der »wertfreien« Informationsästhetik an deren Stelle zu setzen,<sup>20</sup> ein Ästhetikbegriff, der lediglich die Anwesenheit und Wahrnehmung von Informationselementen der dreidimensionalen Umwelt registriert und die gelingende oder nicht gelingende Orientierung dem einzelnen »Verbraucher« überläßt. Die Wert- oder Qualitätsfrage wird dabei eigentlich nicht gestellt, es wird lediglich festgestellt, daß gewisse gebaute Umweltfakten als Informationsgehalte das Zurechtfinden erleichtern können und im Extremfall durch ihre Stimmigkeit ein Gefühl des Sicherseins, Beheimatetseins, Wohlbefindens und damit letztlich des »Schönfindens« auslösen können.<sup>21</sup>

Dieser Ansatz der Stadtbildbetrachtung und des Ästhetikbegriffs entstand in den Vereinigten Staaten<sup>22</sup> offensichtlich aus dem Anliegen heraus, mit der anonymen (bedrohlichen) Großstadt zurecht zu kommen. Eine Art Überlebensbemühung, die fragt, wie das Zurechtkommen, das psychische Durchhalten in wenig strukturierten, wenig stabilen, wenig geschichtlich identischen Riesenstädten ermöglicht werden könne. Eine Frage also, die weit vor der Gestaltungs-/Stadtbildfrage unserer Stadtbilddiskussion liegt. Für die überschaubaren und andersartigen Verhältnisse in Europa scheint es nicht begründet, den

<sup>17</sup> L. Mumford (s. A 16).

<sup>18</sup> R. Keller, Zürich 1973.

<sup>19</sup> M. Trieb (s. A 12).

<sup>20</sup> M. Kiemle, Ästhetische Probleme der Architektur unter dem Aspekt der Informationsästhetik, 1967.

<sup>21</sup> Diese Interpretation gibt auch P. Brunne (s. A 3).

<sup>22</sup> K. Lynch, Das Bild der Stadt, Berlin 1965.

traditionellen Begriff der »Wertästhetik« auf diesen neuen Begriff der Informationsästhetik herunter zu nehmen und damit die traditionelle Bewertung eines Bildes, auch eines Stadtbildes, zu ersetzen. Denn damit wäre jedes kreative Gebilde aus der Kritik entlassen und es könnte – nach einem Berufswitz der Musiker – das Stimmen der Instrumente vor der Ouvertüre als beste Passage der Oper bezeichnet werden.

Eine Ausrichtung der Stadtgestaltung auf diese Art scheint jedenfalls auch in den USA nicht mehr zu befriedigen. Angesichts eines immerhin noch reichen Fundus an traditionell ästhetisch wertvollen Stadtbildern und städtebaulichen Bildungen in Europa sehen im Gegenteil die Stadtplaner aus den USA ein Defizit an derartigen städtebaulichen Gestaltungen mit Stadtbildqualität in Amerika, – und sehen sich die Europäer einig in der Einschätzung ihres eigenen städtebaulichen Erbes als einer kulturellen Höchstleistung. »In den Vereinigten Staaten läßt sich ein Wachsen der Erkenntnis feststellen, daß ein gesundes städtisches Leben sich aus einer Vielzahl qualitativer Aspekte zusammensetzt, von denen die städtebauliche Gestaltung eine ist.«<sup>23</sup>

#### 8. Stadtbildkonzepte – Gesellschaftsbildkonzepte

So gibt es auch bereits viele Versuche, Wege aufzuzeigen, wie wieder zu Städtebaubildern der gesuchten Qualität zu kommen sei, auch im »Grüne-Wiese«-Falle. Dementsprechend werden auch konsequenterweise die dazu notwendigen Gesellschaftsmodelle als Voraussetzung für städtebauliche Modelle erkannt und gesucht. Dabei gewinnen Forderungen nach kleineren Einheiten in Politik, Verwaltung, Schule und Wirtschaft, nach Überschaubarkeit, Quartiersbezogenheit und ähnliches regelmäßig ein besonderes Gewicht. »Die Forderung muß heißen: Rückgewinnung überschaubarer, partizipationsoffener Lebensverhältnisse durch Förderung dezentraler Entwicklungen – und Einrichtungen – auf Quartiersebene.«<sup>24</sup>

»Der Weg zur Lebensqualität kann nicht durch politische Auswahl gefunden werden, sondern durch die Rückkehr zu den kleinen Organisationen, zu den einzelnen Menschen, die Forderungen an sich selbst stellen und einander unterstützen... Diese Reaktion... betont die Ideen der Selbstverwirklichung und eine organische Betrachtungsweise der Gesellschaft; menschlich sein heißt danach schöpferisch sein – wenn man auch keine Kunst erschafft, so doch zumindest seine eigenen Lebensbedingungen.«<sup>25</sup> Mit solchen Begriffen ist deutlich wieder das »In-Beziehung-zueinander-bringen« angesprochen mit der folgerichtigen Erwartung, daß daraus die vielgesuchten besseren Stadtbildungen entstehen müßten.

<sup>23</sup> N.J. Johnston, in: Mitt. der Heimstätten und Landesentwicklungsgesellschaften, 2/1977.

<sup>24</sup> L. King, in: Baumeister 11/1977.

<sup>25</sup> J. B. Board, Die Lebensqualitätsdebatte in Schweden, aus: Aktuelle Informationen aus Schweden, Nr. 242, Februar 1980.

Allerdings ist die Lebensform unserer gegenwärtigen Gesellschaft nicht wählbar, auch nicht vom Stadtplaner oder Stadtbildgestalter. Der Tante-Emma-Laden und die Kneipe um die Ecke oder die Kleinversorgungs- oder -erzeugungsgemeinschaft kann man derzeit nur im Alternativlebensstil erhalten. Die Postulate nach der anderen Gesellschaft, die den schöneren Städtebau erzeugen würde, können sich aber nur an die derzeitige Gesamtgesellschaft richten. Die verbal geführten städtebaulichen Postulate stimmen also nicht mit dem tatsächlichen (gesellschaftlichen wie städtebaulichen) Verhalten überein. Diejenigen, die von Stadterhalt und Stadterneuerung reden, haben sich längst in einen bequemen Neubau abgesetzt, diejenigen, die das Wohnen in der Innenstadt stärken wollen, sind vielleicht einmal dort aufgewachsen, empfehlen aber ihren Freunden die »besseren« Wohnbedingungen im Neubaugebiet, und diejenigen, die vom Stadtbild reden, wollen es nur bei Schönwetter und möglichst mit Festchen garniert genießen.

Es streiten also Eigennutz gegen Verantwortungsbewußtsein in jedem einzelnen, mit dem üblichen Effekt, daß man auf den Eigennutz nicht verzichtet und erwartet, es möchte genügend andere geben, die dann die eigenen nur verbalen Postulate mit Leben ausfüllen mögen. Zur Schlichtung (Bemäntelung) wird dann die Stadtbildpflege eingesetzt, wie man ein Auto, welches man los werden will, möglichst schön putzt. Aber auch das ist nicht ohne Konsequenz; es ist sicherlich besser, das Auto zu pflegen, als es verkommen zu lassen. Und so unredlich ist unsere Zeit auch wieder nicht, daß sie ihr Objekt, dessen Mängel sie kennt, einem Ahnungslosen anzudrehen versucht. Die Anstrengungen, die theoretischen wie praktischen Rezepte, stadtbildträchtige, aber lebensqualitätsschwache Innenstädte »generalzuüberholen«, sind zeitlich äußerst mühsam, da sie immer mit Rechten Einzelner kollidieren, und nicht mit den Appellen an das Verantwortungsbewußtsein zu lösen sind, sondern nur mit viel Geld. Allein um den dringend nötigen grünen Freiraum in den Innenstädten zu schaffen, brauchte es einst einer eigenen Ideologie wie die »Park Movement«-Bewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts in USA, um gesamtgesellschaftlich die (finanziellen) Kräfte etwa für einen Central Park in New York zu mobilisieren. Planungsempfehlung allein, ja selbst ein Fachgutachten bewirken so etwas noch lange nicht.

Das Beispiel veranschaulicht nur den gesamtgesellschaftlichen Nachdruck, den es braucht, um »teure« Ziele zu erreichen. Chancen haben also nur Ziele, die den Menschen in der Tat auch teuer, nämlich lebenswichtig sind. Heutigentags ist uns aber das Stadtbild offensichtlich nicht lebenswichtig, sondern vielleicht feuilletonistisch, ästhetisch, literarisch, kulturvermittelnd. Damit hat das Stadtbild schon seinen Rahmen, und die Stadtbildpflege sorgt nur für das Glas, und die Stadtwerbung für das Passepartout. Das Bild hängt an der Wand, es ist nicht Realität, sondern Bild einer Realität von gestern, gefällt aber. Die heutige Realität ist anders, gefällt anscheinend nicht – jedenfalls im städtebaulichen Bild –, und die Verbindung von heutigem Leben mit gestrigem Stadtbild ist ein schwieriges Unterfangen, denn das Bild soll so bleiben, so müßte also das Leben dem Bild angepaßt werden.

Es steht augenblicklich um das moderne Stadtbild ähnlich wie um die anderen bildenden

Künste unserer Zeit: das Alte Anerkannte wird gelobt und zu überhöhten Preisen gehandelt und konsumiert, Neues Heutiges von Bedeutung scheint nicht in Sicht. Wir leben insoweit ästhetisch von den Leistungen der Vorfahren, wie wir wirtschaftlich auf Pump von den Leistungen der Enkel leben. Eine recht eigennützige, wenig zukunfts-trächtige Gesellschaftshaltung. Man sollte versuchen, die Leistungen der Väter als Vergleichsmaßstab einmal zu quantifizieren: welchen Anteil an Lebensarbeit haben sie eingesetzt für Gestaltbildungen, von denen wir heute zehren? Oder: Ein lfdm. Steinbalustrade, 1,10 hoch in Naturstein kostet heute (unter Einsatz technischer Werkzeuge) ca. 4000,- DM. Oder: welche Gestaltungsleistungen würden wir erbringen können, wenn jeder einen solchen Arbeits-, Geld-, Zeitanteil für Kulturleistungen einsetzen würde wie die (vergleichsweise wenigen) Bürger damals?

### 9. Stadtbildzukunft – Gesellschaftszukunft

Wird es angesichts des offenen Dilemmas natürliche Abhilfekräfte geben, eine Art Selbstregulierung als Spannungsabbaumechanismus? Bisher klaffen zwei Positionen auseinander, auf der einen Seite das gewünschte und an alten Städten geschätzte Stadtbild der miteinander in (gestalterisch qualitätsvoller) Beziehung stehenden Räume und Bauten, auf der anderen Seite die Unmöglichkeit, eine anonyme, nicht räumlich in Beziehung stehende heutige Gesellschaft durch räumliche Beziehungskompositionen ihrer Bauten städtebaulich zu manifestieren.

Es ist anzunehmen, daß eine Art gegenseitiger Annäherung eintreten wird, so daß auf der Seite der heutigen Gesellschaft in einem gewissen Umfang die Beziehungslosigkeit freiwillig aufgegeben und auf der Seite des praktizierenden Städtebaus mit Angeboten der in Beziehung zueinander gebrachten Bauten und Räume die Nachfrage nach gestaltvollen Stadtbildern angeregt wird. Als Indizien für diese Entwicklung gibt es das Votum vieler Fachleute, die die Stadtgestaltung als zwingende Disziplin fordern, ja, die die Versöhnung von Mensch und Stadt propagieren. »Nichts anderes ist im wesentlichen die Aufgabe der künftigen Stadt. Ihr Auftrag besteht darin, des Menschen höchste Anliegen zum Mittelpunkt all seines Tuns zu machen: Alle verstreuten Bruchstücke der menschlichen Persönlichkeit zu sammeln, künstlich zerlegte Menschen – Bürokraten, Spezialisten, »Experten« und entpersönlichte Untergebene – in vollständige menschliche Wesen zu verwandeln und den Schaden wieder gut zu machen, den berufliche Trennung, gesellschaftliche Absonderung, Überzüchtung einer bevorzugten Funktion, Standesegoismus und Nationalismus und das Fehlen organischer Partnerschaft und idealer Zielsetzungen angerichtet haben.«<sup>26</sup>

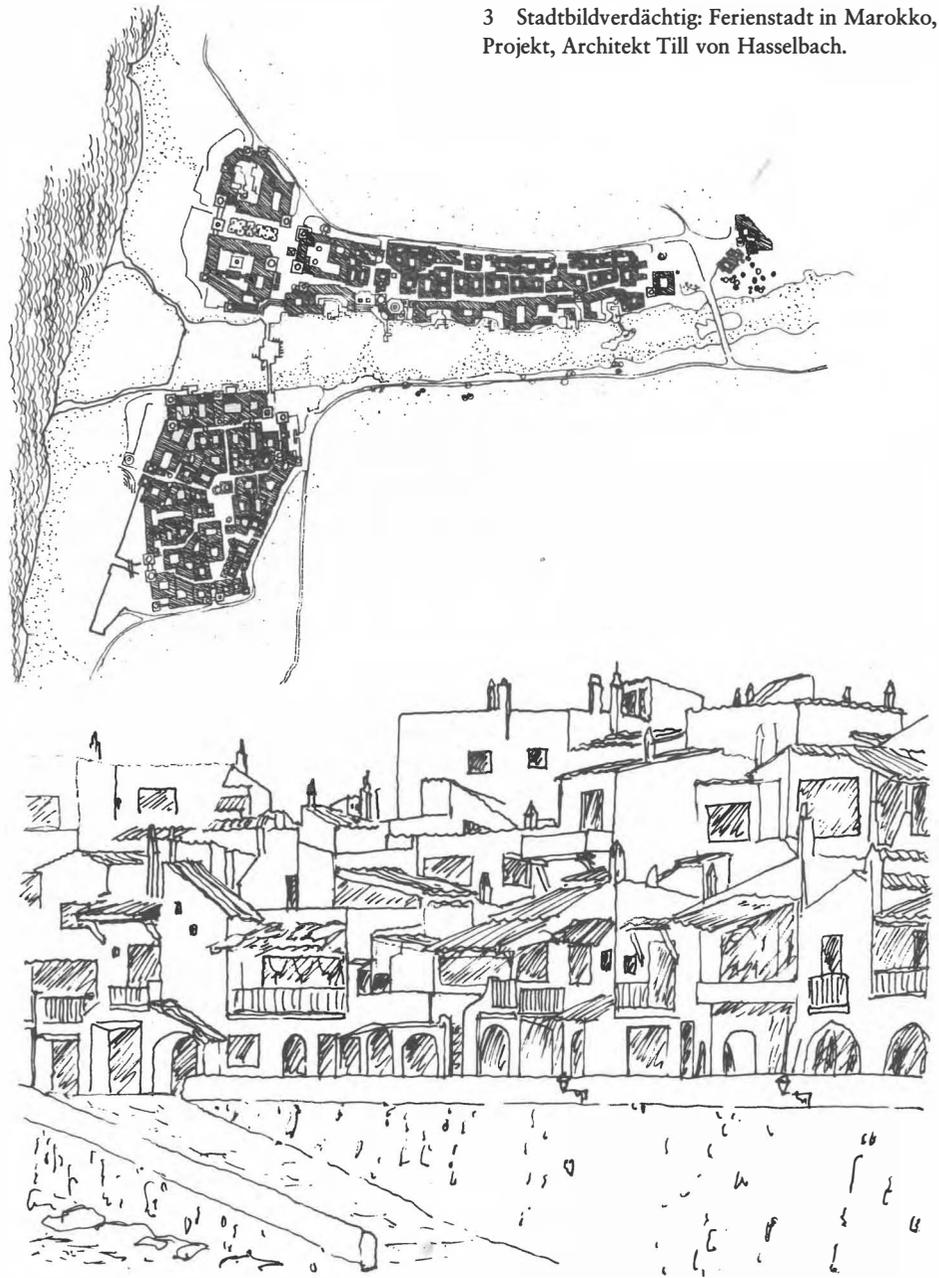
Und es gibt das Votum der Bevölkerung, die nicht aus informationsästhetischem Interesse Neumünster oder Recklinghausen, sondern aus wertästhetischem Empfinden nach wie vor Bamberg und Colmar, Salzburg und Florenz aufsucht, um dort ein – vielleicht tatsächlich existentielles – Bedürfnis zu stillen. Indizien für die Annäherung in der Praxis findet man inzwischen auch auf beiden Seiten. Gesellschaftliche Beziehungsfor-

men mit Raumbezug entstehen allerorten. Der Stadtplaner von heute braucht nicht mehr auf die Kommunikation vor der gemeinsamen Mülltonne zu setzen, wie er in den sechziger Jahren vielleicht die Talsohle gesellschaftlicher Beziehungslosigkeit verzweifelt durchschwommen hat, es gibt heute spontan entstandene Straßenfeste, Bewohnergemeinschaften, Initiativgruppen, Nachbarschaftshilfegruppen, Bürgerinitiativen und ähnliches von bisweilen schon erheblicher Bestandskraft. Gesellschaftlicher Hintergrund dieser Entwicklung scheint die allgemeine Einstellung und Haltung zu sein, daß menschlich erlebbare räumliche Beziehungen doch existenznotwendig sind, nachdem ein junges technisches Zeitalter, oder welche Gründe auch immer, scheinbar darauf verzichten ließen.

Und auf der Seite der städtebaulichen Planung gibt es zunehmend Beispiele bewußt in Beziehung gesetzter Baukörper und Räume, aber auch ganzer Stadtquartiere (z. B. Altstadtsanierung Karlsruhe, Berlin Kreuzberg, und viele andere mehr) und dazwischen eine große Zahl von städtebaulichen Einzellösungen, vor allem im Bereich von innerstädtischer Erneuerungsplanung. Ob dabei das In-Beziehung-Setzen auch gleich zu einem qualitätsvollen Stadtbild geführt hat, sollen Nachfolgende feststellen. Hier interessiert lediglich, daß die Möglichkeit für die Entstehung von Stadtbild wieder gegeben wird. Vom Stadtbild her ehrgeizige, also mit ausdrücklichem Qualitätsanspruch ausgestattete Realisierungen sind derzeit wohl am ehesten dort zu finden, wo in unserer gegenwärtigen Gesellschaft gemeinschaftlich ausgerichtete und räumlich bezogene Gruppenbildungen bestehen, also z. B. in Feriensiedlungen. Hier gibt es einige raumbildreiche Realisierungen, die die entsprechende miteinander in einer gemeinsamen Beziehung stehende (Freizeit-)Gesellschaft abbilden. Bekannt sind das umstrittene Beispiel Port Grimaud, die Bebauung an der Costa Smeralda am Wasser oder Skidörfer wie Val Claret am Lac De Tinges. Ein besonders stadtbildträchtiges Beispiel ist ein Projekt der Maghreb Consulting für Marokko (Architekt Till von Hasselbach, Abb. 3 und 4).

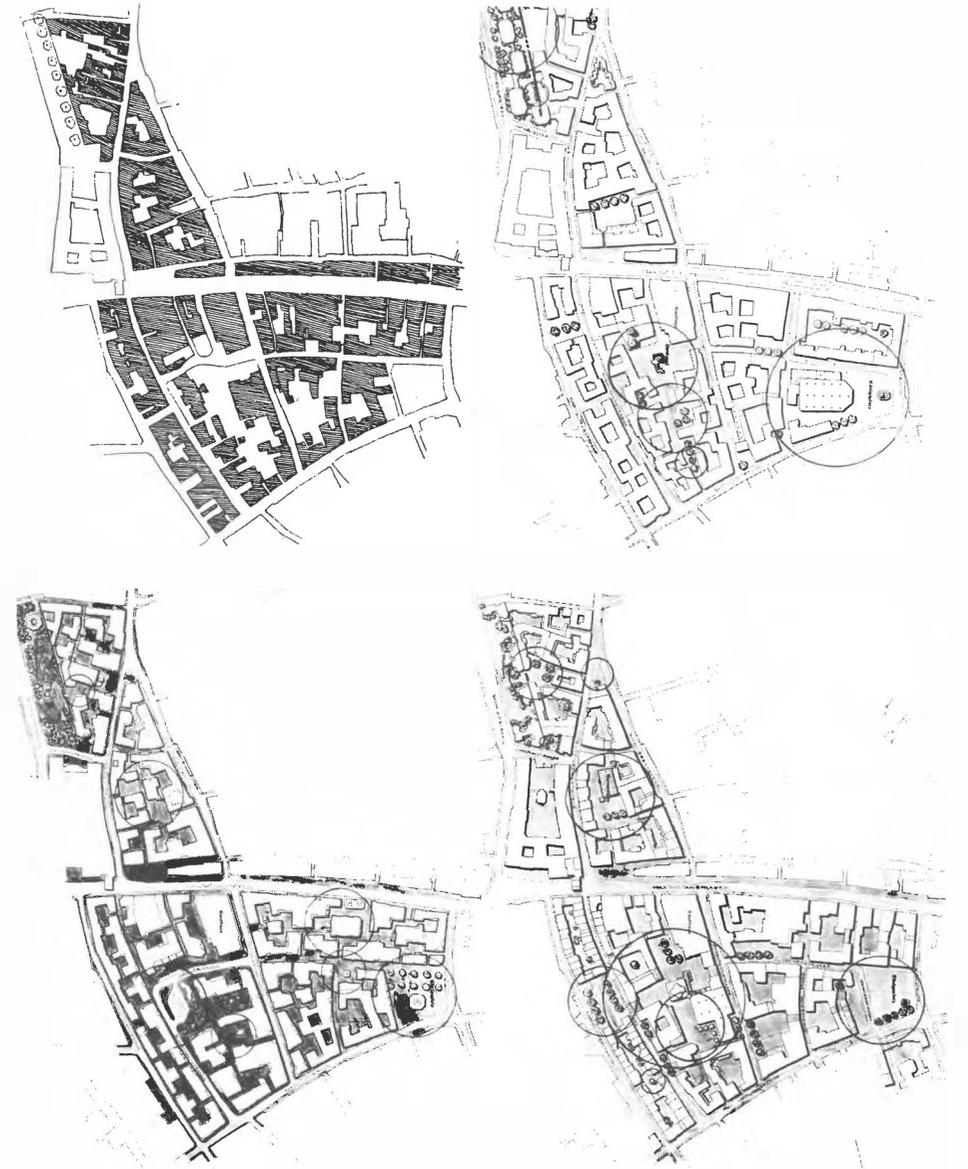
Von daher könnte man mit gewisser Berechtigung prognostizieren, daß im gesellschaftlichen Raum künftig mehr Beziehungen räumlicher Art entstehen und in entsprechende Bildungen umsetzbar sein werden, daß von Planungsseite her städtebauliche Bildungen mit einem höheren Grad an Beziehungen angeboten und ihrerseits eine Verstärkung der Beziehungsbildung räumlicher Art in der Gesellschaft anregen werden. Der Ausgleich zwischen solidaire und solitaire wird vielleicht nicht mehr so einseitig auf der Seite des solitaire liegen. Es könnte Menschen geben, die auf ein paar Punkte Besonnung oder Aussicht oder Garten oder Ruhe usw. verzichten werden zugunsten von ein paar mehr Punkten Einbindung, Kontakt, Dazugehörigkeit zur menschlichen Gruppe. Und das wird nicht nur auf diejenigen zutreffen, die sich ihre (Wohn-)Situation selbst wählen können (Eigenheimkandidaten), sondern auch auf diejenigen (Mieter), die diese Wahl stellvertretend vornehmen lassen müssen durch »Gesellschaften« (Abb. 5–8).

<sup>26</sup> L. Mumford (s. A 16).



3 Stadtbildverdächtig: Ferienstadt in Marokko, Projekt, Architekt Till von Hasselbach.

4 Stadtbild mit ausdrücklichem Stadtbildanspruch aus der Tourismusstadtplanung, Beispiel aus Ibiza.



5–8 Unabhängig von Erschließungssystemen, Nutzungsstrukturen und Parzellengrenzen sollte die Diskussion um das anzustrebende Stadt- und Raumbild bereits im Stadtgrundriß, der Baukörperstellung und den Raumbildungen geführt werden. Heutiger Zustand und 3 alternative Diskussionsentwürfe des Verfassers für die Sanierungsgebiete der Speyerer Altstadt, 1976. Die Frage nach dem Stadtbild »aus der Retorte« wird dabei genauso akzeptiert wie die nach der planbaren Funktionalität, Durchführbarkeit, Finanzierbarkeit usw.

## 10. Stadtbild als Abbild der Demokratie

Stadtbild also als Bild der Gesellschaft wirft heute insbesondere die Frage nach dem gebauten Bild von Demokratie auf. In dieser anspruchsvollen Formulierung häufig zur Diskussion gestellt und meist mit einem resignierten Fragezeichen stehen gelassen, bleibt diese Frage ein Problem; Fachleute bezweifeln, ob Demokratie in gebauter Form überhaupt darstellbar ist. Der praktizierende Städtebauer Hanns Adrian sagt: »Die Gestalt und die Funktion historischer Städte sind so sehr mit machtausübenden Personen oder Institutionen verbunden, daß man zu Recht die Frage stellen kann, ob demokratisch kontrollierte Macht überhaupt in der Lage sein kann, geformte Städte zu bilden...«.<sup>27</sup> Und der Städtebaukritiker Julius Posener sagt: »Wenn Stadtbilder bewußt geplant werden, so diene das entweder der Darstellung der Herrschaft... oder ihrer Verschleierung«.

Walter Jens fragt für die Architekten und mit den Planenden »So richtig es ist, daß Architektur – der Städtebau zuallerletzt – nichts zeigen kann, was die Gesellschaft im hic et nunc den Menschen verweigert, so unabdingbar scheint mir auf der anderen Seite der Entwurf von Plänen zu sein, die antizipierend verdeutlichen, wie eine republikanische Baukunst aussehen müsse« ... »Wie läßt sie sich bauen, diese Demokratie, das ist die Frage...«?<sup>28</sup> Demokratie als Bauherr – mit und ohne Fragezeichen –, wie soll das gebaute Bild der Demokratie also aussehen, wie ist zu planen, um demokratisch geplant zu haben: diese Frage steht heute offensichtlich unbeantwortet im Raum. Die Unsicherheit der Beantwortung wird aus der Internationalität heutiger Baubildungen über alle Systeme hinweg mit dem Bemerkten genährt, westlicher demokratischer Städtebau sehe kaum anders aus als östlicher totalitärer, und das dürfe ja nach der Theorie nicht so sein. Oder beruhen die Zweifel an der Symbolfähigkeit heutiger Stadtbildungen auf der Feststellung, daß heutige Stadtbildungen überhaupt nichts versinnbildlichen außer bestenfalls Utilitarismus, Zweckrationalität, Gewinnorientierung?

Wenn man die Frage nach dem Symbolgehalt im gegenwärtigen Stadtbild stellt, müßte man wohl anmerken, daß es noch mehr Einflußfaktoren gibt als nur »Demokratie«. So kommen im Stadtbild der westlichen Welt Faktoren wie – mehr oder weniger kontrollierte – Marktwirtschaft, allgemeiner Wohlstand, Bildungsniveau (Artikulations- und Durchsetzungsfähigkeit) verbunden mit einem bisher nie gekannten Informationsstand, aber auch staatliche Zuteilungs-, Versorgungs- und vor allem Aufsichtssysteme zum Ausdruck, denen im östlichen Bereich etliche entsprechende, andere anderslautende Faktoren gegenüberstehen und insoweit im Stadtbild ablesbar sind, nämlich (keine private, aber immerhin eine staatliche) Vorteils- und Maximierungswirtschaft, Bildungs- und (sortierte aber für alle verfügbare) Informationsmöglichkeiten, staatliche Bedarfs- und Versorgungswirtschaft (Planwirtschaft) ebenso wie staatliche Aufsichts- und Kontrollsysteme.

<sup>27</sup> H. Adrian, in: Die Zeit, Nr. 46, November 1978.

<sup>28</sup> W. Jens, Festvortrag zum Deutschen Architektentag 1977, in: Deutsche Bauzeitung 10/1977.

Beide Systeme sind gesamtgesellschaftliche Einheitssysteme (eher Massengesellschaften als Klassengesellschaften), beide zeichnen sich weniger durch ideale Leitbilder als durch pragmatische Rationalitätsmaximen aus usw., so daß im Stadtbild Unterschiede eben noch im Wohlstand (Baustandard), oder in der privaten Aktionsfähigkeit (private Bauherrschaft) bestehen, aber weniger in der Programmstellung (Wohnungsbau/sozialer Wohnungsbau/Wohnungsversorgung für alle Kreise der Bevölkerung) oder in der Zuordnung von Bauten und Räumen (von Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmte Stadt- und Lageplanung durch Entwicklung aus Erschließungs-, Ver- und Entsorgungssystemen, Verfügbarkeit von Gelände, Rationalisierung durch Serienbildung usw.).

Den Niederschlag bestimmter Gesellschaftssysteme in deren aktuellem Stadtbild nachzuweisen, will an dieser Stelle jedoch nur angedeutet sein und verlangte nach einer gesonderten Darstellung. Hier soll nur noch einmal ein bereits angesprochenes Wesensmerkmal der Gesellschaft aufgegriffen werden, das Wechselspiel zwischen solidaire und solitaire, zwischen Eigennutz und Verantwortlichkeit, zwischen einer beziehungslosen Summe aus lauter Individuen und einer Gesellschaft als Schicksalsgemeinschaft, welches durchaus als Komponente von Demokratie gelten und – wie oben dargestellt – von erheblicher Bedeutung für das Stadtbild sein kann.

Ein Blick über den Gartenzaun dient gelegentlich zur besseren Selbstbeobachtung. Fragt man beispielsweise, wo die Solidarität einer vergleichsweise alten und gesicherten Demokratie, z. B. die Amerikas, in deren gebautem Gesellschaftsbild, dem dortigen Städtebau abgebildet ist, so findet man sich verunsichert. Der Amerikaner selbst formuliert: »Der Dialog zwischen den Gebäuden und die Gestaltung von Freiräumen wie Straßen, Plätzen, Höfen usw. durch Gebäude-Ensembles aus mehreren Jahrhunderten sind in Amerika – im Gegensatz zu Europa – nahezu unbekannt... Diese Unfähigkeit der Amerikaner, Gebäude so anzuordnen, daß sie einen zusammenhängenden Außenraum bilden, – wie das beim Großteil der europäischen Architektur so gekonnt und großartig der Fall ist – stellt ein Phänomen dar.«.<sup>29</sup>

Ist hier Städtebau überinterpretiert, d. h. kann man Semantik hier bemühen, oder – falls eine semantische Auslegung zulässig ist – ist die demokratische Haltung der amerikanischen Gesellschaft weniger eine Solidargemeinschaft, als eher die Ablehnung weltlicher Obrigkeit und Bevormundung verbunden mit einer Betonung anderer Demokratiekomponenten, z. B. der *liberté* oder *égalité*? Mit der *fraternité* ist es im amerikanischen Sozialstaat in der Tat noch nicht so weit wie in europäischen Ländern. Dagegen ist die *liberté* – baulich »Baufreiheit« – und die *égalité* – die Überlegenheit des Stärkeren im freien Spiel der Kräfte – eher Kennzeichen amerikanischer Gesellschaft und Demokratie. Und das ist im amerikanischen Städtebau wohl schon anschaulich abgebildet. »Die Vorliebe der Amerikaner für freistehende Gebäude der unterschiedlichsten Formen, Ausdehnung und Höhen, die beziehungslos irgendwo hingestellt werden, verhindert in der Regel, daß wir

<sup>29</sup> P. Rudolph, in: Deutsches Architektenblatt, 2/1978.

Plätze oder in sich geschlossene Gebäudegruppen mit eigenem Charakter schaffen... Unser Problem besteht darin, daß wir zu sehr in Einzelbauten denken.«<sup>30</sup>

Die zugrunde liegende Gesellschaft ist kein ästhetisches Artefakt und der entsprechende Städtebau bietet kaum ästhetische Stadtbilder, aber eine innere Logik scheint erkennbar. »Unsere Städte sind eigenartiger Ausdruck von Demokratie, denn jedes Gebäude scheint zu seinem Nachbarn zu sagen: »Ich kann dich nicht riechen, bleib mir gefälligst vom Leibe.«<sup>31</sup> Blickt man von dort her zurück, so erscheint unser Demokratiesüppchen ein wenig anders zubereitet, vielleicht auch noch nicht abgeschmeckt. Jedenfalls – so uns das gebaute Abbild nicht schmeckt – bliebe auch an unserer Demokratie etwas nachzuwürzen. Feststellen läßt sich, daß nach einer totalen Befreiung, ja Entfesselung, teils auch gewaltsamen Wegnahme von Bindungen der monarchischen, feudalistischen, ethischen, ja familiären und persönlichen Art innerhalb eines halben Jahrhunderts eine Besinnung auf das eigene Ich, eine gesamtgesellschaftlich wie städtebaulich dargestellte »Ohne-mich-Phase« folgte. Eine Phase, in der – vielleicht unter Berufung auf das amerikanische Gesellschaftsmuster – das Ich, seine Vorteile und deren Durchsetzung die bestimmende und somit stadtbildprägende Gesellschaftsform wurde.

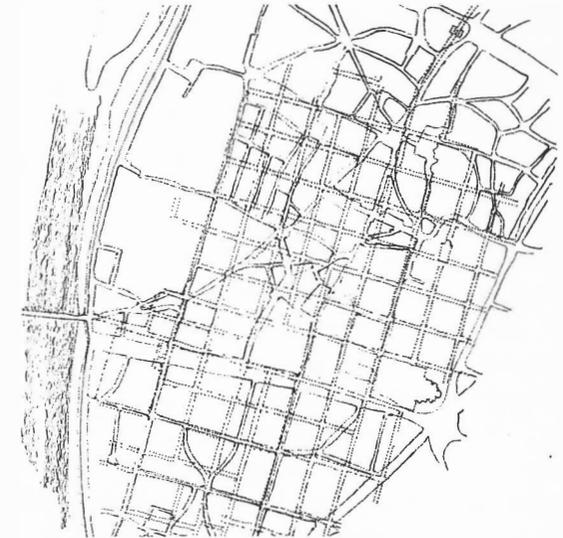
Die Schelte gegen uns selbst, gegen unseren jüngsten Städtebau der beziehungslosen Einzeldarstellung, der raumlosen Agglomerationen, der bildlosen Plazierung von Bauten, sollte eher als folgerichtige Phase einer geschichtlichen Entwicklung und deren städtebaulichem Abbild verstanden werden. Ein Musterbeispiel gebauter Ich-Besinnung aus dieser Zeit, ein Dokument von hierin qualitativem Rang, welches schon deswegen unter Denkmalschutz gestellt werden müßte, ist das Siedlungsgebilde des Hansa-Viertels der Interbau von Berlin 1957. Eine mit hoher Aufrichtigkeit herausgearbeitete Darstellung gesellschaftlicher Ich-Bezogenheit, Zeuge der Wiederaufrichtung des einzelnen und der Verleugnung von Gemeinschaft. Die Stadtbildfrage ist im Sinne des Nichtbildes gelöst. Wie sie eben in all den entsprechenden Städtebaubildungen aus dieser Zeit behandelt wurde. Wenn sich aber bei uns Unbehagen am Städtebau mit einer gesellschaftlichen Wandlungstendenz treffen sollte, z. B. mit der oben angedeuteten stärkeren Gewichtung von fraternité, dann besteht die Chance, nein die zwangsläufige Folge, daß auch am Stadtbild heutigen und künftigen Städtebaus einiges anders werden wird.

### 11. Stadtbildpflege ohne Stadtbildpfleger

Zu allem bisher Gesagten könnte man auch eine extreme Gegenposition aufbauen: man könnte die Existenzberechtigung der Stadtbildpflege oder Stadtgestaltung als eigenständige Aufgabe gänzlich in Frage stellen. Jeder kennt das Schlagwort von der »Architektur ohne Architekten«. Jeder weiß, was damit gemeint ist: Die innige innere und äußere Logik und Konsequenz des Geschaffenen, die meist zu Darstellungsformen führt, die den willentlich Geschaffenen überlegen sind.

<sup>30</sup> P. Rudolph (s. A 29).

<sup>31</sup> P. Rudolph (s. A 29).



9 Ein geplanter und ein ungeplanter Stadtgrundriß übereinander in der selben Stadt: das römische und das mittelalterliche Trier.

Sind nicht auch viele der hochwertigen alten Stadtbilder, mindestens in Stadtgrundriß und Hauptformen, die wir heute pflegen, ohne Stadtbildpfleger entstanden und gerade deshalb von einer überzeugenden Triftigkeit, die sie zu Kulturleistungen macht? Eine Stadt wie Trier hat einen von Städtebauern, kühlen, sehr rationalen Stadtplanern gezeichneten Grundriß, den römischen, der heute weitgehend verdeckt ist, und hat einen warmen, zufälligen und spontanen aus dem Mittelalter, der die heutige Stadt bestimmt und der die Stadtbildpflege verpflichtet, weil dieser mittelalterliche Grundriß wie in den meisten europäischen Städten einen Kulturwert darstellt.

Wenn also solche ungeplanten Stadtgrundrisse und Stadträume den Wert des Kulturgutes erreicht haben, dann hieße das wiederum, weder Stadtbildpfleger als verkappte, noch Städtebauer als offene Stadtgestalter sollen sich in das städtebauliche Geschehen einmischen, sondern es soll den organisierenden Kräften der jeweiligen Realität überlassen bleiben, wie unsere heutigen Städtebaubildungen ebenfalls den Rang von Kulturwerten erreichen oder nicht. Jedenfalls ist der Ruf nach dem Staat, der stadtbildpflegend oder -gestaltend tätig werden soll, nach dem Stellvertreter also, welchen der einzelne freiwillig gegen sein egoistisches Ich und über dasselbe einsetzt, damit es nicht mehr tun kann, was es sonst tun würde, sondern sich zwangsweise einem Gesellschaftsmodus unterwirft, ein Eingeständnis von Gemeinschaftsschwäche des einzelnen, von Gemeinschaftslosigkeit unserer Gesellschaft.

Es scheint angesichts dieses Zustandes unausgereift und umstritten, wenn man schon für diese Gegenwart das Stadtbild ohne Stadtbildpfleger, Stadtgestalt ohne Stadtgestalter fordern wollte. Es sei denn, man akzeptiert dann das Wild-West-Produkt eines Las Vegas, den Gartenzweig in der Kleingartenidylle, den Gewerbe- und Industriepark bei A-Stadt,

auch das multifunktionale Einkaufs- und Freizeitcenter in B-Stadt als gültiges, ja als qualitativvolles Stadtbild.

Die (wertfreie) Informationsästhetik wäre zwar vielleicht bestätigt, und ambitionierte Gestalter wie die Venturis proklamieren ja diese neue »Trivial-Architektur«. <sup>32</sup> Für die Ermöglichung guter Stadtgestalt kommt es jedoch in Wirklichkeit nicht darauf an, ob ein städtebauliches Thema trivial oder elitär ist (eine Arbeitersiedlung ohne Glanz oder ein Bauerndorf ohne Fachwerkhäuser können wertvolle Ortsbilder aufweisen), sondern auf die Form und Gestalt, auf Komposition und Konzeption, auf Proportion und Dimension. Und vorhandene Realisationen im Städtebau beweisen, daß es immer Stadtgestalter gab, die aus ihrem Stoff mehr zu machen vermochten, als nach informationsästhetischen Begriffen erforderlich gewesen wäre (auch ein Venturi ist, wenn er zeichnet, hierin ein klassischer Gestalter). Dieses Mehr an Stadtbild, diese Überhöhung des stumpfen Programmvollzugs weist in eine Richtung, die nach traditionellem Verständnis immer mit Kunst bezeichnet wurde und es wäre absonderlich, wenn unsere Zeit diesen allen Kulturen geläufigen Begriff nicht mehr enthielte – auch im Städtebau. Es ist höchstens zu fragen, ob eben unsere Zeit disponiert ist, im Städtebau Kunst freizusetzen.

### 12. Stadtbild als Kunst

Eine Frage an Vernissage-Ladies oder Beaux-Arts-Schöngelüste mit gesicherter Existenzgrundlage? Oder eine Frage nach der geistigen Vertiefung einer städtebaulichen Aufgabenstellung mit einer triftigen Wiedergabe derselben in gebauter Form und mit Gültigkeit und Nutzen für jedermann? Stadtbild als Kunst: vielleicht unreflektiert möglich, dann »naiv« genannt, also vielleicht auch »naiven Städtebau« hervorbringend, eher aber ringend und durchdringend in einem Prozeß, in dem das Zwecknotwendige des Mediums handhabbar wird ohne den geistigen Gehalt, die Mitteilung zu verlieren. Welche Mitteilung aber, welcher Gehalt über das Zwecknotwendige hinaus einzugeben sei, und welches Repertoire der heutige Stadtplaner dafür zur Verfügung hat, ob Kreativität – gar Spontaneität zulässig sei, ob Improvisation eine vergessene Betätigung ist, die bei kompetenter Ausübung die Stagnation akademischer Bemühung zu durchbrechen vermag wie einmal in der klassischen Musik und heute vielleicht im Jazz: solche Fragen sollen hier nicht vertieft werden und sind wohl auch nicht diskutierbar, sondern nur praktizierbar.

Stadtbild und Stadtgestalt werden nicht durch Theorie oder Methode, nicht durch Verordnung oder Rezept erreichbar sein, <sup>33</sup> sondern nur durch einen Begriff von Gestalt-

<sup>32</sup> »Bezugspunkte für den Entwicklungsprozeß einer künftigen Stadtgestaltung sind nicht die musealen Kleinstädte Italiens, sondern die ausgeräumten, dem Auto angepaßten Mittelstädte Amerikas. Sie sind die Demonstrationsobjekte einer Realität, die auch für europäische Verhältnisse Gültigkeit erlangt hat. An ihnen läßt sich aber auch das kräftige triviale Potential feststellen, das den Urstoff für Gestaltungsmedien unserer Zeit abgeben könnte« (L. Ortner, in: Deutsche Bauzeitung 6/1978).

<sup>33</sup> »Die Fähigkeit zum räumlichen Gestalten setzt ebenso wie die Fähigkeit, Gestaltung kompetent zu beurteilen, visuelle Kreativität voraus. Diese aber ist wie Musikalität angeboren. Sie kann und muß

qualität, durch ein Gestaltungsverständnis und Gestaltungsengagement der Bürgerschaft, <sup>34</sup> durch Einsatz und Bereitschaft zur Hochwertigkeit, durch Sorgfalt, Einzeldurcharbeit und gestalterische Behandlung des Details wie des Ganzen. »Wer immer in allen Jahrhunderten nur ein Notwendiges plante, hat auch das Notwendige nicht erreicht. Die Menschheit bedurfte des emotionalen Bezugs zu ihren Wohnstätten, sie forderte die ästhetische Überhöhung, eine Kultur der Gestaltung, die dem Alltag mehr als allein Glanz verleiht.« <sup>35</sup>

Dieser Seitenblick auf die Vokabel »Stadtbild als Kunst« möge genügen, statt dessen zum Schluß ein Blick hinüber zum scheinbaren Gegenteil von Kunst, nämlich zu

### 13. Stadtbildpflege als Stadtpolitikpflege

Der »Herr Öffentlichkeit« in Form des Lokalredakteurs der örtlichen Tageszeitung wird ungleich mehr Zeilen auf sichtbare Leistungen der Stadtbildpflege verwenden als auf Produkte anderer – weniger sichtbarer – Sachgebiete. Damit unterliegt Stadtbildnerisches einer starken »öffentlichen« Kontrolle und löst von daher erhöhte Aufmerksamkeit und Aktivität bei den Verantwortlichen aus. Der (halb-)politische Dezernent ebenso wie der politische Mandatsträger wird einen (un-)verhältnismäßig hohen Einsatz für stadtbildnerische Aufgaben erbringen und sich – wie man in vielen Städten beobachten kann – um die kleinsten Details mit Akribie kümmern, wie es für tausend andere Aufgaben größeren Umfangs nicht gleichermaßen geschieht.

Dieser typische Demokratieeffekt, daß man am Sichtbaren gemessen wird und deshalb am sichtbarsten lieber schnitzt oder zum Schnitzen gezwungen wird, als am weniger sichtbaren, hat zweischneidige Folgewirkungen. Einerseits erfährt die Stadtgestaltung auf diese Weise eine ungewöhnliche Stärkung durch die Verwaltungsspitze und damit große Dynamik, andererseits hindert dieser Leistungs- und Erfolgsdruck mehr als üblich Selbstkritik und Hinterfragen des eigenen Tuns. Darum ist zwar in kurzer Zeit ein erheblicher Entwicklungsschritt in der Stadtbildpflege erfolgt und hat in Städten und Dörfern zu großen Planungen und Realisierungsleistungen geführt, die aber derzeit noch weitgehend von den Einschränkungen oder Einseitigkeiten geprägt sind, wie sie hier darzulegen versucht wurden.

entdeckt, entwickelt und gefördert werden. Aber sie kann weder persönlich gewollt noch administrativ verordnet, noch mit einem Amt oder einer politischen Funktion quasi automatisch übernommen werden. Von diesem einfachen Sachverhalt hängt es ab, ob zahllose Instrumente und Methoden der Stadtgestaltung »greifen« oder unwirksam bleiben, wenn nicht gar Schaden anrichten« (J. Matthäi, auf der Tagung »Bauen in der alten Stadt«, Aachen 1981).

<sup>34</sup> »Die Wurzel der Misere der Unzulänglichkeiten neuer Bauten neben alten liegt nicht in fehlenden Satzungen, sondern in der allgemein auf breiter Basis fehlenden Empfindsamkeit für Qualität der Form. Diese Empfindsamkeit ist weiter im Schwinden! Unverständnis für Fragen des Maßstabs und der Proportion findet fast allgemein Zustimmung« (R. Romero, aus: »Die Kunst eine Stadt zu bauen«, Göttingen 1975).

<sup>35</sup> W. Braunfels, Abendländische Stadtbaukunst, Köln 1976.

Günther Nufer

## Denkmalschutz in einem altstädtischen Gesamtbereich

1. Baugeschichte – 2. Allgemeine Gestaltungsziele für den denkmalgeschützten Bereich – 3. Initiative der Bürgerschaft – 4. Denkmalschutz und Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz – 5. Denkmalpflegerische Einzelziele – 6. Allgemeine Sanierungsziele – 7. Fahrplan der Stadterneuerung – 8. Finanzielle Abwicklung – 9. Einwohnerzuwachs und veränderte Sozialstruktur – 10. Neben- und Außenwirkung der Sanierung – 11. Stadterneuerung und Denkmalpflege

Für Architekten und Kommunalpolitiker sind oft jene Denkmale die schönsten, die sie zur Förderung ihres eigenen Ruhmes setzen können. Die Zustimmungquote zu solcher und manch anderer Form der Baukunst der Gegenwart hält sich in Grenzen, zur Identifikation mit ihnen gehört Mut, oftmals sogar Überwindung. Dagegen ist ein großer Teil der Bürgerschaft, manchmal sogar auch wirkliche und selbsternannte Fachleute, für die Erneuerung städtebaulich wertvoller, überkommener Bausubstanz zu begeistern.

Am Beispiel von Bad Säckingen sei dargestellt, wie und mit welchem Ergebnis Stadterhaltung in einem denkmalgeschützten Quartier betrieben werden kann.

## 1. Baugeschichte

Die Bad Säckinger Altstadt war ursprünglich eine von zwei Rheinarmen umflossene Insel. Die Gebäudeproportionen haben sich gegenüber der Merian-Darstellung von 1630 bis heute nur wenig verändert (vgl. Abb. 1 und 2). Die wichtigsten Häuser erhielten ihre Grundform Ende des 17. Jahrhunderts, nachdem der größte Teil der Stadt durch den dreißigjährigen Krieg und einen großen Brand zerstört worden war.<sup>1</sup>

Der Stadtgrundriß mit Straßenräumen und Plätzen ist ebenfalls weitgehend in seiner mittelalterlichen Form erhalten (Abb. 3 und 4). An der Rheinseite der Insel begrenzen zwei Türme, der Gallus- und der Diebsturm<sup>2</sup> die Stadt. Im südöstlichen Teil lag der geschlos-

<sup>1</sup> Judith und Hans Jakob Wörner, Zur Baugeschichte der Stadt Säckingen in: Hugo Ott, Säckingen, die Geschichte der Stadt, Stuttgart und Aalen, 1978. Bernhard Oeschger / Günther Nufer, Stadtführer Bad Säckingen, Bad Säckingen 1982. Josef Arnold C. Malzacher, Geschichte von Säckingen und nächster Umgebung, Säckingen 1911.

<sup>2</sup> Wörner (s. A 1) S. 146; Erinnerungsschrift anlässlich der Wiedereröffnung des Diebsturms, Bad Säckingen 1980.



Abb. 1

sene Bezirk des reichsunmittelbaren Damenstifts,<sup>3</sup> den heute noch das Münster des heiligen Fridolin<sup>4</sup> krönt. Im Südwesten ragte das Schloß der Grafen von Schönau auf, um das sich jene romantische Liebesgeschichte des Trompeters von Säckingen rankt, mit dem Joseph Victor von Scheffel die Stadt weltberühmt gemacht hat.

Die alte gedeckte Holzbrücke im Süden trotz seit über 400 Jahren den Fluten des Rheins.<sup>5</sup> Die Steinbrücke, an deren nördlichem Fuß das alte Bad<sup>6</sup> zu sehen ist, verschwand 1830, als der rechte Rheinarm zugeschüttet wurde. Die Stadt erweiterte sich nach Norden. Der »Bauboom« ergriff auch die Altstadt. Viele Gebäude wurden zunächst im Biedermeier-, später im Jugendstil umgestaltet.

<sup>3</sup> Fridolin Jehle, Die Geschichte des Stiftes Säckingen, Bd. 1, Archiv-Ausgabe Bad Säckingen 1969.

<sup>4</sup> Fridolin Jehle / Adelheid Enderle, Die Geschichte des Stiftes Säckingen; Teil 2, Bad Säckingen 1982.

<sup>5</sup> Adolf Reinle / Fridolin Jehle, Das Fridolinmünster zu Säckingen, Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte, 32 (1975), Heft 1.

<sup>6</sup> Die Säckinger Brücke, Sonderdruck zur 1100-Jahr-Feier, Stein AG, 1978, 400 Jahre Holzbrücke Säckingen-Stein/Schweiz, Bad Säckingen 1973.

<sup>6</sup> Bernhard Oeschger, Geschichte der Stadt Säckingen, in: Hugo Ott, Säckingen, die Geschichte der Stadt, S. 125 ff.

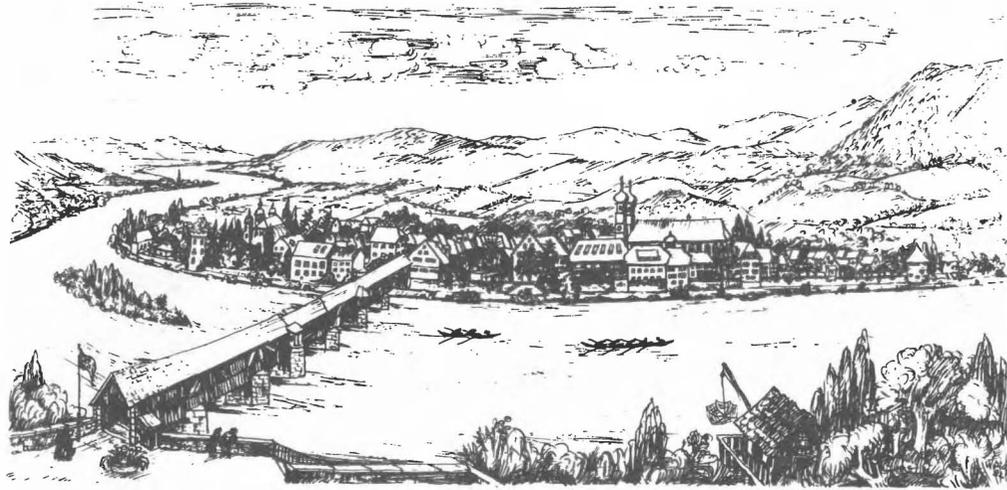


Abb. 2

2. Allgemeine Gestaltungsziele für den denkmalgeschützten Bereich

Der Baubestand innerhalb des Inselbezirks ist als Ensemble 1961 in das Denkmaltbuch des Landes Baden-Württemberg eingetragen worden.<sup>7</sup> Er umfaßt ein Gebiet von 10 ha mit 212 Gebäuden. Hierfür und darüber hinaus für eine Fläche von weiteren 4 ha mit 46 Gebäuden ist 1976 eine Gestaltungssatzung erlassen worden. Sie legt die allgemeinen und besonderen Gestaltungsziele für Gebäude, Straßenräume und Plätze fest. Kunsthistoriker, Architekten und sachkundige Bürger haben den Gemeinderat und die Kurverwaltung bei der Arbeit an der Gestaltungssatzung unterstützt.

Bei Gebäudeerneuerungen im Gebiet der alten Rheininsel wird regelmäßig der älteste Befund, also vorwiegend die Renaissance- und Barockfassade wieder hergestellt. Im Inneren der Gebäude wird meist keine Rücksicht auf die ursprüngliche Raumaufteilung und die Geschosshöhe genommen. Hier entstehen Wohnräume und gewerbliche Flächen, die den heutigen Anforderungen entsprechen. Besonders wertvolle Treppenhäuser, Stuckdecken und Wandverkleidungen werden allerdings erhalten und sorgfältig restauriert.

Im Gegensatz dazu wird im Gebiet des zugeschütteten Rheinbetts Flächensanierung betrieben. Hier entsteht ein modernes Dienstleistungszentrum, das in Maßstab und Gliederung das Vorbild der gewachsenen Altstadt übernimmt, sich aber in Materialwahl und Formensprache zur Architektur des 20. Jahrhunderts bekennt.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Literatur zur Bad Säckinger Altstadt: F. X. Kraus, Die Kunstdenkmäler des Großherzogtums Baden, Band III, Kreis Waldshut, S. 45 ff.; Krieger, Topographisches Wörterbuch, S. 707 ff.

<sup>8</sup> Manfred Sass, Rheintalzentrum Säckingen, Dt. Bauzeitung 3/81, S. 323 ff. Hermann Miller, »informationen«, 2/78, Sonderdruck, Basel 1978. Stadt Bad Säckingen, Bürgerinformation Nr. 3: Altstadtansanierung in Säckingen, eine Zukunft für unsere Vergangenheit, 1978.

STIFT und STADT SÄCKINGEN

( um 1600 )

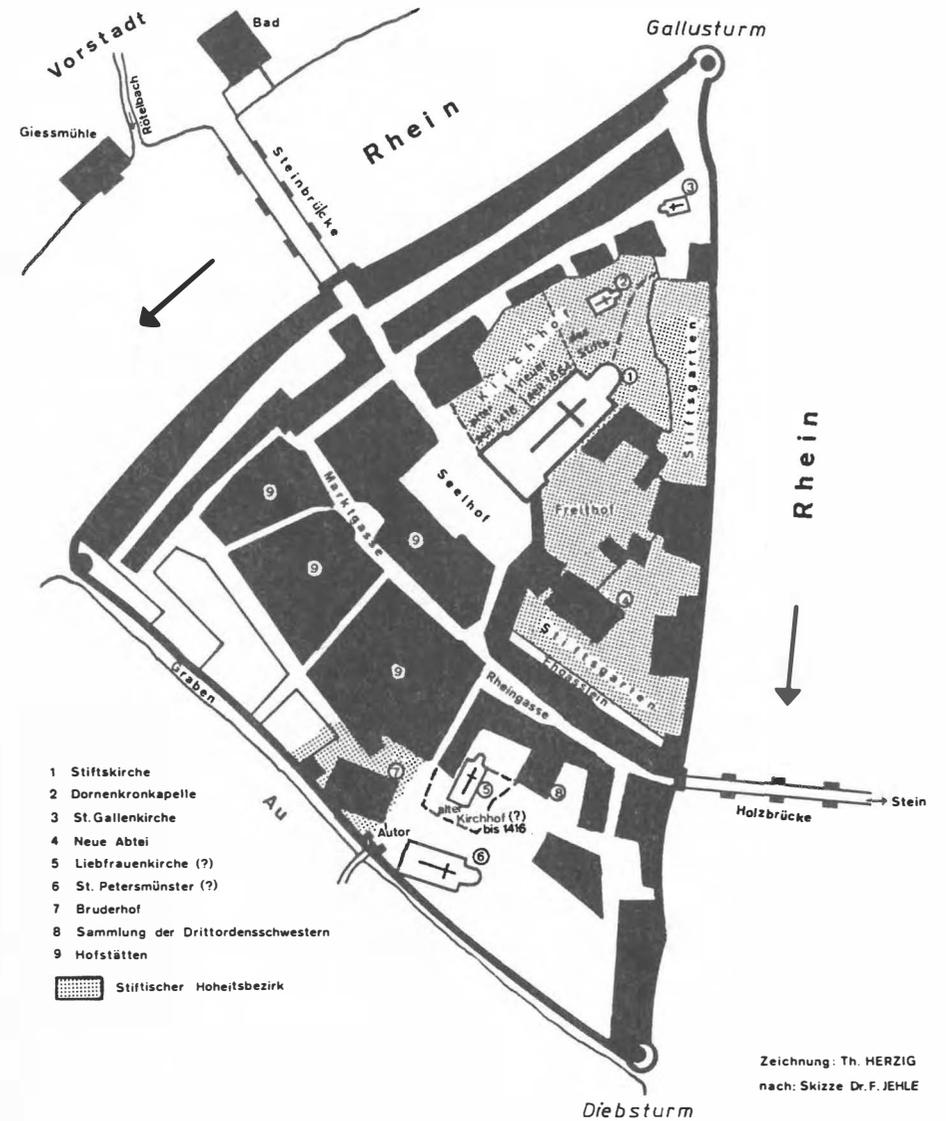


Abb. 3

Zeichnung: Th. HERZIG  
nach: Skizze Dr. F. JEHLE

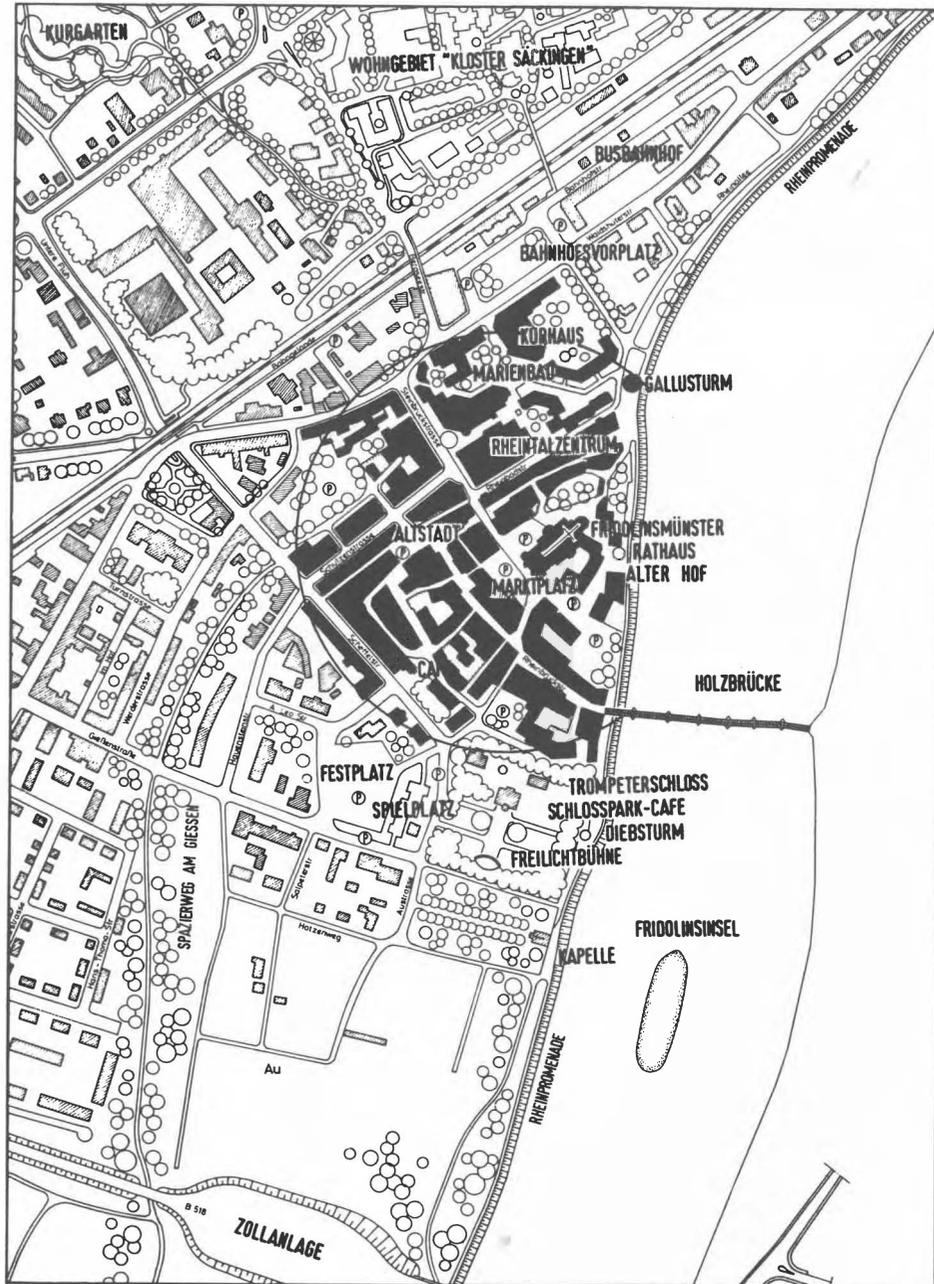


Abb. 4

### 3. Initiative der Bürgerschaft

Besonders bemerkenswert ist, daß der Denkmalebucheintrag für die Altstadt auf eine Initiative der Bürgerschaft zurückgeht. 1959 stellte die »Bürgergemeinde«, eine Vereinigung von Altstadtbürgern, den Antrag, die Altstadt unter Denkmalschutz zu stellen. 1961 folgte der Eintrag ins Denkmalebuch. Auch die 1976 von der Stadt erlassene Gestaltungssatzung fand nach einer breiten öffentlichen Diskussion die Zustimmung der Bevölkerung, obwohl sie die Gestaltungsfreiheit der Hauseigentümer stark einschränkt. Diese positive Bad Säckinger Erfahrung hat den Verfasser auch bewogen, bei der Neugestaltung des Denkmalschutzgesetzes für Baden-Württemberg die bürgerschaftliche Mitwirkung über das »Initiativrecht« der Gemeinden zu stärken (Zitate Stuttgarter Zeitung).<sup>9</sup>

Die Bürgerbeteiligung wurde zudem gewährleistet durch

- Projektgruppen;<sup>10</sup>
- Bürgerversammlungen;
- Bürgerinformationen für die ganze Bevölkerung und Einzelinformationen für die Sanierungs-betroffenen;
- Einzelinterviews bei jedem Sanierungs-betroffenen durch unabhängige Befrager (keine Mitarbeiter der Stadtverwaltung zur Wahrung der Anonymität und Vertraulichkeit);
- unzählige Einzelgespräche zwischen Stadtverwaltung, Sanierungsträger und Sanierungs-betroffenen;
- die Stiftung einer Bürgerin als Grundlage für den Bau von Altenwohnungen.

Als Ergebnis dieser umfassenden Bürgerbeteiligung ist festzuhalten, daß in keinem Fall Zwangsmaßnahmen ergriffen werden mußten.

### 4. Denkmalschutz und Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz

Zum Denkmalschutz braucht man Geld. Ohne angemessenen Ausgleich für ihre Sonderlasten sind die Eigentümer nur schwer dazu zu bewegen, denkmalpflegerisch bedingte Mehraufwendungen in ihrem Gebäude zu finanzieren. Wenn zudem in einem für kleinstädtische Verhältnisse großen Ensemble eine Fülle alter Gebäude von Grund auf modernisiert werden soll, ist das nur mit erheblicher Finanzhilfe durch die öffentliche Hand möglich.

In der Bad Säckinger Altstadt sind förmlich festgelegt:

- ein Sanierungsgebiet mit einer Fläche von 4,35 ha, in dem Stadterneuerung nach den Vorschriften des Städtebauförderungsgesetzes betrieben wird;
- eine Modernisierungszone mit 2,1 ha, in der Erneuerungsmaßnahmen nach dem

<sup>9</sup> Für viele Veröffentlichungen: Stuttgarter Zeitung vom 17. 2. und 22. 2. 1982.

<sup>10</sup> Günther Nufer, Strategie der modernen Kommunalpolitik, Materialien zur kommunalpolitischen Bildung, Bonn 1976, S. 347ff.

Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz gefördert werden. Hier werden vorwiegend durch Objektsanierung neuzeitlicher Wohnraum, Parkplätze und verkehrsberuhigte Zonen geschaffen.

### 5. Denkmalpflegerische Einzelziele

Die Gestaltungssatzung formuliert als wichtigste Einzelziele:

- die Erhaltung der räumlichen Gliederung der Straßenzüge durch Verspringen der Gebäudefronten;
- die Erhaltung der Dachlandschaft durch unterschiedliche Traufhöhen, wechselnde Dachneigungen und Dachgauben;
- die Fassadengestaltung durch unterschiedliche Breiten und kleinteilige Gliederung;
- ein Farbkonzept mit besonderer Berücksichtigung historischer Farbbefunde;
- das Verbot von Dachantennen für den Fernseh- und Rundfunkempfang (in der ganzen Altstadt sind Kupferkoaxialkabel verlegt);
- Vorschriften für die Gestaltung von Werbeanlagen;
- das Verbot oberirdischer Versorgungsleitungen;
- Pflasterung der Straßen und Plätze mit Granit oder Porphy.

### 6. Allgemeine Sanierungsziele

Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich die Stadt vor allem im Norden der alten Rheininsel erweitert. Der Kern blieb weitgehend unangetastet. Allerdings wurde die Altstadt, früher blutvoller Mittelpunkt pulsierenden Lebens, in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts mehr und mehr zu einem Problemgebiet. Die Bausubstanz verfiel. Die alteingesessene Bevölkerung zog in die Außenbezirke. Alte Menschen und sozial Schwache blieben zurück. Der Ausländeranteil stieg auf 44% der Altstadtbevölkerung.

Erst zu Beginn der siebziger Jahre kam »Sanierungsbewußtsein« auf. Die politisch Verantwortlichen, die Verwaltung, Architekten, Kunsthistoriker und vor allem die Bürgerschaft begannen zu entdecken, daß sich Bad Säckingen typisch und unverwechselbar in der Altstadt darstellt und diese Identität auch bewahrt werden müsse.

Hauptziel der Sanierung und Modernisierung war es daher, dieses Quartier wieder zum Zentrum privater und öffentlicher Dienstleistungen zu entwickeln.

Darüber hinaus wurde angestrebt,

- moderne Miet- und Eigentumswohnungen entstehen zu lassen, die auch für die bisher in der Altstadt wohnhafte Bevölkerung erschwinglich sind;
- soziale Einrichtungen, wie zum Beispiel ein Altenstift, und Stätten organisierter sozialer Kontakte ebenso zu schaffen wie großzügige Grünanlagen, Fußgängerzonen und Parkplätze;
- ausländische Mitbürger und alte Menschen zu integrieren.

### 7. Fahrplan der Stadterneuerung

- 1972 Konsumbefragung einschließlich Bürgerbefragung über kommunalpolitische Prioritäten;<sup>11</sup>
- 1972 Ausschreibung eines städtebaulichen Wettbewerbs für den Bereich der »Flächensanierung«; Ergebnis 1973;
- 1973 vorbereitende Untersuchung nach dem Städtebauförderungsgesetz;<sup>12</sup>
- 1974 Aufnahme in das SE-Programm (Subventionierung nach dem Städtebauförderungsgesetz);
- 1974 Sozialplan;<sup>13</sup>
- 1974 Einschaltung eines Sanierungsträgers;
- 1975 rechtskräftige Bebauungspläne für das Gesamtgebiet;
- 1976 Gestaltungsplan für die Grünanlagen;
- 1976 Gestaltungssatzung;
- 1978 zweite Konsumbefragung;
- 1980 zweiter Farbleitplan;
- 1980 umfassender Grünordnungsplan;<sup>14</sup>
- 1980 Gestaltungskonzept für die verkehrsberuhigten Zonen;
- 1980 Kurortentwicklungsplan.<sup>15</sup>

### 8. Finanzielle Abwicklung

Die Bau- und Ordnungsmaßnahmen werden allein im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet ca. 70 Mio. DM kosten. Davon sind ca. 14 Mio. DM unrentierlich, das heißt von Bund, Land und Stadt zu zahlen.

Die Bürger der Stadt haben also zu jeder Mark öffentlicher Förderung noch 4 Mark aus der eigenen Tasche dazugelegt.

Auch in der Modernisierungszone außerhalb des Sanierungsgebiets hat sich die Bevölkerung von der Sanierungsidee anstecken lassen. Es gibt kaum noch ein Gebäude, das nicht innen und außen erneuert worden ist. Der Einsatz an privaten und öffentlichen Mitteln in diesem Gebiet wird auf rund 20 Mio. DM geschätzt.

<sup>11</sup> Konsumbefragung, Nutzflächenprognose, Bürgerbefragung Säckingen und Kommunale Planungs- und Entwicklungsgesellschaft der bad. Sparkassen GmbH (KSG), Karlsruhe, 1973.

<sup>12</sup> KSG, Altstadtsanierung Säckingen, vorbereitende Untersuchungen, Karlsruhe und Säckingen, 1973.

<sup>13</sup> Sozialplan Säckingen Altstadt I und II, Kommunale Planungs- und Entwicklungsgesellschaft der badischen Sparkassen GmbH, Karlsruhe und Säckingen, 1974.

<sup>14</sup> Hans Luz und Partner, Grünordnungsplan Bad Säckingen, Stuttgart, 1980.

<sup>15</sup> Heinz Gaiser, Kurortentwicklungsplan Bad Säckingen, Bad Säckingen, 1980.

<sup>16</sup> Günther Nufer, Die Entwicklung des Kur- und Fremdenverkehrsgeschehens, Sonderdruck aus: Informationsblätter II/1972 der Planungsgemeinschaft Hochrhein, Säckingen, S. 50 ff.; Bad Säckingen, Ausgleich des Zentralitätsverlustes durch Kur- und Rheintalzentrum, Sonderdruck aus: Der Kreis Waldshut, Stuttgart und Aalen, 1979, S. 228 ff.

### 9. Einwohnerzuwachs und veränderte Sozialstruktur

Die Einwohnerzahl im Sanierungsgebiet betrug bei Beginn der Sanierungsmaßnahmen im August 1973 329 Personen. Nach Abschluß der Sanierung wird die Einwohnerzahl im Quartier auf 470 Personen ansteigen. In der Modernisierungszone wohnen derzeit 553 Einwohner. Hier wird sich die Einwohnerzahl auf ca. 600 Personen erhöhen. Im Sanierungsgebiet waren 1973 rund 100 Personen beschäftigt. Nach Abschluß der ersten großen Sanierungsetappe arbeiten hier 547 Personen. In der Modernisierungszone sind derzeit in 99 Betrieben ca. 700 Personen beschäftigt. Nach Abschluß der Modernisierung werden im Quartier ca. 750 Personen beschäftigt sein. Alte Menschen, Ausländer und sozial Schwache waren überdurchschnittlich stark vertreten. Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung betrug vor Beginn der Sanierung 43,8%, im gesamten Stadtgebiet jedoch nur 12,66%. Nach Abschluß der Sanierung werden es weniger als 20% sein.

### 10. Neben- und Außenwirkung der Sanierung

Vor allem die Objektsanierung hat sich als ideales Betätigungsfeld für Handwerker und mittelständische Unternehmen herausgestellt. Die sanierte Altstadt entwickelt sich im jüngsten Heilbad Deutschlands mit einer sprunghaft steigenden Übernachtungszahl als Magnet, der selbst die Anziehungskraft des neuen Kurzentrums übertrifft. Sie ist daher fest in die Kurortrahmenplanung einbezogen, gewissermaßen als zweiter Brennpunkt einer Stadtentwicklungsellipse. Ein City-Bus verbindet das Kurzentrum mit der Altstadt, in der 1983 auch der Kursaal eröffnet werden wird.<sup>16</sup>

Die Bevölkerungszahl ist nicht nur in der Altstadt, sondern in der Gesamtstadt auch in einer Zeit gestiegen, in der andere Mittelzentren in Deutschland Abwanderungsverluste hinnehmen müssen. Diese positive Entwicklung ist zu einem Teil auch auf die Wiederbelebung des Stadtkerns zurückzuführen.<sup>17</sup>

Die Folgelasten für die öffentliche Hand sind aufgrund des erheblichen Multiplikationseffekts durch den Einsatz privater Gelder vergleichsweise gering zu dem, was wir uns in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge aufladen.

Heute ist die Altstadt wieder eine gute Adresse in Bad Säckingen. Mit der Fertigstellung des Kursaals und der großen Wohn- und Geschäftsanlage im alten Rheinbett wird sie wieder zur Drehscheibe des Handels und der menschlichen Begegnung werden.

### 11. Stadterneuerung und Denkmalpflege

Stadterneuerung und Denkmalpflege können, ja müssen Hand in Hand gehen. Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzungsansprüchen und denkmalpflegerischen Auflagen

<sup>17</sup> Bürgerinformation Nr. 8, Stadtsanierung und Rheintalzentrum II, Bad Säckingen 1981.

lassen sich meist ohne Probleme lösen, wenn zu den guten Ratschlägen auch die nötige finanzielle Unterstützung kommt.

Wir stellen aber auch fest, daß nach der Renaissance der Denkmalpflege und der Stadterneuerung wieder die ersten Kritiker auftreten. Jetzt, wo breite Zustimmung zur Erhaltung baugeschichtlich bedeutsamer Bausubstanz feststellbar ist, reden sie von Architekturnostalgie, Stadtmumifizierung und denkmalpflegerischen Maskenfesten. Es sind die gleichen Leute, die uns ein Gutteil der Orgien in Beton beschert, unsere Städte allerdings nicht wohnlicher gemacht haben.

Wir sollten uns durch diese intellektuell verbrämte Kritik, die offenbar auch eine späte Rechtfertigung der Durchschnittsarchitektur nach dem zweiten Weltkrieg sein soll, nicht vom einmal eingeschlagenen Weg abbringen lassen.

Soweit man sich daran machte, die Stadtkerne zu erneuern, bestand immer die schwierige Aufgabe, Überkommenes mit dem Stilempfinden dieser Tage in Einklang zu bringen. Das gilt vor allem für jene Bereiche, in denen die vorhandene Bausubstanz nicht mehr erhalten werden konnte. Gelungen sind diese Versuche immer, wenn – ohne sklavische Nachahmung früherer Bauformen – die architektonischen und menschlichen Maßstäbe des historisch Gewachsenen beachtet wurden. Unsere Altstädte sind oder werden überall dort wieder lebendig, wo nicht nur Kaufhäuser und Versicherungspaläste, sondern Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen angeboten werden.

Der Verlust an Urbanität in unseren Städten ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß wir die Qualität ihrer Kerngebiete übersehen und ihre Erneuerung vernachlässigt haben. Das mag daran liegen, daß unsere Generation ein gestörtes Verhältnis zur Geschichte hat. Das Gesetz des Tages diktiert das Geschehen. Der Blick ist in die Zukunft gerichtet, die wir mit Prognosen erfassen wollen, ohne dabei mehr Erfolg zu haben als die Propheten des Vorcomputerzeitalters. Dabei kann die Geschichte ein guter Lehrmeister der Gegenwart sein. Das gilt auch und gerade für das äußere Erscheinungsbild und das gesellschaftliche Innenleben unserer Städte. Wo das Vorbild des geschichtlich Gewachsenen Maßstab für den Städtebau ist, werden auch menschliche Dimensionen nicht gesprengt. Die Erfolge dieser Form von Vergangenheitsorientierung sind überall dort sichtbar, wo Stadterneuerung mit dem nötigen kommunalpolitischen Einsatz betrieben wird. Dort bieten alte Bürgerhäuser unter historischem Gewand neuzeitlichen Wohnkomfort und Platz für Handel und Handwerk. In den engen Gassen ist die menschliche Begegnung selbstverständlich. Es liegt an den Gemeinden, ihr Herz wieder zum Schlagen zu bringen und dabei auch Stätten organisierter sozialer Kontakte zu schaffen, Treffpunkte für jung und alt, für Ausländer und Einheimische. Dann werden die Altstädte wieder blutvoller Mittelpunkt pulsierenden Lebens, schon weil die Bürger auf diese Renaissance unserer städtebaulichen Vergangenheit stolz sind. Mehr nämlich als in den Neubaugebieten entdecken sie hier das Besondere, das Unverwechselbare, die Identität einer liebenswerten Stadt, die ihren Bewohnern den Weg zur Identifikation mit Bauwerken und Menschen ebnet.

Miron Mislin

## Aspekte der Wohnungsmodernisierung in Selbsthilfe im Altstadtquartier

1. Die Umwandlung von Gebrauchwohnungen in Eigentumswohnungen – 2. Für wen sollen Gebrauchwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden? – 3. Beispiel: Modernisierung in Kreuzberg-Süd – 4. Nutzereigentum und Selbsthilfegemeinschaft bei der Modernisierung – 5. Zusammenfassender Kommentar – 6. Schlußbetrachtung – 7. Erstes Fazit – 8. Zweites Fazit.

Die Entwicklung der Wohnungsnutzung in den Altstadtquartieren ist durch die Verschärfung des Wohnungsmangels gekennzeichnet. Einmal erweisen sich die Altstadtquartiere der Innenstadt als das größte Reservoir an billigem Wohnraum und zum anderen entspricht ihre haustechnische Ausstattung nicht dem Mindeststandard von Neubauten. Die Neubauten wiederum haben durch die ständige Erhöhung der Baukosten relativ hohe Mieten, die nur für einen Teil der Bevölkerung erschwinglich sind. Für die Bevölkerungsteile mit niedrigem Einkommen bleiben die innenstadtnahen Gebiete mit schlechter Bausubstanz. Dort wo die Mieten seit Jahren insgesamt etwa stabil geblieben sind, wurden allerdings kaum die notwendigen laufenden Instandsetzungsarbeiten und andere Reparaturen durchgeführt. Infolge dieser Versäumnisse der Bauunterhaltung verschlechterte sich auch die Bausubstanz rapide.<sup>1</sup>

Die Verschlechterung der Wohnungsqualität hat sehr starke negative Auswirkungen auf den Stadtentwicklungsprozeß, der sich zunächst in den Bevölkerungsverschiebungen artikuliert: die leistungsstärkeren Einwohner wandern in die Neubaugebiete der Außenbezirke ab. Zurück bleiben die minderbemittelten Rentner. Der Anteil der Gastarbeiterfamilien nahm in den vergangenen Jahren dort ständig zu, wobei auch die alte Bevölkerungsdichte überschritten wurde. Besonders heikel für die Planungsämter, die für diese Wohngebiete einen Sanierungsplan aufgestellt haben, ist die sogenannte »Erhaltung« der typischen Wohnbevölkerung des betreffenden Quartiers. Die bisherige Entwicklung zeigte, daß in fast allen ausgewiesenen Sanierungsgebieten in Berlin (W) ein Bevölkerungsaustausch seit dem Ende der sechziger Jahre stattgefunden hat.<sup>2</sup> Die 1980 in den Sanierungsgebieten vorhandene Bevölkerung ist nicht mehr mit der sozialen Struktur vor 1968 identisch.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, BMBau-Reihe, 03.084.

<sup>2</sup> H. Becker, Bethanienviertel, in: BBauBl, 10/1976.

<sup>3</sup> T. Pirker und Mitarbeiter, Stadtplanung, Sanierung und Bürgerbeteiligung am Beispiel Berlin-Kreuzberg, IWOS-Bericht I, Berlin 1975, S. 40–41; widersprüchliche Angaben bei Hämer und

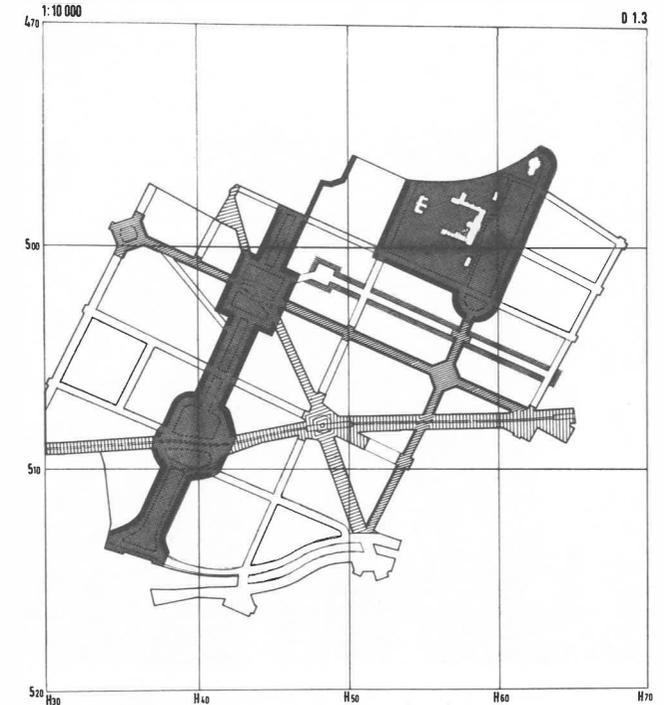
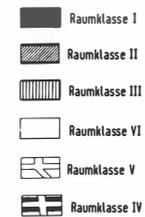


Bild 1 Klassifikation der Straßen- und Platzräume (»Berliner Atlas«, 1974) Wasserwerkplatz-Erkelenzdamm gehören zu Raumklasse I

Das ist aber kein Grund für den Abriß der Mietshäuser in Berlin-Kreuzberg oder in Wedding. Aus stadtbauhistorischen Gründen kann man mit Recht argumentieren, daß die Erhaltung des repräsentativen Baucharakters des Altstadtquartiers und die »milieuspezifischen« Bauten für das Stadtbild auch ein kulturpolitisches Ziel darstellen. Für Berlin (W) sind nun einmal die Arbeitermietshäuser (die »Berliner Mietskaserne«) in den Arbeitervierteln von Kreuzberg und Wedding charakteristisch.<sup>4</sup> Das heißt, daß in diesen Quartieren Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen – mindestens der stadtbildprägenden »Vorderhäuser« – den Vorrang vor Abriß und Neubau haben müssen.<sup>5</sup>

Rosemann, Kostenanalyse der Modernisierung von Altbauten, BMBau-Reihe 03.041, 1976, S. 22 und S. 24. Die Mehrheit der Mieter auch am Klausener Platz ist im Sanierungsbereich nie »stabil« geblieben, sondern trotz des »Zuzugsstopps« kommen mehrfach umgesetzte einkommensschwache Mieter vor. Interview AGS vom 25. 10. 79.

<sup>4</sup> M. Hecker, Berlin-Kreuzberg. Sanierung mit der Absicht der Erhaltung der Stadtstruktur, in: Die Kunst unsere Städte zu erhalten (Tagung Deutscher Kunsthistoriker im April 1975 in Köln) Stuttgart 1976, S. 264–278; M. Mislin, Kriterien der sozialen und baulichen Werterhaltung alter Wohnquartiere, in: Neue Heimat-Monatsblätter, 9/80, S. 18–23.

<sup>5</sup> Vgl. 6. Bericht zur Stadterneuerung, Sonderdruck Nr. 41/131, 21. Nov. 1969, S. 8 f.



Bild 2 Luisenstädtischer Kanal: Wassertor-Becken und Hochbahn, um 1925  
Landesbildstelle Berlin

### 1. Die Umwandlung von Gebrauchwohnungen in Eigentumswohnungen

Die Diskussion über die verstärkte Förderung bei der Bildung von Eigentum, ganz besonders für die sozial schwachen Bevölkerungsschichten, begann zwar vor neun Jahren zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes, nahm jedoch keine entscheidende Wende auch im Jahre 1980.<sup>6</sup> Die Zielsetzung solcher Überlegungen war durchaus klar. Die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen soll neben einer besseren Vermögensverteilung auch die bereits mehrfach erwähnte Revitalisierung der Altstadtquartiere durch den umgewandelten Wohnungsbestand bewirken. Hinzu kommen andere sozialspezifische Aspekte wie die Anregung zur größeren »Milieu-Identifikation« der Bewohner, die mit einer wachsenden Initiative zur Selbsthilfe verbunden sein soll. Kritiker hingegen sahen bisher in diesem Anteilseigentum mit gekoppeltem Dauerwohnrecht (nach dem Modell der Neuen Heimat) eine »Aufweichung« der Eigentümerstellung.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> BMBau-Reihe E 12, 1980. In Berlin 10 Jahre Kündigungsschutz. Vgl. R. Becker, Wem nutzt und wem schadet die Umwandlung, in: Arch. +, 51/52, 1980.

<sup>7</sup> P. Möhrke, Die Eigentumswohnung als Vertriebsobjekt, Diss. Berlin 1978, S. 71–72.



Bild 3 Luisenstädtischer Kanal: im Hintergrund Thomas-Kirche, um 1925. Landesbildstelle Berlin



Bild 4 Wassertorplatz 43–45. Aufnahme (Juli 1980), M. Mislin



Bild 5 Kohlfurth Str. 4 mit Blick zum Innenhof Erkelenzdammer 49.  
Aufnahme (August 1980) M. Mislin

## 2. Für wen sollen Gebrauchswohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden?

Besonders heikel ist die Frage für die sogenannte Umwandlung älterer Wohnungen, die früher mit sozialer Förderung errichtet wurden (wie z. B. das Corbusier-Haus in Berlin-Westend) und an neue Interessenten als Spekulationsobjekt zum Kauf angeboten wurden. Die älteren sozialschwachen Mieter werden in diesem Fall »rausgedrängt«. Die Umwandlung von Sozialmietwohnungen in Wohnungseigentum wurde zum Teil durch neue Auflagen wie die Mietpreisbindung erschwert, d. h. die Wohnungen können nur an Wohnberechtigte vermietet werden bis zu einer Zeit, die die Tilgung des Förderungsdarlehens plus 8 Jahre Nachwirkungsfrist zählt.<sup>8</sup> Die Hauptargumente, die ins Feld gegen die Förderung der Eigentumsbildung geführt werden, weisen mit Recht auf die steigenden Verluste an billigem Wohnraum für mehrere sozial benachteiligte Gruppen (alleinstehende Frauen mit Kind, Gastarbeiter, Sozialrentner, Berufsanfänger, Studenten) und die daraus entstandene »soziale Erosion« der Bewohnerstruktur der »sanierungsverdächtigen« Stadtteile hin.

<sup>8</sup> Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, BMBau-Reihe 03.084, 1980, hier S. 27–28.

Besonders gefährlich scheint in diesem Zusammenhang die Spaltung des Wohnungsmarktes in gesetzlich preisgebundene Sozialwohnungen und »umwandlungsfähige« freigegebene Sozialwohnungen, gerade wenn sie in den Modernisierungs- und Sanierungsgebieten liegen. Die einmal eingetretene Veränderung der Bewohnerstruktur läßt sich auch durch Planung nicht wieder umkrempeln.<sup>9</sup>

Als völlig neue Alternative, wenn auch in nur beschränktem Maße verbreitet, gilt das Modell der Eigentumsübernahme auf genossenschaftlicher Basis durch einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Diese Personengruppe führt auch alle Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten als »Selbsthilfegemeinschaft« durch. Die handwerkliche Selbsthilfe hat bekanntlich einen Sozialisationseffekt und wird von den Betroffenen wie z. B. die »Mieter-Genossenschaft-Muskauer-Straße« in Kreuzberg SO 36, als ein Lernprozeß definiert, »um die inneren Widerstände zu überwinden und um mit den anderen etwas zusammen in Gang bringen zu können«.<sup>10</sup> Zu den positiven Vorzügen der Selbsthilfeinitiativen bei der Altbauerneuerung zählt die stärkere Mitbestimmung bei der Planung und Ausführung des Modernisierungsprogrammes als bei der üblichen Beteiligung im Rahmen der Bürgerinitiativen. Die Gewährung von Subventionen fördert auch die Selbstinitiative der Mieter für die Durchführung von eigenen Vorstellungen bei der Modernisierung.<sup>11</sup> Da der Arbeitseinsatz und die Auswahl von Ausstattungselementen sich in den Händen der Betroffenen befinden, lassen sich Einsparungen erzielen. Das heißt, daß sich die Modernisierungskosten u. U. weit unter der bisherigen vom Berliner Senat und seinen Gutachtern propagierten Kalkulation für Modernisierungskosten bewegen.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Vgl. dazu »CDU fordert Verschiebung des Weißen Kreises«, in: Der Tagesspiegel 18. Oktober 1980; Vgl. dazu W. Kempf, Instandsetzung und Modernisierung, S. 23 ff. Über die Einführung einer Kontrollinstanz »Wohnungs-TÜV« und die Vorstellungen der SPD zu der umstrittenen Mietpreisbindung vgl. G. Lorenz und G. Wartenbergs Beitrag in: Der Tagesspiegel 28. September 1980, S. 60.

<sup>10</sup> T. Pfeiffer, Selbsthilfe als Genossenschaftsmodell in Berlin-Kreuzberg (Mariannenplatz/Muskauer Str.), SFB 3. Programm v. 2. Sept. 1980.

<sup>11</sup> Vgl. WoModG vom 23. 8. 1976, § 10, Abs. 4; Vgl. dazu BBauBl. Heft 8/1978, S. 408.

<sup>12</sup> Bei der Modernisierung von Altbauten wurde trotz hochbezahlter Gutachten über die Modernisierungskosten weiterhin an der Konzeption der »umfassenden« oder »durchgreifenden Modernisierung« noch bis 1980 festgehalten. Demgegenüber stehen seit Jahren mehrere Wohnblöcke völlig leer und warten auf den Abriß, obwohl es zehntausende einkommensschwache Wohnungssuchende in Berlin (W) gibt. Aus stadtbauhistorischen, sozioökonomischen und sozialgeographischen Gründen kann es bei der Erneuerung alter Wohnquartiere keine »durchgreifende Modernisierung« geben, sondern nur kontinuierliche Verbesserungen gestattet werden. Vgl. ältere »Positionen« bei Hämer u. Rosemann, Kostenanalyse (s. A 3); Berliner Baubilanz 1978, S. 12 R. Kujath, Aspekte der Berliner Wohnungsmodernisierung, in: Bau-Handbuch 1980, S. 27. Sanierungszeitung Nr. 16, Kreuzberg: »Instandsetzungsförderung soll erst Ende 1980 beginnen, damit keine deutschen Mieter wegziehen«, Die »Stimmung bleibt explosiv«, in: Die Zeit, Nr. 2 vom 2. 1. 81, S. 13.

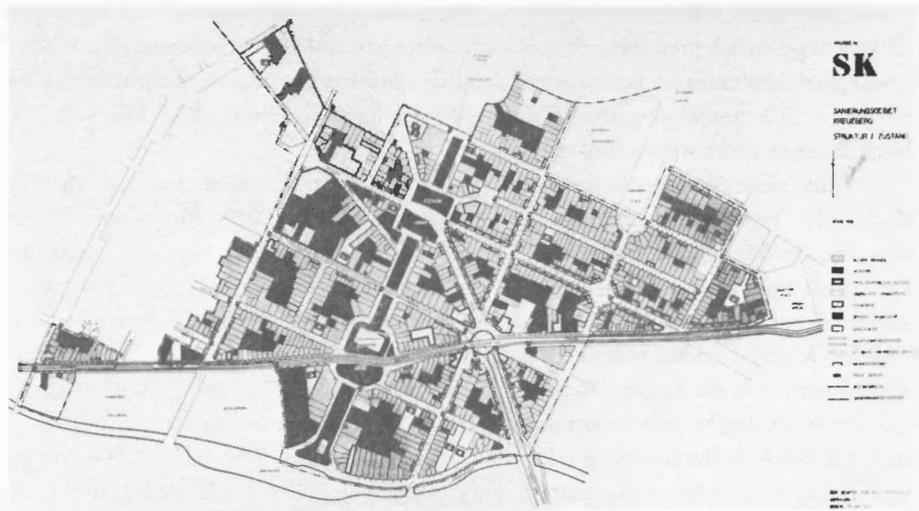


Bild 6 SK-Sanierungsgebiet Kreuzberg-Kottbusser Tor – P VI (SKS)  
Zustand 1966 (7. Bericht zur Stadterneuerung, Anl. 1 a)

### 3. Beispiel: Modernisierung in Kreuzberg-Süd

Für das Verständnis der Planungsprozesse in Kreuzberg-Süd, speziell am Wassertorplatz, erscheint ein kurzer Rückblick angebracht. Besonders bemerkenswert in städtebaulicher Hinsicht ist die in Nord-Süd-Richtung verlaufende Grünachse zwischen dem Engelbecken und dem Landwehrkanal mit einer Straßenlänge von ca. 1150 m bei ca. 60 m Breite und einem mittleren Parkstreifen von ca. 30 m Breite. Zu einer städtebaulichen Spaltung dieses Gebietes und zur Auslöschung der historischen Stadtlandschaft würde die Realisierung der 1950 für Groß-Berlin im Geiste der Charta von Athen geplanten Süd-Ost-Tangente der Autobahn bedeuten.<sup>13</sup> Die »Geister«-Autobahn-Planung wurde dennoch im Flächennutzungsplan von 1965 unverändert übernommen.<sup>14</sup> Die im 3.–11. Bericht zur Stadterneuerung des Senats von 1965–1973 angegebene Neubebauung für die Blöcke 65, 69, 70, 86–89 am Wassertorplatz-Kottbusser Tor zerschlägt den städtebaulichen Maßstab und nimmt weder Bezug auf die Homogenität des städtebaulichen Gefüges noch Rücksicht auf das historische Stadtbild.<sup>15</sup> Jede Sanierungsplanung in einem Altstadtbereich wurde in Berlin (W) fälschlicherweise an den Maßstäben der Neubauten gemessen. Mit gewissen Einschränkungen kann man behaupten, daß entsprechende Gesundheitsmaßnahmen für ein Altstadtquartier, die nicht in der Beseitigung von Gewerbeflächen und radikalem Abriß

<sup>13</sup> »Flächennutzungsplan von Groß-Berlin, Verkehrsplan 1 : 25 000, 1950, beim SenBauWohn Abt. II.

<sup>14</sup> Vgl. 3. Änderungsplan vom 8. Sept. 1972, Nr. 1, SenBauWohn, August 1973.

<sup>15</sup> 3. Bericht, Nr. 44, Anlage 2–2e; 5. Bericht, S. 7; 11. Bericht, Bd. II, Anl. 15.3.

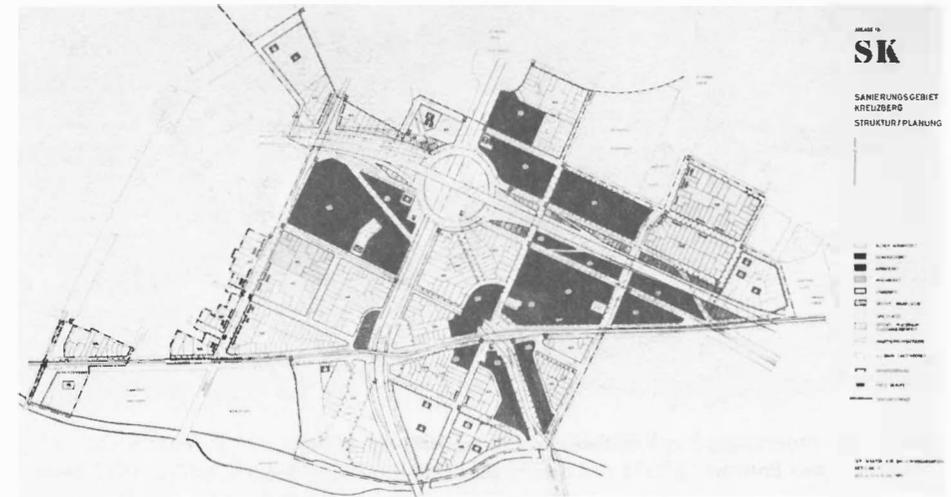


Bild 7 SK-Sanierungsgebiet Kreuzberg-Kottbusser Tor – P VI (SKS)  
Planung 1969 (Verkehrsstraße: Ost-Süd-Tangente), (7. Bericht zur Stadterneuerung, Anl. 1 b)

von Wohnbausubstanz bestehen, sondern vor allem in der Beseitigung hygienischer und sanitärer Mißstände unter völliger Einbeziehung der Mieter bei der Gestaltung ihrer Wohnungen, hier weder in den sechziger noch in den siebziger Jahren verwirklicht wurden.<sup>16</sup> In diesem Zusammenhang ist der Auftrag an die fünf Architekten von 1969 für die Planung des – SKS – Planungsgebietes (P VI) zu verstehen.<sup>17</sup> So sind die Planungsabsichten und Anregungen für das Gebiet »rund um die Kohlfurter Straße (SKS, P VI)« ein Beispiel mehr eines altertümlichen Modells isolierter Architektenplanung im Sinne kolossaler Strukturen, wie sie im Märkischen Viertel verwirklicht wurden und noch in den amtlichen Broschüren zur Stadterneuerung bis 1976/77 als Planungsziele für diesen Bereich deklariert wurden. Die Lösungen der Architekten-Gruppe SKS mit den überbauten Autobahntrassen erinnern in der Form und Konzeption an das Projekt in der Schlangengasse der Straße.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Vgl. W. March / I. Balg, Umsetzung von Gewerbebetrieben im Sanierungsgebiet Kreuzberg von Berlin, Berlin 25. 8. 1967, S. 77–78; Kostenvergleiche der Modernisierung von Altbauten mit den Neubauten, theoretisch interessant, als Hauptkriterium für die erhaltende Erneuerung alter Wohnquartiere durchaus falsch. Vgl. Hämer, Rosemann, Kostenanalyse (s. A 3). Erst nach »unruhigen« Auseinandersetzungen mit Hausbesetzungen im Dezember 1980 fordert IBA-Direktor Hämer ein »Zauber«-Rezept: »Schlichtmodernisierung«, wahrscheinlich zu spät. Vgl. dazu Der Tagesspiegel vom 17. Dezember 1980, S. 8.

<sup>17</sup> Über die SKS-Planungsgruppe vgl. Bauwelt 1969, Hefte 41, 47, 50.

<sup>18</sup> Gruppe SKS: Alternativen einer Sanierung von Berlin-Kreuzberg, in: Bauwelt, Heft 28/1970, S. 1055–1067. Über das Autobahn-Projekt vgl. Bauwelt 1972, H. 24.

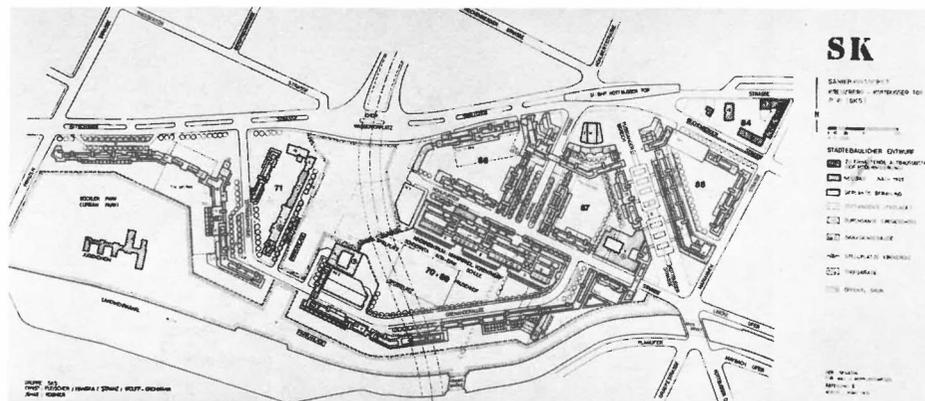


Bild 8 SK-Sanierungsgebiet Kreuzberg-Kottbusser Tor – P VI (SKS)  
Städtebaulicher Entwurf 1972/73 (10. Bericht zur Stadterneuerung, Anl. 5.3)

Die 1971 vorgenommene Korrektur beschränkte sich nur auf die Vorverlegung der Autobahn unter dem Landwehrkanal. Die Häuserblocks am Erkelenzdamm 43–49 waren für den Abbruch vorgesehen. Die heutige Straße am Fraenkel-Ufer sollte quer durch den Baublock 70 vorverlegt werden. Damit wäre die Zerstückelung dieses Bereiches sicher gewesen.<sup>19</sup> Die fast leer stehenden Eckhäuser am Wassertorplatz/Erkelenzdamm 43–49, die zum alten Platzensemble gehören, konnten durch die Initiative einer Gruppe von Architekten der TU Berlin im Herbst 1977 vor dem drohenden Abriss gerettet werden. Diese Aktion weckt zwar keine Assoziation mit den neuesten Auseinandersetzungen in Kreuzberg, doch eine der Ursachen, wie z. B. die leerstehenden Mietshäuser, konnten in diesem Fall durch den Einsatz einer Selbsthilfe-Planungsgruppe einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden.<sup>20</sup> Ein kostensparender Effekt bei der Modernisierung verspricht daher der Einsatz von Eigenleistungen zu werden. Inwieweit diese Arbeiten soziale und finanzielle Vorteile gegenüber den herkömmlichen Modernisierungsmaßnahmen aufweisen, soll zunächst der methodische Ansatz klären.

#### 4. Nutzereigentum und Selbsthilfegemeinschaft bei der Modernisierung

»Selbsthilfeinitiative« bei Altbaumodernisierung ist ein vieldiskutiertes Thema der letzten zwei Jahre vor allem im akademischen Bereich. Als Ausgangspunkt dieses Modells stand eine Reihe von Experimenten, angefangen bei den Kooperativen, die die leerstehenden

<sup>19</sup> Vgl. 8. Bericht, S. 5; 10. Bericht, S. 33, Anl. 5.1–5.3; 11. Bericht, Bd. II, Anl. 14.1.

<sup>20</sup> Vgl. »Sanieren heißt heilen« in: »db«, Heft 7/1974, S. 633–634, Abb. 5–6. Der Tagesspiegel vom 17. Dezember 1980, S. 9.

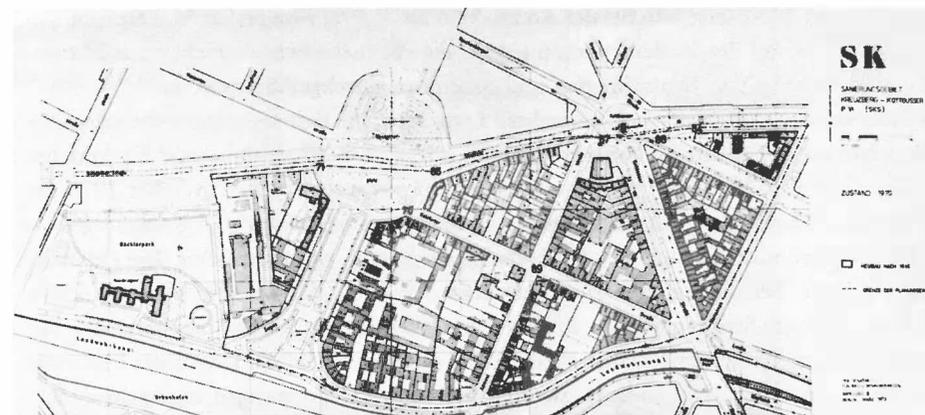


Bild 9 SK-Sanierungsgebiet Kreuzberg-Kottbusser Tor – P VI (SKS)  
Zustand 1970 (10. Bericht zur Stadterneuerung, Anl. 5.2)

Mietshäuser besetzten bis zu jenen Kooperativen von Problemgruppen (Drogenabhängige, arbeitslose Jugendliche, u. a.), die durch eine Wohngemeinschaft die ersten Schritte eines sozialen Engagements üben und dabei die handwerkliche Selbsthilfe auch aus sozialpädagogischen Gründen erproben. Die ersten Ansätze von Selbsthilfeinitiativen gehen nicht nur auf Selbsthilfefaktionen in England und Holland zurück, sondern auch auf Experimente und wichtige Entwicklungsprojekte des sogenannten »Selbsthilfebau« in Mexiko, Brasilien oder Indonesien, als »Self-Help-Housing« bekannt.<sup>21</sup> Wir wollen hier auch auf diese Beteiligungsform von Bürgerinitiativen hinweisen, die »ungeahnte« Möglichkeiten zur Mitbestimmung der Nutzer am Planungsprozeß und zu einer größtmöglichen Bedürfnisbefriedigung der Bewohner führen können (»Mitplanen + Mitbauen + Mitwohnen«).<sup>22</sup> Neben dem ausgeführten Studentenwohnheim in Louvain-la-Neuve, das 1973 in Selbstbauweise jedoch als Neubau entstand, versucht seit 1977/78 die Projektgruppe der TUB bei den damals leerstehenden Eckhäusern am Wassertorplatz zu klären, wieviel Eigenleistung notwendig ist, um die späteren Mieten nach der Modernisierung senken zu können.<sup>23</sup> In diesem Fall wird die handwerkliche Selbsthilfe bei Altbaumerneuerung als

<sup>21</sup> Vgl. A. v. Papp, Häuserbau in Selbsthilfe – Das Projekt Mariapolis, in: BBauBl, 8/1980, S. 483; »Open House«, Nr. 4/1979, Nr. 2/1980, Eindhoven/Holland.

<sup>22</sup> E.-M. Kreuz, Probleme der Nutzerbefragung im Planungsprozeß, in: Arbeitsblätter zur Planungsmethodik 7, IGMA-Stuttgart, 1972, S. 13–24; Vgl. J. Kussau, Bürgerinitiativen und Investitionsstau, BMBau-Reihe 03.077, Bonn 1979, S. 22.

<sup>23</sup> Vgl. »Nestbau«, Dokumentation des Lehrgebietes Baukonstruktion + Entwerfen, Prof. P. Haupt, TUB, 20. 4. 78 (»Modernisierung am Wassertorplatz«); Zwischenbericht, Mai 1980; Sanierungszeitung Kreuzberg, Nr. 11, Dez. 1978.

pädagogischer Modellversuch bei der Architekturausbildung zum ersten Mal erprobt. Bei dem Kenntnisstand der Studenten kann jedoch die »Selbstbauweise« nicht ohne Mitwirkung und Aufsicht von Baufachleuten und Baufirmen durchgeführt werden.<sup>24</sup>

Hinzu kommt eine Fülle von erwünschten Lernzielen, die sozusagen praxisbezogen sein sollen und dabei eine Reihe von Lerngebieten wie z. B. Bauaufnahme und Technischer Ausbau abdecken. Für die Betreuung dieses Projektes wurde am 13. November 1978 der »Verein zur Förderung des gemeinsamen Wohnens von Studenten und Kreuzbergern – STUK –« gegründet, der sich aus den Nutzerinteressenten zusammensetzt. Die Finanzierung sieht die Beteiligung des Studentenwerks der TUB, das bei der jetzigen akuten Wohnungsnot der Studenten in die Bresche sprang und ein Drittel der Gesamtkosten der Modernisierung übernimmt. Dafür werden 12 Wohnungen oder ein Drittel des Bestandes mit Studenten belegt. Die anderen zwei Drittel oder 23 Wohnungen unterschiedlicher Größe werden mit Kreuzberger Bürgern einschließlich zwei Familien von Gastarbeitern belegt. Die Kosten trägt, wie auch im 14. Bericht zur Stadterneuerung angegeben ist, der Senator für Bau- und Wohnungswesen.<sup>25</sup> Nach der Fertigstellung der Modernisierungsarbeiten wird sich STUK e.V. zur Miteigentümergeinschaft umwandeln. Die Planung der Modernisierungsmaßnahmen bei den Häusern am Wassertorplatz sehen folgende Verbesserungen vor:

- wohntechnische Verbesserungen (Größe und Zuschnitt der Wohnungen, u. a.),
- bautechnische Instandsetzungen und bauphysikalische Verbesserungen (Belichtung, Sicherheit vor Einbruch, Schallschutz u. a.),
- haustechnische Verbesserungen (Be- und Entwässerung, sanitäre Einrichtungen, Verbesserung der Kochmöglichkeiten),
- energiewirtschaftliche Verbesserungen; erhebliche Kosten entstehen hier durch den Ausbau und die Erweiterung des Kellergeschosses und den Erwerb von technischen Anlagen.
- Verbesserungen des Wohnumfeldes (Spielbereich, Werkstatt/Jugendzentrum).<sup>26</sup>

Ein Blick auf die Grundrißorganisation läßt folgende charakteristische Merkmale erkennen: die Grundrißstruktur der Vorderhäuser basiert in der Regel auf einer zweibündigen Anlage mit Mittelfluren, die vom zentralen Treppenhaus zugänglich sind. Die Seitenflügel sind als einbündige Anlagen mit seitlich belichteten Fluren ausgebildet. Besonders hervorzuheben ist jedoch die geschwungene Form der Vorderhäuser, die der Blockbebauung einen unverwechselbaren räumlich-ästhetischen Akzent im Stadtbild verleiht. Die unteren Geschosse nehmen Wohnungen für Rentner und kinderreiche Familien auf, in den oberen Geschossen werden Wohnungen für Studenten, Kleinfamilien und eine Wohngemeinschaft

<sup>24</sup> Nestbau, S. 52. An den Ausführungsarbeiten beteiligten sich Klempner und Elektriker.

<sup>25+26</sup> Zwischenbericht, S. 10–12; 14. Bericht zur Stadterneuerung, Anlage 28, S. 2.

verschiedene Wohnungsgrößen  
in den Geschossen

-  Treppenhaus
-  Studentenwerk
-  Kreuzb. Bürger
-  Gastarbeiter
-  Wohngemeinschaft

Stand: Vorplanung 3/79  
Zwischenbericht TUB, Mai 1980  
Zeichnung: M. MISLIN

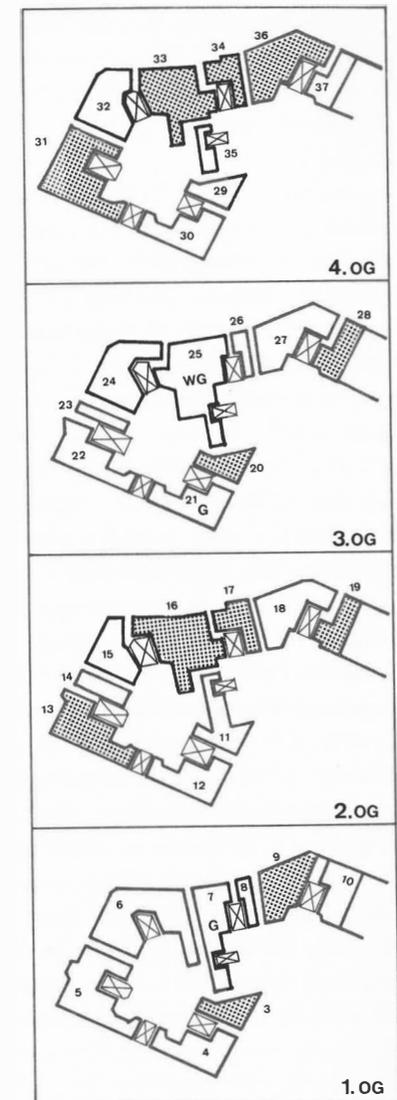


Bild 10

umgebaut. In diesem sozialen Spektrum plante die TUB-Architektengruppe immerhin auch Wohnraum für zwei türkische Gastarbeiterfamilien (das sind etwa 5% der Bewohner). Die Konzeption der Architektengruppe sieht in diesem Zusammenhang die vertikale Verknüpfung von Wohnungen verschiedener Geschosse über Innentreppen und eine horizontale Kommunikation durch Teilabrisß von Brandwänden und Seitenflügeln vor. Die Einrichtung von Gemeinschaftsflächen für Musik-, Spiel- und Gymnastikräume, Gästezimmer und Waschräume ist im Dachgeschoß vorgesehen.

Bis 1977 waren diese Eckhäuser für den Abbruch vorgesehen, so daß hier die Bausubstanz baulich und haustechnisch erhebliche Mängel aufwies. Neben einer generellen Instandsetzung des Gebäudes und dem Einbau von Bad und WC in jede Wohnung sind bei einem solchen Vorhaben Abbrucharbeiten (Kachelöfen, Tapeten, nichttragendes Mauerwerk), teilweise Neuerlegung von Fußböden und Balkenerneuerung unvermeidlich. Hinzu kommen neue sanitärtechnische Ausstattungen des Küche-Bad-Bereiches und der Einbau von Doppelfenstern. Gebrauchte Fenster- und Türflügel können z. T. wieder verwendet werden. Alle diese Arbeiten können in handwerklicher Selbsthilfe ausgeführt werden. Für Elektroarbeiten war der Einsatz eines »gelernten« Elektrikers bereits in der Anfangsphase von entscheidender Bedeutung. Hier kommt es erstmalig zu einer Zusammenarbeit einiger Studenten mit Handwerkern.

Einzelne Teilarbeiten konnten von Studenten ausgeführt werden.<sup>27</sup> Wie zu sehen ist, beschränkt sich bei diesem Projekt die »Selbsthilfe« vor allem auf die Mitwirkung der Studenten, da erst seit Februar 1980 auch die künftigen Bewohner, zwar organisiert in »Handwerkskollektiven«, jedoch nur an den beiden Tagen der Wochenenden mitarbeiten können.<sup>28</sup>

Demnach kann die Arbeitskraft der werktätigen Mieter, die zum größten Teil in den Wohnungen am Wassertorplatz noch nicht eingezogen sind, von der »Zeit«-Komponente her gesehen, *nicht effektiv* eingesetzt werden. Das bringt lange Bauzeiten mit sich. Doch der Effekt der Bauzeitverkürzung steht bei diesem Experiment nicht im Vordergrund, da es hier keine Umsetzmieter im engeren Sinn gibt. Bis auf zwei Familien, die in der Kohlfurter Straße 2 noch wohnen, setzen sich die anderen Interessenten (die Studenten ausgenommen) aus der Umgebung aber auch aus Wilmersdorf, Schöneberg und Reinikendorf zusammen.<sup>29</sup>

Wie die bisherige Selbsthilfepraxis gezeigt hat, können die Arbeiten nicht gleichzeitig (das würde 20% der Kosten einsparen), sondern nur stufenweise ausgeführt werden. Diese Ausführungsvariante hat mit Improvisation nichts zu tun, im Gegenteil, eine stufenweise Modernisierung oder Instandsetzung verlangt vorher in allen Phasen eine genaue Planung, auch wenn es sich hier um ein Lernmodell der Selbsthilfe handelt.<sup>30</sup> Von größter städtebaulicher und bauhistorischer Bedeutung ist der Versuch zu werten, die hier verbliebene Altbausubstanz möglichst in Form geschlossener Baukörper zu erhalten. Die freigelegte Brandwand des Hausteils am Erkelenzdamm 49 soll mit Fensteröffnungen versehen und neu gestaltet werden. Die Fassaden als eine der wenigen noch erhaltenen »Platzensemble-Teile« des ursprünglichen Wassertorplatzes weisen interessante Straßenfronten mit plastisch durchgestalteten Flächen und abwechslungsreiche Horizontalgliederungen auf. Hier möchten die Architekten neben einer gründlichen Ausbesserung der alten, wertvollen Formen noch manche neue Formelemente hinzufügen, wie z. B. neue Erkerfenster, Balkonüberdachungen und den Ausbau der Ecktürme (»Studententürme« genannt). Die Erdgeschoßzone der Vorderhäuser soll durch ein durchlaufendes Witterungsdach betont werden. Vier Läden, eine Kneipe, eine Pizzeria und das Info-Büro des STUK-Vereins mit Ausstellungsräumen befinden sich darin. Zur Verkehrsberuhigung und

<sup>27</sup> Nestbau, S. 33.

<sup>28</sup> Zwischenbericht, S. 20.

<sup>29</sup> ebda., S. 15. Sämtliche Nebenkosten für Ersatzwohnungen, Reinigung, Mietausfall entfallen (Planung: Architektengruppe »Wassertorplatz TUB«, Bauführung: Arch. G. Zabre).

<sup>30</sup> Achtenberg, Kriterien für die Wirtschaftlichkeit der Altbaumodernisierung, in: BBauBl, 7/1980, S. 451 ff.; R. Spohr / H. Esch, Modernisierung mit Effekt, in: »Architektur der DDR«, Sept. 1979, S. 538 ff.; G. Becker, Grundrißgestaltung von Altbauwohnungen bei der komplexen Umgestaltung innerstädtischer Gebiete, in: »Architektur der DDR«, Febr. 1979, S. 73 ff.; Vgl. dazu Kainrath-Potyka-Zabrana, Planquadrat 4, Wien 1980, S. 110, 170; Hämer / Rosemann, Kostenanalyse (s. A 3) S. 179–181.

zur optimalen Nutzung des Platzraumes für den Fußgänger sollen die Bürgersteige verbreitert werden.<sup>31</sup> Die bestehende Baulücke am Erkelenzdamm 51–57 durch einen Neubau (»Selbstbau« der Architektengruppe) zu erschließen, wurde von der IBA im Februar 1980 empfohlen.<sup>32</sup>

##### 5. Zusammenfassender Kommentar

Die vorläufigen Ergebnisse und Erfahrungen der Selbsthilfeinitiativen, die in Berlin bei Modernisierung von Altbauten nur vereinzelt auftraten, zeigen, daß nur durch eine optimale Betreuung von Planern und Verwaltungsstellen und durch eine finanzielle, materielle und ideelle Förderung (»Hilfe zur Selbsthilfe«) praktikable Selbsthilfemodelle einschließlich neuer Formen des Wohnungseigentums entwickelt werden können. Ihre Motorik beruht ganz besonders auf der Kooperationsbereitschaft und der direkten Mitarbeit der Betroffenen in allen Planungsentscheidungen und allen Phasen der Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten. Zur Stimulierung von Eigeninitiativen bedarf es generell an Förderungsprogrammen, die zur Verstärkung der Investitionsdynamik beitragen. Diese Investitionen – qualitativer Art – können auch in Form von »Selbstfinanzierung«, »Sachinvestition«, »Planungsmithilfe« und durch »eigene Arbeit« beigetragen werden. Daß dadurch der Modernisierungsumfang und Ausstattungsstandard gesenkt wird, kann nur von Vorteil sein. Damit kann man auch Hausgemeinschaften aus einkommensschwächeren Mietern ermuntern, die notwendigen Instandsetzungen durchzuführen, bevor es zu einer Segregation kommt.

Besonders interessant können sich solche Selbsthilfemodelle entwickeln, die sich von vornherein auf einen spezifischen Teilnehmerkreis stützen, wie Studenten oder arbeitslose Jugendliche, die die handwerkliche Selbsthilfe auch als Lernmodell praktizieren. Es müssen weitere Projekte in Selbsthilfe entstehen, die nicht so »demonstrativ« und staatlich hundertprozentig finanziert werden wie das Projekt am Wassertorplatz, wo Hochschularchitekten und Studenten »herumexperimentieren«, sondern wo alteingesessene Mieter ihr Haus vor dem Abriß retten und instandsetzen können. Drei staatlich finanzierte »Selbsthilfe«-Projekte reichen für Berlin mit dem größten Sanierungsgebiet Europas bei weitem nicht aus! Vor allem kommt es darauf an, den Mietern keine schematischen Ausstattungsstandards, die ihren Vorstellungen nicht entsprechen, aufzudrängen. Eine Modernisierungsstrategie, die sich wie bisher gänzlich auf eine starre Finanzierungsgesetzgebung stützt, verkennt die Ziele der Stadterneuerung alter Wohnviertel und erzeugt soziale (und politische) Konflikte. Um »kontinuierliche« Verbesserungen in den kritischen Quartieren zu sichern, bedarf es einer Abstufung der Modernisierung für unterschiedliche Bedürfnisse der jeweiligen Sozialstrukturen mit verschiedenen Ausgangsbedingungen und Entwick-

<sup>31</sup> Zwischenbericht Wassertorplatz und eigene Begehung im Juli/August 1980.

<sup>32</sup> ebda., S. 34. IBA-Press-Bericht Nr. 2, Febr. 1980.

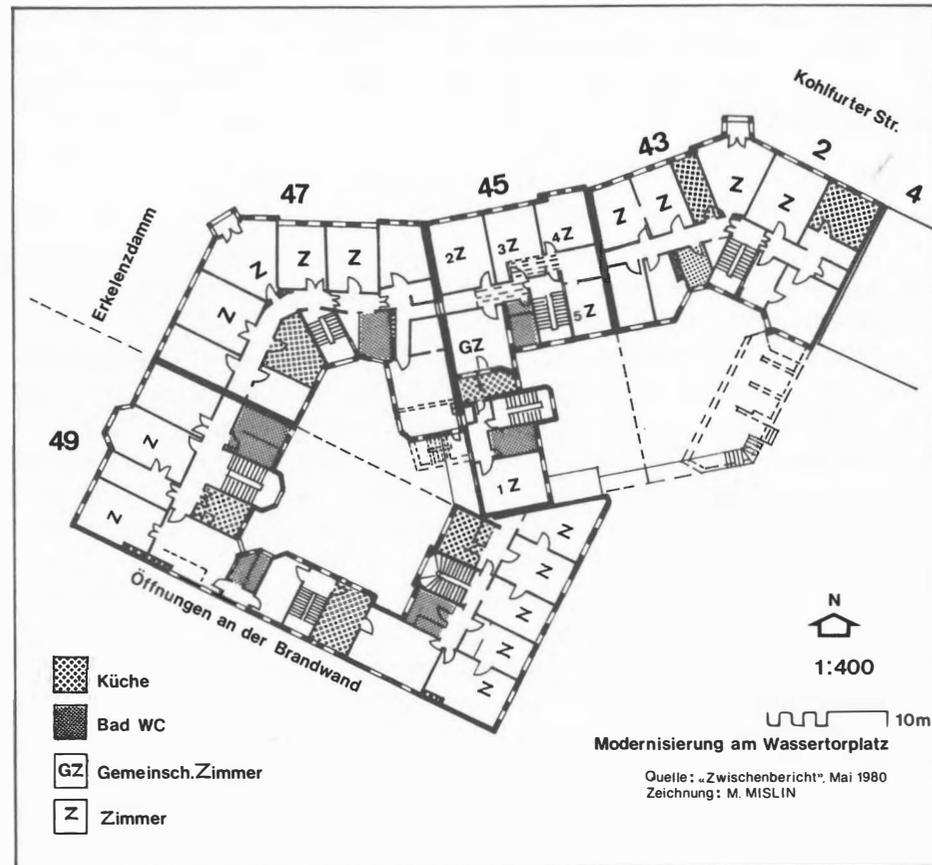


Bild 11

lungsaussichten. Dadurch können auch kleinräumliche, autonome Bestrebungen – auch blockweise – realisiert werden.

### 6. Schlußbetrachtung

Unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung der Modernisierungspraxis in Berlin (W) wurden die Modernisierungsvorhaben seit Anfang der siebziger Jahre bis zuletzt – fälschlicherweise – in der Planung, Finanzierung und Ausführung stets mit den Neubauten verglichen. Einmal in Gang gesetzte falsch verstandene Modernisierungseffektivität führte schließlich dazu, daß das Konzept einer behutsamen schrittweisen Erneuerung der Altbaubsubstanz und der Erhaltung der Bewohnerstruktur nirgendwo verwirklicht werden

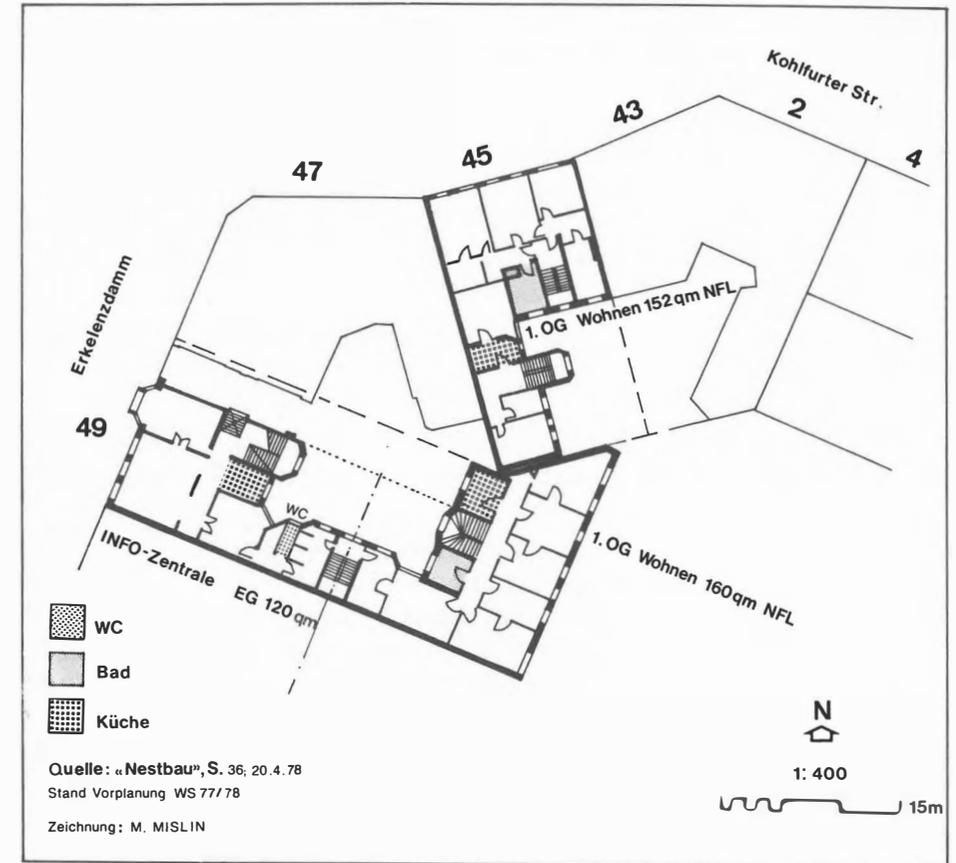


Bild 12

konnte. Kleinere Projekte, die sich auf Instandsetzungsmaßnahmen mit Hilfe der Mieter beschränkten (mit der Möglichkeit einer Eigentumsübernahme), fanden weder bei den Planern noch bei der Verwaltung Gehör. Dies aus gutem Grund. Denn, just mit der Baukrise, begannen die Bundesförderungsprogramme für die Erneuerung der Altbauten. Die umfangreichen Modernisierungsprogramme – 1979 vor allem aus Mitteln des für Berlin immerhin 530 Millionen DM umfassenden Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) gefördert – boten eine Vielzahl von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten. Man könnte hier mit Recht argwöhnen, daß die Frage nach dem Anlaß und Ziel der Erhaltung von Altbauten auch von den Architekten – aus wirtschaftlichen Gründen (?) – nicht gestellt wurde. Jedenfalls hat man mit den bisherigen hochgeschraubten Standardanforderungen Erfahrungen von dem Modellvorhaben Putbusser Straße (84% der Neubaukosten!) und

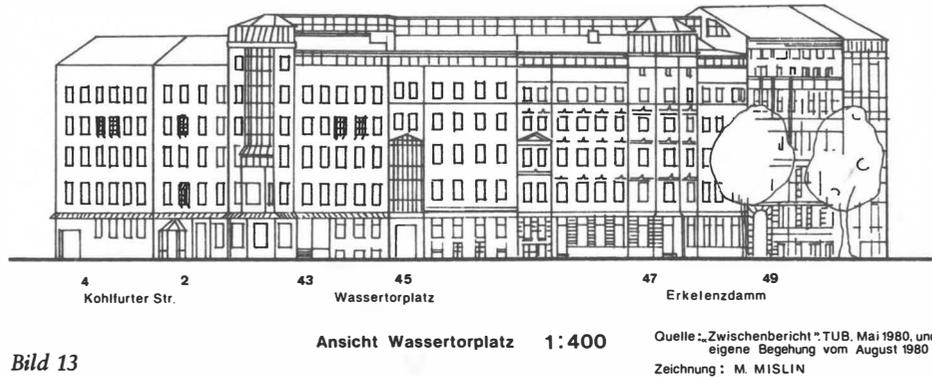


Bild 13

Graunstraße in Berlin-Wedding (106% der Neubaukosten!!) bis zu den neuesten Projekten am Mariannenplatz oder Bethanienviertel gesammelt, ohne daß eine Umorientierung stattgefunden hat.

Die Durchführung eines solchen Verbesserungsprozesses ist für Großunternehmen und Großarchitekten unrentabel. Wer möchte sich für 10% der Neubaukosten engagieren? Angesichts der letzten dramatischen Entwicklung in der Sanierungsszene Berlins (W) und den Besetzungen von über 100 Wohnungen in Kreuzberg muß man sich in diesem Zusammenhang im klaren über die Entwicklung von Alternativlösungen der Selbsthilfe sein und auch über die Misere der bisherigen Modernisierungspolitik. Hinzu kommt auch die Tatsache, daß die ZIP-Programme auslaufen und Bundesmittel in der bisherigen Höhe ausbleiben werden. Das bisherige starre Modernisierungsprogramm hielt an der »durchgreifenden Modernisierung« fest, die sich fast ausschließlich an § 43 des Städtebauförderungsgesetzes und § 17 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes orientierte.

Diese Förderung entspricht weitgehend dem Standard von Neubauwohnungen im sozialen Wohnungsbau. Das Finanzierungskonzept verkennt jedoch die eigentlichen Ziele der Stadterneuerung alter Wohnquartiere. Eine der nach unserer Ansicht umstrittensten Maßnahmen war die bisher praktizierte radikale Blockentkernung, die zur Schließung von hunderten Gewerbebetrieben (»auslaufende Betriebe«) und zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen und zur Entmietung von Wohnraum führte. Die Angleichung der historischen Altbausubstanz an Neubaunormen und ihre Ausstattung mit den neuesten technischen Schikanen ist grundsätzlich eine Fehlkonstruktion. Diese Diskrepanz in der Zielsetzung wird in Berlin am Beispiel der konträren Konzeptionen zur Stadterneuerung von Enderlein, der sich grundsätzlich auf die Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus stützte und die Auffassung von March/Balg, die auf eine Differenzierung der Standardanforderungen und Normen plädierten, sichtbar.<sup>33</sup> Altbauerneuerung soll nicht etwa nach dem

<sup>33</sup> Vgl. W. March / Ilse Balg, Umsetzung von Gewerbebetrieben (s. A 16) S. 76–79.

Motto »von der Mietskaserne zum Reihenhaus im Grünen« erfolgen. Vielmehr sollen der Altbausubstanz adäquate Verbesserungen angemessen werden, die ihrem historisch-sozialgeschichtlichen Wesen entsprechen.

Sonst kann die radikale Entkernung leicht zur sterilen Blockrandbebauung frei von den ursprünglichen gewerblichen Nutzungen werden (ca. 200 × 90 m große durchgrünte Innenhöfe im Bethanienviertel). Denn, Kreuzberg oder Wedding können nicht zu Zehlendorf oder Dahlem umgestaltet werden. Jeder Bezirk, jeder Stadtteil hat seine eigene stadt(teil)soziologische und stadt(teil)historische Bedeutung und Charakteristik, die nicht weggewischt werden kann. Es müßte jedem einleuchten, daß unter den oben zitierten Maßnahmen eine große Anzahl an Kleinwohnungen und Ersatzwohnungen der abgerissenen Seitenflügel verloren gegangen ist. Eine Umorientierung der Sanierungspolitik ist jetzt dringender denn je. Die Reduzierung der Modernisierungsstandards, mehr »Verbesserungen« und Instandsetzungen von Häusern auch unter Einbeziehung der betroffenen Mieter kann sich kostensparend auswirken und die »Entmietung« vermeiden.

#### 7. Erstes Fazit

Mehr Verantwortungsbereitschaft und wenig Belohnung für den Architekten, d. h., der geringe finanzielle (10%) Erfolg kann nur durch die Befriedigung »entschädigt« werden, die aus der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Bewohnern entsteht. Keine Sache für Großarchitekten...<sup>34</sup>

#### 8. Zweites Fazit:

Sanitäre Verbesserungen, die Vermeidung größerer Grundrißveränderungen und der Verzicht auf Balkone sind Maßnahmen, die den Kostenaufwand erheblich reduzieren. Um eine Modernisierung mit höherem menschlichen Effekt zu erreichen, muß man zunächst sämtliche Maßnahmen zur Aufwandsenkung herbeiführen und geeignete Förderungsprogramme vorbereiten:

- Minimierung der Abbrüche
- Verringerung der Grundrißveränderungen
- Anwendung von wirtschaftlicheren Instandsetzungstechnologien
- sinnvolle Abstufung: Instandsetzung, Teilmodernisierung, Verbesserungen der Ausstattung (bis 15% der Neubaukosten)
- Einbeziehung der Mieter für Teilarbeiten der Instandsetzung und Teilmodernisierung
- Verbesserung der Selbsthilfeförderung

Diese Maßnahmen könnten zu einer fließenden Kontinuität der Stadterneuerung ohne abrupte Veränderungen beitragen.

<sup>34</sup> Vgl. dazu R. Hackney, New role for Architects as team leaders in self-help housing rehabilitation, in: Building Conservation, Febr. 1980 und ders., Down your way, in: The Architects Journal, 5. Okt. 1977.

## »Altstadtsanierung: zum Beispiel Wertheim am Main«

Das historische Stadtgefüge. Von Jörg Paczkowski

»Das sehr alterthümliche Städtlein mit gothisch. Kirche, althem schönen Hafenthurm, sehr malerischen Mainschiffen und auf dem Berge die bedeutende Ruine eines Schlosses, ..., machte sich sehr hübsch.«<sup>1</sup>

Kein geringerer als Ludwig Richter (Abb. 1) schrieb diese Worte über Wertheim, die Stadt an Main und Tauber, wo er dann auch »einige hübsche Partien«<sup>2</sup> zeichnete. Eine dieser Zeichnungen wurde gedruckt und erschien in einer Reisebeschreibung des 19. Jahrhunderts,<sup>3</sup> in der dann ebenfalls die »Lage der Hauptstadt«<sup>4</sup> Wertheim als »wahrhaft schön« und der Gesamtanblick als »äußerst malerisch und prächtig«<sup>5</sup> bezeichnet wird.

Diese bekannte Ansicht von Wertheim aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigt (Abb. 1) die so gepriesene Situation: Auf der Landzunge zwischen Main und Tauber stehen dichtgedrängt die Häuser der Stadt, überragt vom »Spitzen Turm« im Vordergrund. Die beiden Flüsse und parallel dazu die Stadtmauer bilden die überall faßbare Grenze des Gemeinwesens. Das Weichbild der Stadt erscheint ungestört. Als wichtige Komponente für die Gesamtsituation tritt noch der Schloßberg hinzu, auf dem die Burg steht – nicht ganz oben, sondern auf halber Höhe. Bilden im Vordergrund die Flüsse die natürliche Einfriedung, so übernimmt der aufsteigende Berg im Hintergrund die landschaftliche Eingrenzung der Stadt. Die Burg – auch wenn sie hier in der Ferne erscheint – muß unbestreitbar als Stadtkrone angesehen werden.

Stadtanlage und Natur sind in Wertheim eine Symbiose eingegangen, die es selten noch gibt. Diese Situation hat sich in Wertheim bis heute kaum verändert, d. h. nicht nur die Altstadt blieb im Kern erhalten, sondern auch die historische Stadtsilhouette. In Wertheim ist somit die geschichtliche Entwicklung bis auf den heutigen Tag noch abzulesen. Ausgangspunkt der Stadtanlage war der Baubeginn der Burg in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts.

Die Burg hatte – läßt man einmal die Zerstörungen des 17. Jahrhunderts unberücksichtigt – im frühen 17. Jahrhundert ihr heutiges Aussehen erhalten. Allmählich war aus der

<sup>1</sup> Tagebucheintrag von Ludwig Richter; zitiert nach *Friedrich Schilling*, Ludwig Richter wandert in Franken; in: *Jahrbuch der Coburger Landesstiftung* 1962, S. 134.

<sup>2</sup> ebda.

<sup>3</sup> Franken; in der Reihe: *Gustav von Heeringen*, Das malerische und romantische Deutschland 1840–60; Nachdruck München o. J., S. 142.

<sup>4</sup> Die Stadt Wertheim war bis zur Mediatisierung 1806 Hauptstadt der Grafschaft Wertheim.

<sup>5</sup> vgl. A 3.

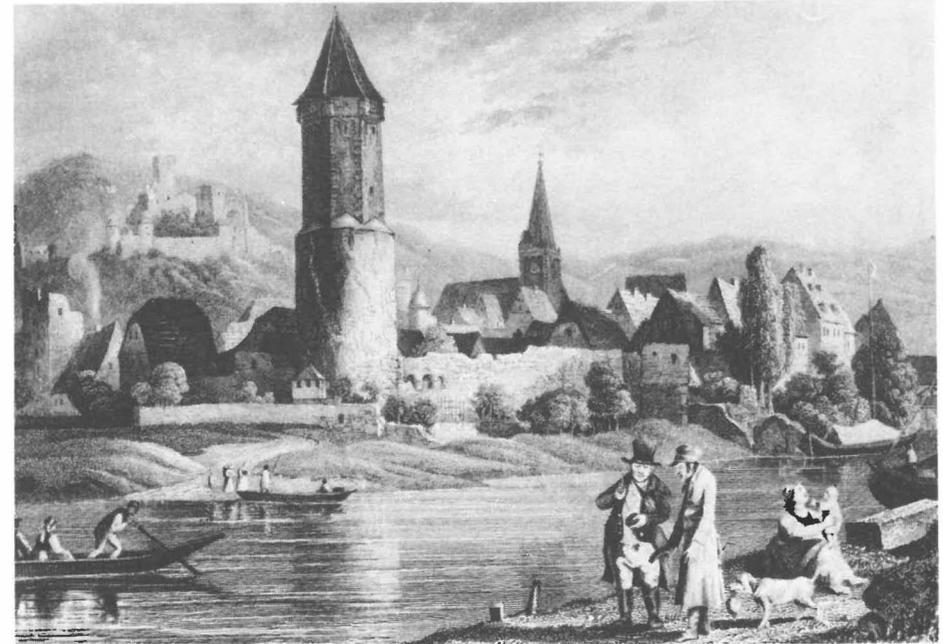


Abb. 1 Ludwig Richter (pinx), Frommel und Winkles (sculp.), Wertheim vom linken Tauberufer, Stahlstich 1839

spätstaufischen Gründung eine mächtige, fast schloßartige Gesamtanlage geworden. Die Wertheimer Burg beherrscht als Höhenburg das vor ihr liegende Gelände: die Verteidigungsstrategie beeinflußt Struktur und Entwicklung der Stadt. Die Burgwehren wurden zum Main bzw. zur Tauber hin verlängert, so daß der Siedlungsraum der zukünftigen Stadt schon durch die Planung der Burg vorgegeben war. Die Burg mit allen Anlagen – und das spürt man heute noch – bot Schutz, übte aber eben auch – als Sitz der Herren – die Kontrolle aus.

Die eigentliche Stadtanlage (Abb. 2) folgt nicht konsequent einem regelmäßigen Grundriß, wie z. B. bei Anlage der norddeutschen Hansestädte. Im Schutze der Burg entwickelte sich das neue Gemeinwesen, das 1192 »suburbium castris« genannt wird, 1214 taucht die Bezeichnung »urbs« und 1244 schließlich »civitas« auf. Edith Ennen hat diese Entwicklung – also die Abhängigkeit der Stadt von der Burggründung – als »topografischen Dualismus«<sup>6</sup> bezeichnet und darauf hingewiesen, daß »das bei diesem Herrnsitz entstehende suburbium eine frühe Kaufmannssiedlung ... sein (kann), aber auch eine Marktsiedlung«.<sup>7</sup> Für die Grundrißstruktur der Stadt muß nun festgehalten werden, daß sich die

<sup>6</sup> *Edith Ennen*, Die europäische Stadt des Mittelalters, Göttingen 1972, S. 92.

<sup>7</sup> ebda.

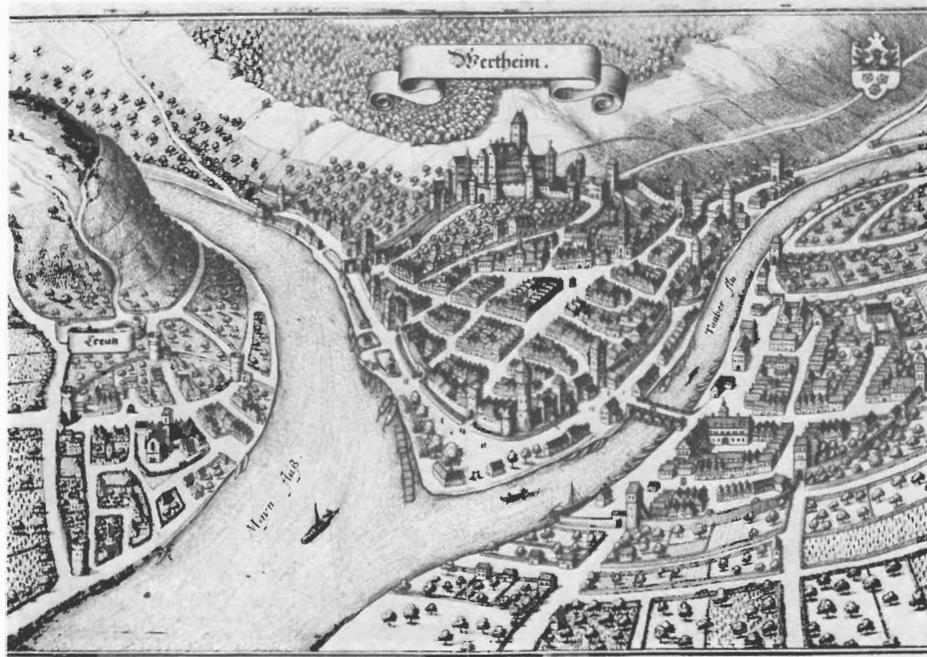


Abb. 2 Matthäus Merian d. Ä., Wertheim aus der Vogelschau, Kupferstich 1648

beiden ins Zentrum Wertheims führenden Straßen – Eichelgasse und Mühlenstraße – auf dem höchstgelegenen ebenen Terrain treffen, nämlich auf dem Marktplatz. Auch die beiden anderen bedeutenden Straßen – Brückengasse und Maingasse – folgen diesem Prinzip und führen ebenfalls auf diesen Platz.

Die Burg stellt in der Gesamtwirkung die Stadtkrone dar und auch ihre Baulichkeiten sind auf die Stadt hin gerichtet,<sup>8</sup> dennoch schlägt diese Orientierung – bedingt durch die Höhenlage – sich nicht im Stadtgrundriß nieder, d. h. wir finden keinerlei architektonisch ausgebildeten Achsenbezug. Vielmehr muß die zur Burg führende Schloßgasse sogar eher als eine Seitenstraße bezeichnet werden. Die sich durch die Straßenführung bildenden Quartiere – durchzogen von unregelmäßigen, kleinen Gassen – hatten aber keinen Einfluß auf die Vierteilung des Wertheimer Gemeinwesens.

Die Erweiterung dieses Kernbereiches um das Tauberviertel (13./14. Jh.) – auf der linken Tauberseite –, um die sog. »Neustadt« (15. Jh.) – Verlängerung der Mühlenstraße nach Süden – und um das Bahnhofsviertel (19. Jh.) vollzieht sich ohne gravierende Einschnitte. Auch heute noch kann man erkennen, daß sich diese Stadterweiterungen aus der vorgege-

<sup>8</sup> Der Eingangsbereich ist von der Angriffsseite abgewandt; der Bergfried zur Verteidigungsseite hin orientiert.

benen Situation und Struktur der Stadt heraus bildeten, sich logisch anschlossen. Das von den topografischen Gegebenheiten bestimmte Straßennetz blieb im Laufe der Geschichte zumindest in den Grundzügen konstant.

Neben der Burg bilden die Stiftskirche und die Kemenate<sup>9</sup> die Dominanten im Stadtaufriß. »Die mäßige Ausdehnung der alten Stadt sorgte dafür, daß sie auswendig als ein übersichtliches Ganzes erschien mit geschlossener, gegen die Luft sich abhebender Silhouette, mit fester Grenze gegen das offene Feld.«<sup>10</sup> Dieser Satz Dehios kann trefflich auf Wertheim bezogen werden. Wichtig ist auch Dehios Hinweis, »was von der alten deutschen Stadt heute vor uns steht, ist nur die Endgestalt am Schluß des Mittelalters.«<sup>11</sup> Dehio stellt zurecht fest, daß wir zwar noch einzelne Gebäude aus dem Mittelalter allenthalben finden, »aber nicht... ihr zweckliches oder optisches Aufeinanderbezogen-sein.«<sup>12</sup> Der Wertheimer Stadtgrundriß hat sich sicherlich seit dem Mittelalter kaum verändert, jedoch hat sich der heute auf uns gekommene Aufriß erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts herausgebildet. Mächtige, mit Zierfachwerk geschmückte Fassaden auf mit Spätrenaissance-Motiven gegliederten Erdgeschosses (Roter Sandstein) zeugen von einem Bauboom infolge einer wirtschaftlichen Hausse.<sup>13</sup>

Die spätmittelalterlichen Bauten<sup>14</sup> zeigen ebenfalls ein konstruktives, aber häufig sehr aufwendiges Fachwerk. Gebäude späterer Zeit heben sich nicht hervor, da sie sich im Volumen kaum unterscheiden. Lediglich erscheinen vereinzelt einige Barockmotive, die verputzten Fassaden treten jedoch nun häufiger auf. Daß sich hier seit dem frühen 17. Jahrhundert baulich kein großer Wandel vollzogen hat, liegt auch in der gesunkenen Bedeutung der Stadt begründet. Dehio schreibt: »Die Stadt hat den Charakter einer altfränkischen Kleinstadt wie wenige bewahrt.«<sup>15</sup> Das 19. Jahrhundert schuf – neben dem Dekanat bei der Stiftskirche und dem ehemaligen Hotel »Löwensteiner Hof«<sup>16</sup> – das bemerkenswerte Bahnhofsviertel, dessen erste Bauten (katholische Kirche, Amtsgericht) von dem Hübsch-Schüler August Moßbrugger seit 1842 errichtet worden sind. 1865 bezeichnete Wilhelm Heinrich Riehl das Gesamtbild von Wertheim als einen »malerischen

<sup>9</sup> Die sog. Kemenate (Freudenbergsche Hofhaltung) aus dem Beginn des 17. Jh. (Umbau im 19. Jh.) steht auf halbem Wege zur Burg. Als mächtiger Bau erhebt sie sich herrschaftlich unterhalb der Burg, am Rande des Stadtgefüges.

<sup>10</sup> Georg Dehio, Geschichte der deutschen Kunst, Bd. II, 1919–24, S. 320.

<sup>11</sup> ebda.

<sup>12</sup> ebda.

<sup>13</sup> In der zweiten Hälfte des 16. Jhs. war Wertheim – aufgrund des eingelagerten Weines – wirtschaftlich stark.

<sup>14</sup> Z. B. Rathausgasse 14, vgl. dazu Heinrich Winter, Das Bürgerhaus zwischen Rhein, Main und Neckar, Tübingen 1961, S. 31 ff., oder Brückengasse 17.

<sup>15</sup> Georg Dehio, Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler – Baden-Württemberg 1964, S. 534.

<sup>16</sup> Georg Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg ließ 1843/44 den Gasthof »Löwensteiner Hof« (heute Baden-Württembergische Bank) in der Oberen Eichelgasse in der Nähe des Mains am Fuß des Schloßbergs errichten.



Abb. 3 Schloßgasse

Aufbau«. <sup>17</sup> Der Begriff des »Malerischen« mag zwar eine treffende Bezeichnung sein, aber Georg Dehio hat zurecht darauf hingewiesen, daß »das moderne Auge (um 1920) sich gewöhnt hat, die inneren Ansichten alter Städte vornehmlich malerisch zu deuten ...«. <sup>18</sup>

Raumgestaltungen und Massengruppierungen ergeben sich nach seiner Meinung nicht zufällig, sondern sind bewußt erzeugt worden. Und er fährt fort: »... das durch Straßenzug und Platz gegebene ist nachträglich oft genug auch im Mittelalter auf einen gewollten optischen Eindruck hin korrigiert.« <sup>19</sup> Dieses Phänomen wollen wir an einigen Beispielen in Wertheim untersuchen, um so das Spezifische des Wertheimer Stadtaufisses darzustellen. Im Inneren der Stadt trifft man auf eine Folge von drei Plätzen, die ganz sicher nicht von vornherein in einem derart festen Bezug zueinander standen. Der längliche Marktplatz, der keine bewußt gegliederte Randbebauung aufweist, <sup>20</sup> wird als Zentrum der bürgerlichen Gemeinschaft bereits indirekt vom Turm <sup>21</sup> der Stiftskirche (Abb. 1) beherrscht. Er überragt im Süden die Marktbebauung. Nach einer Verengung <sup>22</sup> durch das Vorspringen der westlichen Mainfront geht der Marktplatz über in den Platz am Engelsbrunnen. Dieser Bereich ist weitgehend gestaltet worden; er bildet eine geschlossene Einheit.

<sup>17</sup> Wilhelm Heinrich Riehl, Ein Gang durch das Taubertal 1865, Berlin 1928, S. 47.

<sup>18</sup> Georg Dehio, Geschichte der deutschen Kunst, Bd. II 1919–24, S. 321.

<sup>19</sup> ebda.

<sup>20</sup> Am Marktplatz finden wir Bauten aus der Zeit des frühen 16. Jhs. bis zur Neuzeit. Das einstmals am Marktplatz stehende Rathaus wurde schon im 16. Jahrhundert in die heutige Rathausgasse verlegt.

<sup>21</sup> An welcher Stelle der Turm der ersten Wertheimer Kirche gestanden hat, ist nicht geklärt. Wichtig ist aber, daß der jetzige Standort – nördlich an der Westfront – städtebaulich und wohl auch verkehrstechnisch bedingt ist: Nur so kommt er im Marktbereich voll als zur Kirche gehörig zur Geltung; für den von Süden Kommenden erscheint er als Zielpunkt, d. h. er steht genau in der Achse der Mühlenstraße.

<sup>22</sup> Für unsere Betrachtung ist irrelevant, ob diese Einziehung schon im Mittelalter vorhanden war oder erst im 16. Jahrhundert erfolgt ist.



Abb. 4 Maingasse, Blick nach Süden – auf den Marktplatz und auf die ev. Stiftskirche

Abb. 5 Eichelgasse

Die umliegenden Gebäude und der Brunnen entstanden nahezu gleichzeitig (1573/74), seine Aufstellung und Gliederung zeugen von einer überlegten städtebaulichen Orientierung: der ovale Brunnengrundriß paßt sich der Form des Platzes an, die Figuren haben eine bewußte Blickachse, der Brunnen leitet sowohl über in die Rathausgasse, wo sich seit 1561/62 der Sitz der Stadtverwaltung befindet, wie auch zum nächsten Bereich, dem Kirchplatz. Hier begegnen wir einer Situation, <sup>23</sup> die wohl als »Städtebauliches Phänomen« <sup>24</sup> im Sinne Aldo Rossis zu bezeichnen ist. An dieser Stelle wird die Burg auch zum Kulminationspunkt der inneren Stadt. An keiner Stelle im Stadtbereich wird sie so direkt in einen städtebaulichen Zusammenhang eingebunden: die spätgotische Kilianskapelle auf der linken und die gotische Stiftskirche auf der rechten Seite als rahmende Gebäude, die mächtigen Substruktionen und über dem Ganzen die Burg. Das barocke Portal der ehemaligen fürstlichen Hofhaltung beweist, wie man auch mit relativ bescheidenen Mitteln in einer einstmals engeren Straße eine bemerkenswerte Situation schaffen kann: Das Portal wurde zwischen die beiden älteren Gebäude nicht in der Baulinie fluchtend eingebunden, sondern auf der südlichen Seite vorgezogen, so daß es für den von der Stadt Kommenden zumindest in der Schrägsicht als auffallendes Motiv erscheint. Der Grundriß der Stadt zeigt uns, daß es in dieser Stadt keine geraden Straßen gibt. Dieses Phänomen wird auch im Aufriß deutlich. Die Straßen und Gassen erweitern sich gelegentlich zu kleinen Freiräumen. So müssen dann auch einzelne, durchaus bescheidene Bauten als Point-de-vue einer Blicklinie verstanden werden, z. B. an der Gabelung Eichelgasse/Schloßgasse (Abb. 3 u. 5) oder das im Erdgeschoß und auf der Wandfläche leider umgestaltete Haus Brückengasse 19 von 1589.

<sup>23</sup> Der Kirchplatz war ursprünglich – bis 1538 – der innerstädtische Friedhof. Im 19. Jh. wurde die sog. Burg »Siebeneck« abgerissen, die z. T. eine westliche Bebauung des Platzes darstellte.

<sup>24</sup> Aldo Rossi, Die Architektur der Stadt, Düsseldorf 1973, S. 100f.



Abb. 6 Die Maingasse, eine typische Altstadtgasse, die wie alle Straßen leicht geschwungen sind und damit eine Staffelflucht erlaubte, die das Stadtbild ganz besonders bereichert.

Typisch die hier erkennbaren Fenster im Gebäudevorsprung, die den Bewohnern den Blick auf den Marktplatz gestatten.

Georg Dehio hat festgestellt, daß in einem vergleichsweise unregelmäßigen Stadtplan ein auffallender »Reichtum des einzelnen Straßenbildes«<sup>25</sup> vorherrscht. Diese Feststellung gilt auch für Wertheim, denn auch hier nimmt »jedes Haus eine andere Stellung zur Blicklinie«<sup>26</sup> ein. Besonders auffällig finden wir diese Erscheinungen in den kleinen Seitengassen, doch auch der Marktplatz mit seiner leicht geschwungenen Westseite ist ein beredtes Zeugnis für diese Beobachtung. Unsere eingangs erwähnten Hauptstraßen – Eichelgasse, Maingasse und Brückengasse – zeigen noch ein weiteres bemerkenswertes Motiv: sie bilden z. T. keine durchgehende Baulinie, sondern die Häuser springen annähernd um eine Fensterachse vor. Hager hat auf diese Erscheinung bereits aufmerksam gemacht und stellt fest: »Die Stellung und Anlage der Häuser ist orientiert nach dem Ausblick auf den Platz« (Abb. 6).<sup>27</sup>

Wertheim muß als eine historisch gewachsene Stadt bezeichnet werden, wenn man darunter ein städtebauliches Gefüge verstehen will, in dem die gesamte Stadtgeschichte zu erkennen ist, in dem Schwankungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, aber auch künstlerische Entwicklungen zu erfahren sind, das aber letztendlich eine homogene

<sup>25</sup> Georg Dehio, Geschichte der deutschen Kunst, Band II, 1919–1924, S. 323.

<sup>26</sup> ebda.

<sup>27</sup> Georg Hager, Das Wertheimer Stadtbild; in: Wertheimer Jahrbuch 1916, S. 34.

Gesamterscheinung bei aller Heterogenität im Detail bewahren konnte. Die Stadt Wertheim verlor zwar 1806 die Bedeutung einer Hauptstadt, aber sie hat sich – schrieb Gustav Rommel 1934 – »im vergangenen Jahrhundert als fortschrittliches, starkes Gemeinwesen gezeigt und dabei nach Möglichkeit ihr äußeres Bild bis in die heutige Zeit hinein erhalten«.<sup>28</sup>

Hat dieser vor fast fünfzig Jahren geschriebene Satz heute noch Gültigkeit? Mit der Erstellung eines Rahmenplanes wurde 1974 die Sanierung Wertheims eingeleitet, deren Beginn z. T. von heftiger Kritik<sup>29</sup> begleitet worden war. Ziel dieser noch nicht abgeschlossenen Sanierung ist es, falsche und schädliche Entwicklungen zu beheben, z. B. eine Verslumung der Kernstadt und die Überbelastung der Altstadt durch den Verkehr. Davon im folgenden.

#### Literaturhinweise:

Adolf von Oechelhäuser, Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirkes Wertheim, Freiburg 1896; Erich Langguth, Wertheims Geschichte in neuer Sicht, in: Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Volksbank Wertheim, Wertheim 1969; Karl Mader, Entstehung und Entwicklung der Stadt Wertheim, in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 4 (1952), S. 91 ff.; Georg Hager, Das Wertheimer Stadtbild, in: Wertheimer Jahrbuch 1916, S. 33 ff.; Wertheim – Rahmenplan zur Altstadtsanierung, Wertheim 1975; Hermann Ehmer, Wertheim im Großherzogtum Baden, Wertheim 1979; Jörg Paczkowski, Gestern und heute – einige Anmerkungen zu einem Vergleich der Werke Karl Weyssers mit der neuzeitlichen Stadtbildanalyse, in: Katalog »Karl Weysser (1833–1904) – Seine Wertheimer Gemälde und Zeichnungen«, Wertheim 1981.

<sup>28</sup> Gustav Rommel, Wertheim am Main und seine Kunst und Altertums-Denkmäler, Wertheim 1934, S. 11.

<sup>29</sup> Gunther Schweikhart, Altstadt oder Verkehr? Sanierungsvorhaben in Wertheim am Main; in: Kunstchronik 1974, Heft 6, S. 73 ff.

## Planung und Durchführung der Sanierung. Von Hans-Hermann Lindloff

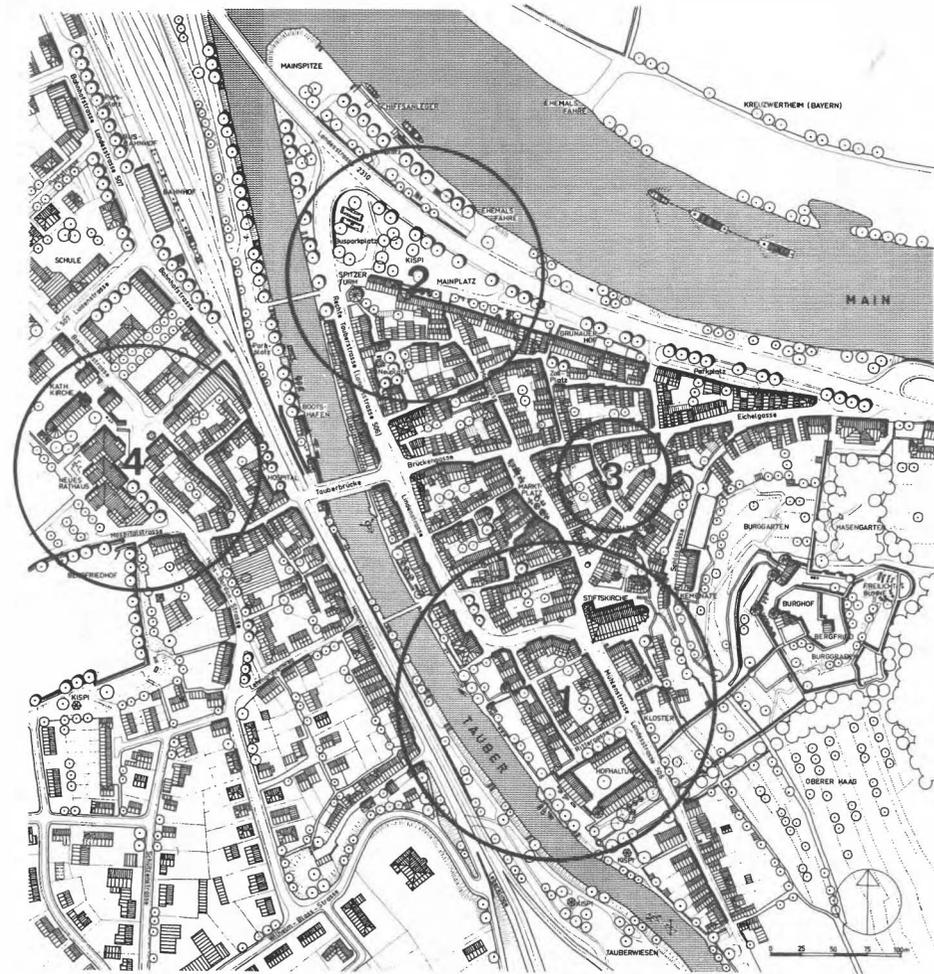


Abb. 7 Der von Dipl.-Ing. Klaus Trojan erarbeitete Plan zeigt, wie Alt-Wertheim nach der Sanierung aussehen könnte. Die im Text erläuterten Sanierungsschwerpunkte sind:

- 1 Sanierungsgebiet I – Straßendurchbruch für den Taubertalverkehr, der früher über den Marktplatz und die Brückengasse führte.
- 2 Neuordnung des Mainplatzes nach Fertigstellung der Odenwaldbrücke und der Landesstraße 2310 (Maintalstraße).
- 3 Entkernter Innenhofplatz in der Wenzelgasse.
- 4 Sanierungsgebiet II im Stadtteil links der Tauber.

Sanierungsanlaß  
Verkehr

Mit der Verkehrsplanung und Planung zur Altstadtsanierung Wertheim befaßte man sich seit Anfang der sechziger Jahre. Vordringlich erschien allen Planern die Neuordnung des Durchgangsverkehrs sowie die Schaffung von Parkplätzen, sollte diese reizvolle, vom Krieg verschonte Altstadt nicht im Verkehr ersticken. Für den Maintal- und Taubertalverkehr war die Wertheimer Altstadt der Flaschenhals, durch den sich der gesamte Verkehr zwingen mußte. Hier war der neuralgische Schnittpunkt die alte Tauberbrücke, die durch einen höhengleichen Bahnübergang sehr häufig am Tage gesperrt war, was zu erheblichen Staus innerhalb der Altstadt führte. Dieser Rückstau setzte sich bis ins Herz der Altstadt – dem Marktplatz – fort und hielt den Taubertalverkehr (und hier sehr viel Schwerlastverkehr) innerhalb der Stadtenge lange fest. Lärm, Autoabgase, Verkehrsgefährdung für den Fußgänger machten das Wohnen und Einkaufen und Leben in der Stadt schlechthin unerträglich. Ähnliches galt für den ruhenden Verkehr. Bedingt durch die topografische und städtebauliche Enge, können im inneren Stadtbereich nicht mehr als etwa 30% der notwendigen PKW-Stellplätze untergebracht werden. Allgemein galt: »In der Altstadt findet man keinen Parkplatz«.

## Gefährdung des Einzelhandels

Abwanderung von Käuferschichten und damit Gefährdung des Einzelhandels und der Dienstleistungsbetriebe waren die Folge. Damit aber war auch das Stadtbild gefährdet: denn wer anders, als die Eigentümer der Häuser können ein Stadtbild auf Dauer erhalten und pflegen; freilich müssen diese dazu finanziell auch in der Lage sein.

## Wohnen in der Altstadt

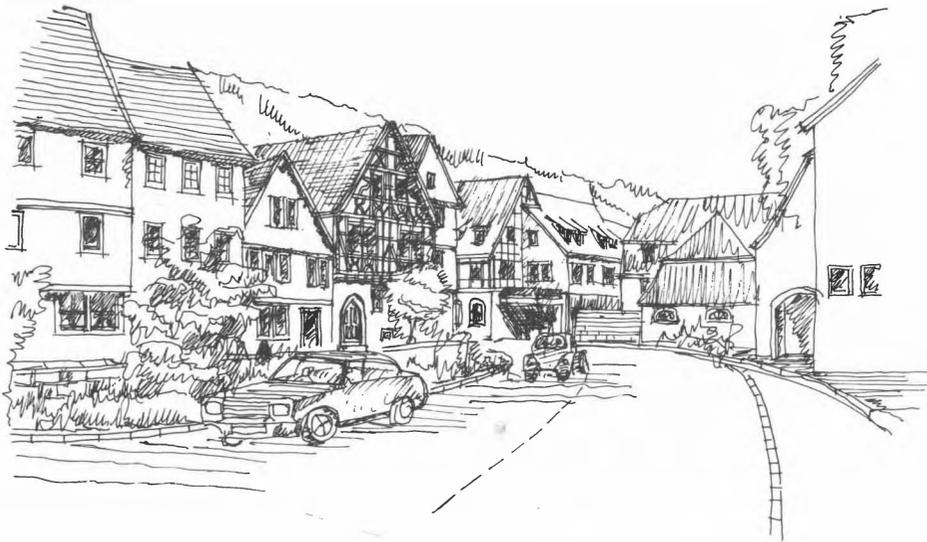
Auch das Wohnen in der Altstadt war nicht mehr attraktiv. Außer den verkehrsbedingten Nachteilen zeichnete sich eine ständige Abnahme der (relativen) Wohnungsqualität ab. Der fehlende Garten am Haus, die engen Nachbarschaftsverhältnisse, die z. T. fehlende neuzeitliche Installation, zu enge Grundrisse usw. lösten in den 50er und 60er Jahren eine »Stadtflucht« jener Bürger aus, die es sich leisten konnten, an den schönen Hängen des Main- und Taubertales einen Neubau im Grünen zu erstellen. Es rückten vielfach Ausländer und sozial Schwache nach, für die sich eine Modernisierung nicht zu lohnen schien. Erschwerend ist auch, daß einem Wohnungsbewerber kein Stellplatz, geschweige denn eine Garage zugewiesen werden kann. So zeichnete sich Anfang der siebziger Jahre eine fehlende Investitionsneigung ab, die jeden Stadtplaner das Fürchten lehren konnte. Nichts ging mehr!



Abb. 8 Die alte Rittergasse wie in Abb. 8 besteht nicht mehr. Abb. 9 zeigt den Straßenplatz, der nun durch eine zum Teil neue Bebauung wieder städtebauliche Qualität erhalten hat.

vorher (Abb. 8)

nachher (Abb. 9)



#### Sanierungskonzept

In den Jahren 1972–1975 wurde für die Altstadt Wertheim von den Architekten Dipl.-Ing. Verena und Klaus Trojan (Darmstadt) ein Rahmenplan erarbeitet, der für Wertheim die folgende Aufgabenstellung formulierte:

- Bau einer neuen Tauberbrücke
- Bau einer Umgehungsstraße für den Taubertalverkehr,
- Ruhigstellung des Marktplatzes und der Altstadtgassen vom Verkehr, damit
- Schaffung von Fußgängerzonen,
- Stärkung des Einzelhandels und der Dienstleistungsbetriebe, auch durch die
- Schaffung von stadtnahen PKW-Stellplätzen, sowohl für die Einkäufer als auch für die hier Wohnenden und Beschäftigten,
- Verbesserung des Wohnumfeldes sowie der Wohnungsqualität durch Entkernung verbauter Quartiere,
- Erhaltung des Charakters durch behutsame, erhaltende Sanierung.

In einer Fülle von Anregungen wurde den Planern und Politikern durch den Rahmenplan ein Konzept in die Hand gegeben, das Mut machte, das aber auch entscheidende Zeichen zu einer *erhaltenden* Sanierung setzte.

Hinzu kam die Gunst der Stunde, daß Wertheim als eine der ersten Städte Baden-Württembergs ins Sanierungsprogramm des Bundes und Landes aufgenommen wurde und daß der Brückenbau über die Tauber – ein Projekt von 15 Millionen DM – vom Land Baden-Württemberg im Jahre 1973 in Angriff genommen werden konnte. Mit diesem »Rückenwind« ließ sich nun konkreter planen.

#### Sanierungsgebiet I

Ein relativ kleines Gebiet mit ca. 2,4 ha entlang der Taubertalstraße wurde 1973 festgestellt. Hierin lag die geplante »Umgehungsstraße«, damit künftig der Marktplatz mit seinen Engstellen vom Durchgangsverkehr befreit werden konnte. Diese »Straße« umgeht zwar das Herz, verläuft aber dennoch durch die Altstadt. Zu Recht fand sie Kritik, weil sie durch ein gewachsenes Stadtquartier geplant, gebrochen und gebaut wurde; nicht ohne erheblichen Widerstand des Landesdenkmalamtes, zumal auch der alte Stadtmauerverlauf durchbrochen werden mußte. Aber letztlich konnte keine Alternative gefunden werden, die diesen Eingriff hätte vermeiden können (Abb. 9–12).

Wir Planer fühlten dabei ein Unbehagen, weil wir noch keinen Investor wußten, der diesem Straßendurchbruch nachher durch Neubauten die städtebaulich notwendige räumliche Begrenzung geben konnte.

Nach drei Jahren Planungs- und Vorbereitungszeit konnten alle rechtlichen Voraussetzungen für den Durchbruch und Bau der neuen Taubertalstraße geschaffen werden, die schon nach einem Jahr Bauzeit den Verkehr aufnahm. 16 Wohn- und Geschäftshäuser (Abb. 11 und 12) mußten hierzu erworben, 23 Familien und 4 Betriebe umquartiert werden, alles ohne Verwaltungsprozeß!



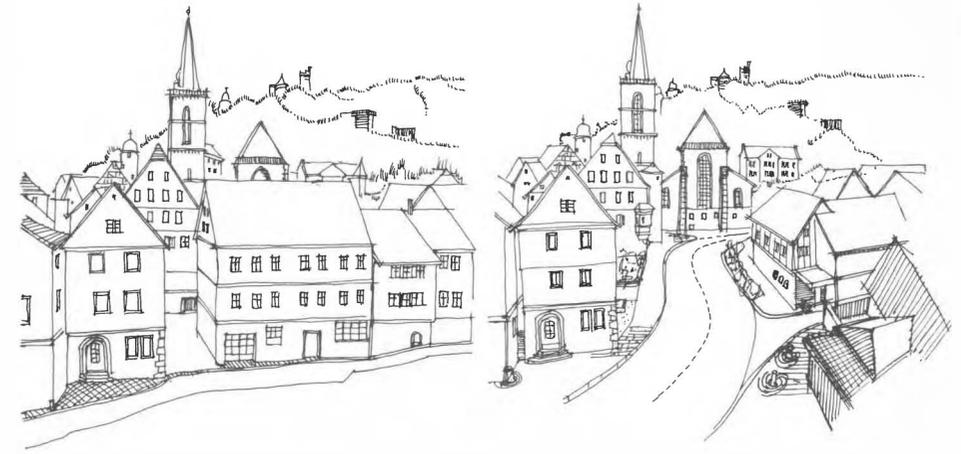
Abb. 10 Die neue Straßenführung im Mühlenviertel zeigt den Durchbruch, der inzwischen wieder städtebaulich »geheilt« wurde.

So war der Sommer 1975 für die Entwicklung der Wertheimer Altstadt eine Sternstunde. Der Durchgangsverkehr im Maintal konnte über eine neue Brücke und im Taubertal unter Umgehung des Marktplatzes flüssig durch die Stadt geführt werden. Nun ging es an die Heilung der durch den Straßenbau geschlagenen Wunden, sowohl im Bereich des Straßendurchbruches, wie auch entlang der Mainfront, die eine erhebliche Veränderung durch den Brücken- und Straßenbau hinnehmen mußten (Abb. 13).

Für den Durchbruch wurden verschiedene Neuordnungskonzepte erarbeitet – noch keine Bebauungspläne, bei denen man in Alternativen für Investoren aller Art auffangfähig sein wollte. Dies hat sich gut bewährt, weil man sonst mit einem zu früh festgestellten Bebauungsplan unter Umständen sich selbst zu sehr an die Kette gelegt und Verhandlungen mit Investoren erschwert hätte.

Die notwendige Neubebauung im Sanierungsgebiet I (Durchbruch) warf nun auch die Frage auf, wie diese Neubauten aussehen sollten – im Schatten der Stiftskirche, am Tauberufer und im Ensemble der alten Bürgerhäuser (Abb. 14 und 15).

Hierfür wurden aus einer Stadtbildanalyse Grundlagen für eine Altstadtsatzung erarbeitet, die als Hilfe in dieser schwierigen Frage für unentbehrlich gehalten wurden. »Stadtzerstörungen«, die in den Nachkriegsjahren durch Neubauten allerorts erfolgten, standen uns als abschreckende Beispiele vor Augen. Wir wollten verhindern, daß die wenigen einzufügenden Neubauten nun zum Experimentierfeld sogenannter modernistischer Architektur werden könnten. So wurden in der Altstadtsatzung, die 1978 rechtskräftig wurde, Gebäudebreiten, Dachneigungen, Materialien, Fensterformate, Schaufenstergrößen und



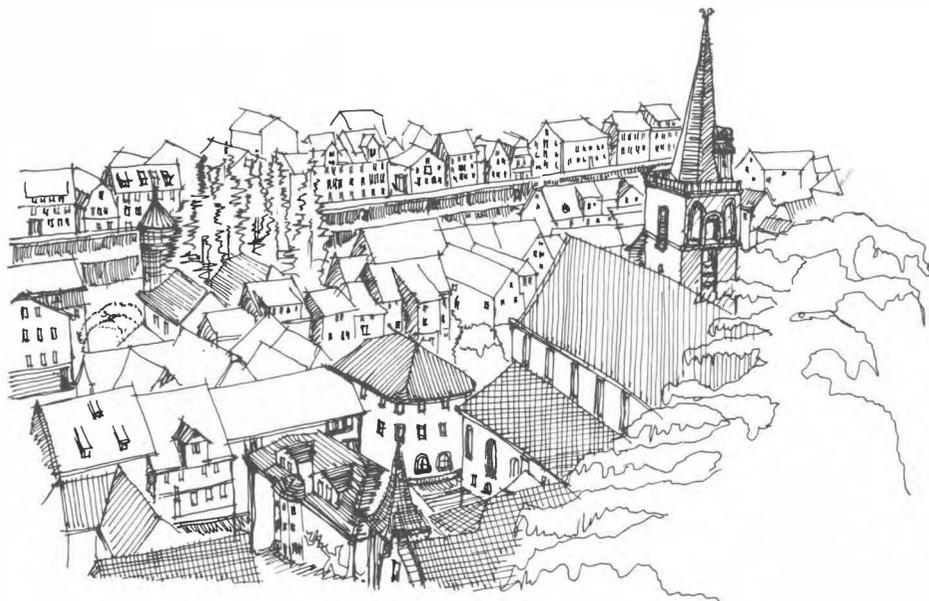
vorher (Abb. 11)

nachher (Abb. 12)

Straßendurchbruch im Sanierungsgebiet I vor und nach der Sanierung



Abb. 13 Die Altstadt im Mündungswinkel von Main und Tauber vor der Sanierung. Hier ist noch besonders gut die Flußmündung der Tauber in den Main ablesbar. Die neue Odenwaldbrücke über die Tauber hat dieses Charakteristikum verändert (Abb. 19).



Blick vom Schloßberg auf den Straßendurchbruch im Quartier Mühlenstraße/Rittergasse  
 Abb. 14 (oben) vor der Sanierung  
 Abb. 15 nach der Sanierung



Werbeanlagen festgelegt bzw. eingeschränkt, damit auch die Neu- und Umbauten jene Maßstäblichkeit aufweisen, die das gesamte Stadtbild bestimmt.

Bei größeren Neubauten wurden durch die Bauherren mehrere Architekten zur Erarbeitung von Vorentwürfen aufgefordert. Bei diesen Plangutachten sind vom Stadtbauamt die städtebaulichen Rahmenbedingungen erarbeitet worden. Das Ergebnis ist eine Bauweise, die sich sehr stark an vorhandene Bau- und Stilelemente der Altstadt anlehnt und allgemeine Zustimmung erfährt. Zu brav? Zu wenig moderner Baugestaltungswille ablesbar? Zu wenig Risiko? Dennoch, die Wunden sind geheilt, das Stadtbild wurde nicht »verfremdet« und einem Besucher fällt gar nicht besonders auf, daß hier ein sehr starker Eingriff erfolgte. Dies war auch unsere Absicht.

Noch ein Wort zur Altstadtsatzung, die ja bei jeder baulichen Veränderung, ja auch bei jeder Fassadenänderung (auch Anstrichen) greift: Sie hat sich bewährt, obwohl von manchen Architekten gescheut wie das Weihwasser vom Teufel, hat in Wertheim die Altstadtsatzung und insbesondere die lange öffentliche Diskussion darum einen Bewußtseinswandel in der Bürgerschaft bewirkt, der eine rechtliche Anwendung der Satzung weitgehend erübrigt. Es sollte in Wertheim nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob z. B. schöne alte Holztüren übers Wochenende mit silberglänzenden Aluminiumtüren ausgetauscht, Sandsteingewände und Fachwerke überputzt werden oder auch Werbeanlagen die reich gegliederte Architektur der Bürgerhäuser verunstalten. Hier insbesondere reichte uns die Landesbauordnung nicht aus, Schäden abzuwenden.

Das Sanierungsgebiet I (Abb. 16 und 17) kann in wenigen Jahren als abgeschlossen betrachtet werden. In diesem Gebiet liegt auch die sogenannte »Hofhaltung«, die die Stadt

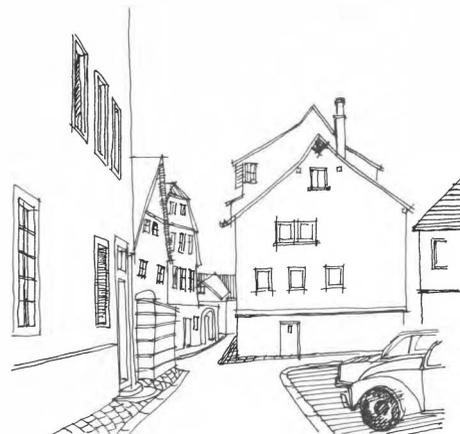
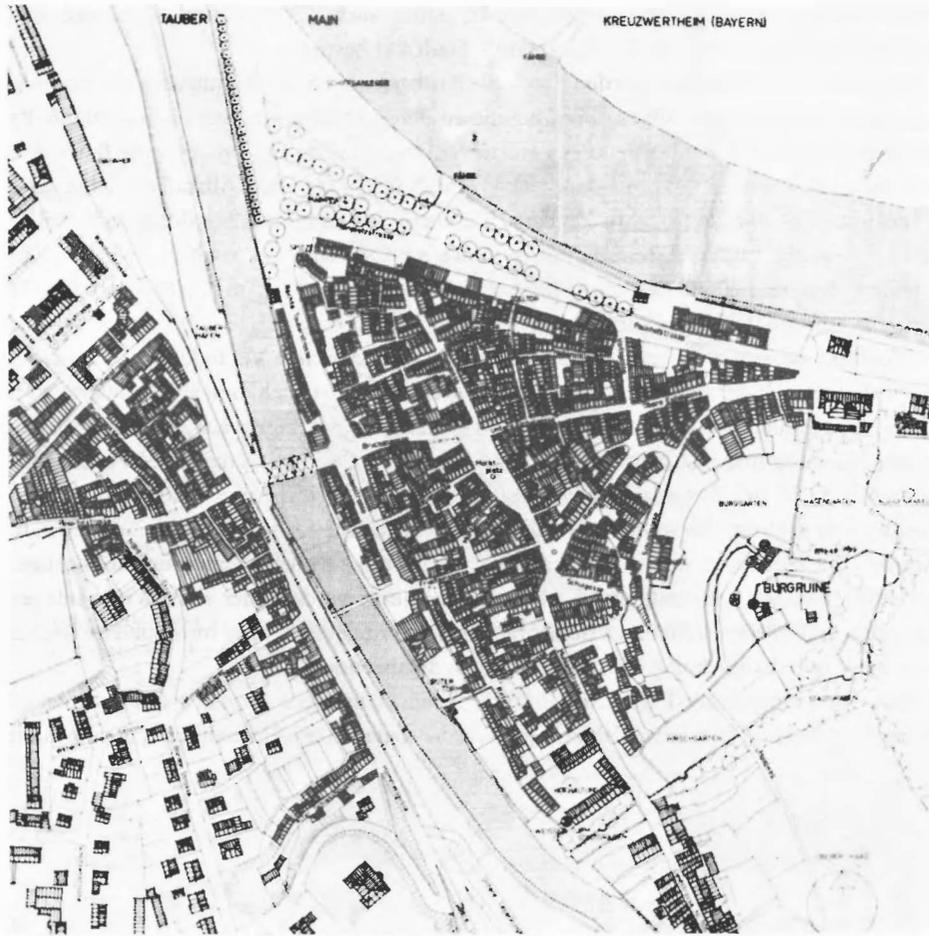


Abb. 16 vorher



Abb. 17 nachher

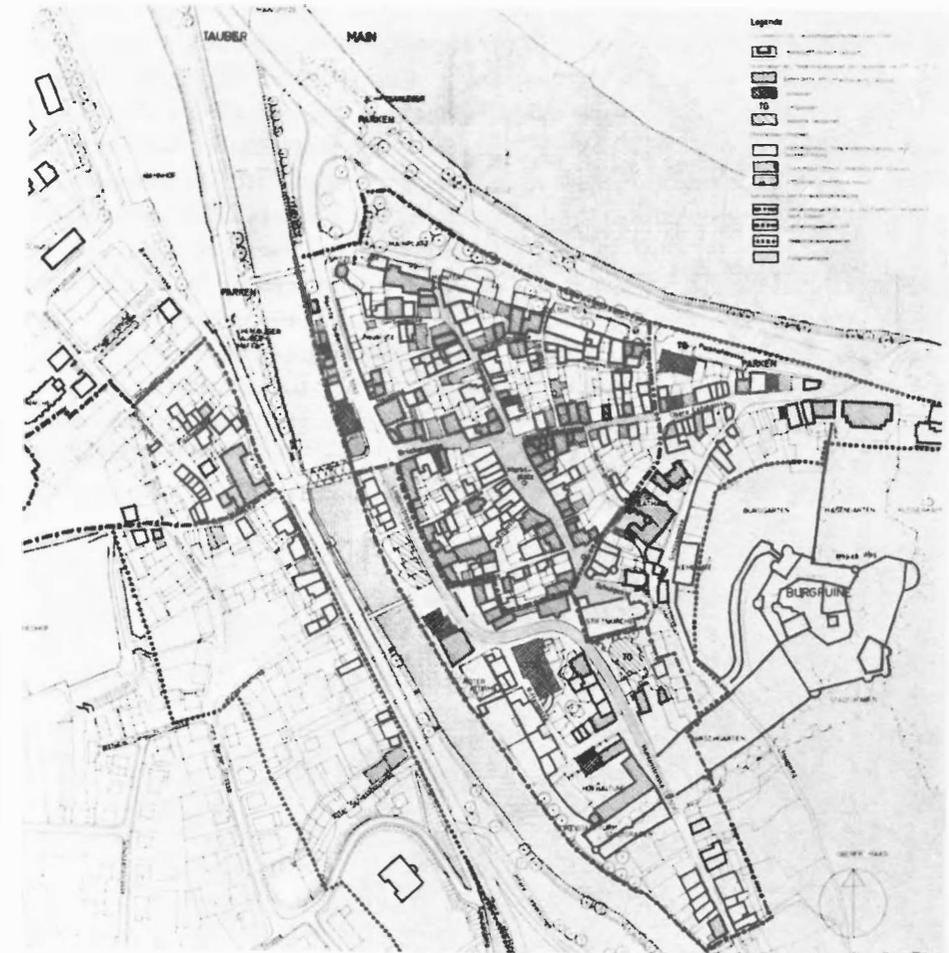
Die Rittergasse hat nach der Neubebauung städtebaulich sehr gewonnen. Der durch Abbrüche entstandene zufällige Platz (Abb. 16) besteht nicht mehr, die Autos befinden sich nun in einer Tiefgarage. Typische Gebäude-Verstaffelung wurde wieder aufgenommen (Abb. 17)



Stadtgrundriß vor der Sanierung – Abb. 18

1971 mit weiteren Gebäuden vom Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg erwarb und mit Hilfe von Sanierungsmitteln (ca. 5 Mio DM) zu einem Kulturzentrum der Stadt neugestalten konnte. In diesem Karree von Gebäuden, z. T. Neubauten haben das Staats- und Stadtarchiv, das 1981 eröffnete städtische Museum und der Sitzungssaal des Gemeinderats ihren Platz gefunden, ferner Ausstellungs- und Vortragsräume.

Im benachbarten Kallenbach'schen Haus, einem schönen Fachwerkgebäude mit der Jahreszahl 1574 wurde das 1976 eröffnete Glasmuseum eingerichtet, das für Wertheim zu einer Attraktion wurde. Die alte Hofhaltung wurde inzwischen mit dem neu gestalteten Park, einem Kinderspielfeld und neuen Fußwegen entlang der Tauber zu einem Anzie-

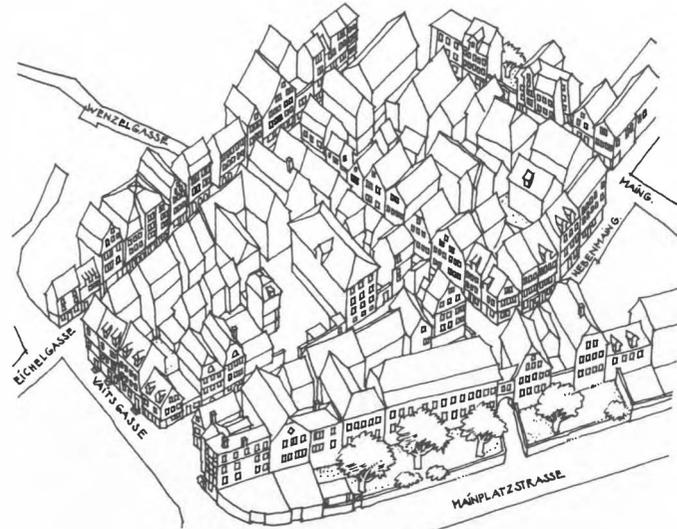


und nach der Verkehrsneuordnung – Abb. 19

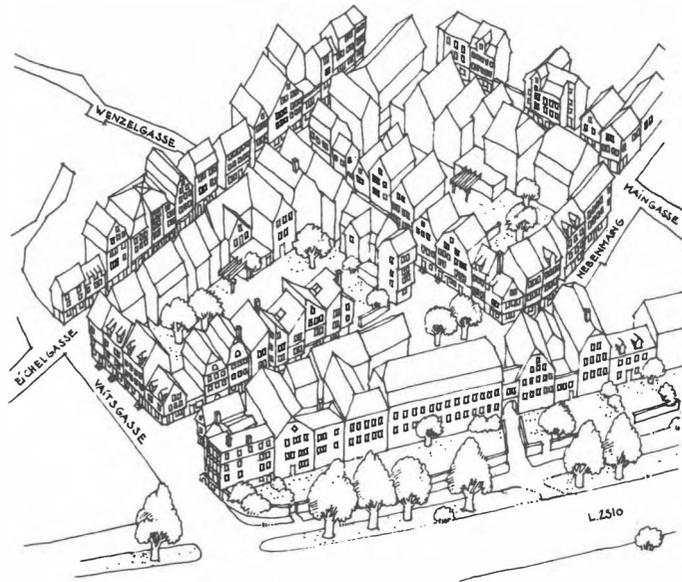
hungspunkt für Jung und Alt. Mit einem Treppenweg zur Burg ist nun vom Main-Anlegeplatz aus ein schöner Rundweg für Besucher geschaffen, der entlang dem Tauberufer über die Hofhaltung zur Burg und zurück durch die Altstadt gern angenommen wird.

#### Neuordnung des Mainplatzes (Abb. 18 und 19)

Mit der Fertigstellung der neuen Maintalstraße und der neuen Tauberbrücke, der »Odenwaldbrücke«, durch das Land Baden-Württemberg war nun städtischerseits der schmale Streifen zwischen Stadtmauerverlauf und Maintalstraße neu zu ordnen. Hierzu wurde die alte Maintalstraße aufgelassen und in einen Fußgängerbereich mit Grünzonen umgewan-



Westliches Eichelviertel, Istzustand (Abb. 20).



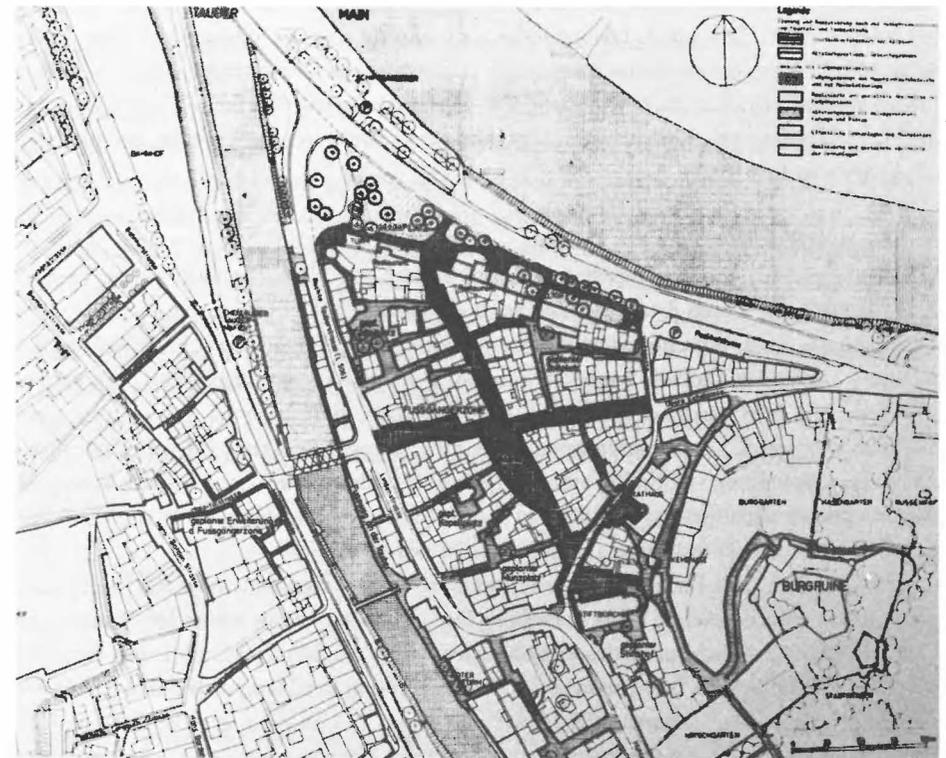
Westliches Eichelviertel, Sanierungsvorschlag (Abb. 21).

delt. Störende Gebäude vor der Stadtmauer wurden abgerissen; die Hotels konnten dafür attraktive Terrassen erhalten. Dieser Bereich, der als Hauptzugang zur Altstadt angesehen wird, hat sich inzwischen gut entwickelt, wenngleich das breite Straßenband auch durch gut angelegtes Grün nicht ganz verborgen werden kann. Dennoch, Wertheim hat trotz dieses Eingriffes mehr gewonnen als verloren. Auch diese Wunde kann als geheilt betrachtet werden.

*Fußgängerzonen (Abb. 22)*

Nach der neuen Führung des Durchgangsverkehrs konnte die Innenstadt, insbesondere der reizvolle Marktplatz mit Brückengasse, Maingasse und Eichelgasse 1975 zur Fußgängerzone erklärt werden. Dies ging auch nicht ohne den Widerstand einiger Geschäftsleute ab, die einen Geschäftsrückgang erwarteten. Die Vorteile der Fußgängerzone sind heute unbestritten, weil die Bürger der Stadt und die vielen Besucher sich diesen reizvollen Straßenraum im Nu eroberten, was sicher auch die Geschäftsleute veranlaßte, die Ladenfläche auf den Straßenraum auszudehnen.

Das starke finanzielle Engagement von Stadt, Land und Bund wirkte nun für die Haus- und Ladenbesitzer wie ein Signal. In der Altstadt wurde wieder investiert, etwa 20 neue Geschäfte entstanden – auch in jenen Gassen, in denen vorher Geschäfte schlecht liefen –, Fachwerkfassaden wurden freigelegt und schmuckvolle Werbeanlagen bereichern das Bild. Dieser Trend hält an. Bereits überwiegen die modernisierten und renovierten Gebäude im Stadtbild.



Fußgängerzonen in der Altstadt rechts der Tauber nach der Verkehrsneuordnung (dunkel angelegte Flächen) (Abb. 22).

*Neuer Platz an der Wenzelgasse*

Dieser Platz entstand durch den Abbruch einer störenden Malzfabrik im Herzen der Altstadt. Er wird in einigen Jahren als Verweil- und Spielplatz das Wohnumfeld der Altstadt bereichern. Dies ist freilich keine leichte architektonische Aufgabe, da sich hinter den Mauern der Malzfabrik nur »Hinterhofarchitektur« darstellt.

*Wohnen in der Altstadt*

»Man wohnt wieder gern in der Altstadt« – trifft in Wertheim nur bedingt zu. Die Investitionsneigung der Hausbesitzer ist zur Zeit noch gering, dies auch wegen der erzielbaren Mieten, die in keinem Verhältnis zum erforderlichen Aufwand stehen. Hinzu kommt die Tatsache, daß es kaum private Stellplätze gibt. Jeder erdenkliche Platz an den Flußufern oder in den Straßen muß als öffentliche Stellfläche dienen. Die Enge der Altstadt zwischen Flüssen und Berg, dazu die enge Bebauung hat darum die Planer zu einem kühnen Projekt ermutigt: in dem angrenzenden Schloßberg – also unterhalb der Burg – soll eine Kaverne mit 300 Stellplätzen, die durch kurze Fußgängerstollen die Altstadt erreichen, gebaut werden. Sie soll auch als Zivilschutzanlage ausgeführt und öffentlich gefördert werden. Eine ideale Lösung – nur *ein* Garagentor ist im Stadtbild sichtbar – aber eine teure Lösung, die ein hohes finanzielles Engagement der Stadt, trotz hoher Förderung erfordert. Noch ist sie nicht beschlossen! Die Altstadtsanierung Wertheim bleibt jedoch bei 1600 errechneten fehlenden privaten Stellplätzen ein Torso, wenn die Frage des ruhenden Verkehrs ungelöst bleibt.

*Sanierungsgebiet II – links der Tauber*

Eine Eisengießerei und eine Herdfabrik befanden sich am Altstadtrand links der Tauber. Beide Betriebe schlossen ihre Tore. Die Stadt erwarb mit Sanierungsmitteln Gebäude und Grundstücke, auch um eine wichtige neue Hangtangente zur besseren Erschließung des Gebietes »links der Tauber« bauen zu können. Die Gebäude sind inzwischen fast restlos abgebrochen, provisorische Parkplätze sind angelegt, die Straße ist gebaut und dem Verkehr übergeben. Der Bebauungsplan sieht auf dem restlichen Areal öffentliche Bedarfsfläche zum Bau einer Stadthalle, eines Bürgerhauses oder ähnlichem vor. Dies wird man wegen anderer wichtiger Investitionen in diesem Jahrzehnt allerdings nicht verwirklichen können. Eine Übergangslösung als Parkplatz ist unvermeidlich.

Die Pflasterung der Fischer- und Brummgasse sowie der Hospitalstraße hat bereits jetzt dem Gebiet eine besondere Note verliehen. Der Charakter dieses reizvollen Wohn- und Geschäftsgebietes wird durch das eingebrachte Grün, die Bänke, Mauern und Pergolen besonders betont. Auch hier entstand nach Fertigstellung der Hangtangente eine beliebte Fußgängerzone. Zwei Lebensmittelmärkte am Rande des Sanierungsgebietes II sind im Bau. Sie werden in diesem Stadtgebiet wirtschaftliche Akzente setzen und – so hoffen wir es als Planer – Käuferschichten anziehen, die auch in dem benachbarten Gebiet rechts der Tauber (200 m Fußweg) einkaufen werden.

*Finanzierung*

In den Jahren 1973–1981 wurden durch die öffentliche Hand in der Altstadt Wertheim investiert:

	Insgesamt	Stadt	Land	Bund
Sanierungsgebiet I	7 032 561	2 344 187	2 344 187	2 344 187
Sanierungsgebiet II	2 199 909	733 303	733 303	733 303
Zukunftsinvestitionsprogramm für Hofhaltung	1 312 000		1 312 000	
Brücke / L 2310	15 500 000	350 000	15 150 000	
Vorland Mainplatz				
Packhofstraße	550 000	350 000	200 000	
L 506	2 200 000	660 000	1 540 000	
	DM 28 794 470	4 437 490	21 279 490	3 077 490

Private Investitionen in dieser Zeit werden mit 50 Mio DM geschätzt.

*Schlußbetrachtung*

Die Altstadtsanierung Wertheim stand bisher unter einem guten Stern. In den letzten zehn Jahren hat sich die Altstadt sehr zu ihrem Vorteil verändert, dennoch ihren Charakter durch eine behutsame, erhaltende Sanierung bewahren können.

Öffentliche Mittel und Initiativen haben bei der betroffenen Bürgerschaft eine Signalwirkung ausgelöst, die große private Investitionen zur Folge hatte und hat. Möge es – wenn auch künftig sicher nun langsamer – so weiter gehen. Wichtig ist es, daß verstärkt Mittel auch in den Wohnungsbau und die Wohnungsmodernisierung fließen, damit einer Verödung entgegengewirkt werden kann.

Wertheim – auch »Klein-Heidelberg« genannt wegen seiner Stadt-, Fluß- und Berglandschaft, ist jetzt wieder für viele Besucher anziehend und liebenswert geworden.

*Zu den Abbildungen*

1 und 2 im Historischen Museum Wertheim

3, 4, 5, 7, 10, 13, 18, 19, 20, 21 und 22 = entnommen dem Rahmenplan zur Altstadtsanierung von Dipl.-Ing. Klaus und Verena Trojan, Architekten, Darmstadt

6, 8, 9, 11, 12, 14, 15, 16 und 17 = Dipl.-Ing. Friedrich Kuhn, Architekt, Stadtbauamt, Wertheim

## Die Autoren

ECKART LEIPPRAND (1938) studierte Architektur in Darmstadt und Karlsruhe (Diplom 1966 bei Egon Eiermann). Verschiedene praktische Tätigkeiten in Hochbau und Stadtplanung sowie Arbeiten in Planungstheorie und -forschung. Ein Jahr Entwicklungshilfe für eine brasilianische metropolitane Planungsorganisation. Städtebauliche Gutachten und Wettbewerbe sowie verschiedene Fachveröffentlichungen über Stadtplanung und Sanierung. Seit 1979 Leiter des Stadtplanungsamtes Trier.

GÜNTHER NUFER (1939) hat in Freiburg, Straßburg und Paris Jura studiert und in Freiburg 1967 mit einer Arbeit über die Restitutionslehre in der spanischen Spätscholastik promoviert. Nach der Assessorenzeit in der allgemeinen Verwaltung und an den Landratsämtern Calw und Kehl ab 1970 im Staatsministerium Baden-Württemberg, wurde er 1972 zum Bürgermeister von Bad Säckingen gewählt. Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Baden-Württemberg, führende Tätigkeit in Kreis- und Regionalverbänden, zahlreiche Veröffentlichungen zur Kurortentwicklung, Stadtsanierung und Kommunalpolitik.

MIRON MISLIN hat Architektur und Stadtplanung, Stadtgeschichte und Stadtgeographie in Berlin, Paris und Stuttgart studiert und mit dem Dr.-Ing. abgeschlossen. Seit 1979 Wiss. Mitar-

beiter für Siedlungswesen an der TU Braunschweig, seit 1980 an der TU Berlin, FB Architektur. Zahlreiche Publikationen zur Bau- und Stadtbaugeschichte, zur Theorie der Architektur und Planungskritik. 1981 ist sein Buch »Die überbaute Brücke: Pont Notre-Dame. Baugestalt und Sozialstruktur« erschienen.

HANS-HERMANN LINDLOFF ist 1927 in Bode in der Lüneburger Heide geboren und war nach Absolvierung eines Architektur- und Ingenieurstudiums an der damaligen Staatsbauschule Buxtehude zwölf Jahre als Architekt in der Industrie tätig, von 1964–1971 als Kreisbaumeister in Bühl/Baden. Seit 1971 ist er Stadtoberbaurat in Wertheim am Main. In diesem Amt hat er sich vor allem auch der Dorfsanierung gewidmet (Stadtteil Dertingen).

JÖRG PACZKOWSKI ist 1951 in Oldenburg/Holstein geboren und hat Kunstgeschichte, Volkskunde und Archäologie an den Universitäten Kiel und Würzburg studiert. An der Universität Würzburg hat er 1978 mit einer Dissertation über den Wiederaufbau der Stadt Würzburg nach 1945 promoviert. Seit 1979 ist er Leiter des Historischen Museums in Wertheim am Main. Vor allem im Wertheimer Jahrbuch hat er mehrere Abhandlungen zur Kunst- und Baugeschichte Wertheims und seiner Umgebung veröffentlicht.

## Notizen

### Denkmalpflege-Aktionen

Die Stadt *Wuppertal*, Amt für Stadtentwicklung und Stadtforschung, hat im Rahmen ihrer Arbeiten zur Stadtentwicklungsplanung *Wuppertal* den Teilplan »Stadtbild und Denkmalpflege« herausgegeben. Dieser Entwicklungsplan ist bisher – zumindest in den bundesdeutschen Städten – ohne Vorbild. Exemplare der Veröffentlichung können bei der Stadt *Wuppertal*, Amt für Stadtentwicklung und Stadtforschung, angefordert werden.

Die vom Verfall bedrohte romanische Kirche St. Georg auf der *Reichenau* soll als »Denkmal von nationalem Rang« eingestuft werden.

Die historische Altstadt von *Leutkirch* – Mitgliedsstadt der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt – ist vom Regierungspräsidium Tübingen als Gesamtanlage unter Denkmalschutz gestellt worden.

Das letzte, aus dem 17. Jahrhundert stammende frühbarocke Wohn- und Gewerbehau, das der Krieg in der *Dresdner Neustadt* stehen ließ, das Haus Große Meißner Straße Nummer 15, wird nun doch nicht abgerissen. Die Große Meißner Straße galt als »einer der kostbarsten Straßenzüge der barocken Stadt«. Beim Bombenangriff auf Dresden im Februar 1945 sank auch diese Straße bis auf das Haus Nummer 15 in Trümmer. Die Ruinen wurden 1949/50 abgetragen. Seitdem steht auf dem Gelände am Elbufer zwischen dem »Blockhaus« Longuelunes und Knöfels und dem »Japanischen Palais« von Fäsch und Pöppelmann nur noch der Gebäudekomplex des Hauses Große Meißner Straße Nummer 15 mit seiner Barockfassade – an der Pöppelmann, der Erbauer des Zwingers, mitgewirkt haben soll – mit seinem weiträumigen Grundriß und den beiden Innenhöfen. Nach dem Krieg beherbergte das Haus die Konsumverwaltung und wurde so zu-

nächst vor dem Verfall bewahrt. Seit einiger Zeit ist geplant, zwischen »Blockhaus« und »Japanischem Palais« ein großes Devisenhotel zu errichten.

Dem modernen Hotelbau sollte das Haus Große Meißner Straße Nummer 15 weichen. Nicht zuletzt – so wurde argumentiert – weil es doch völlig isoliert sei und nach der Schauseite hin kein eigentliches Gegenüber mehr habe, sondern nur sozialistische Wohnungsbauten, sollte es abgerissen werden. Doch gegen solche Pläne protestierten nicht nur die Denkmalpfleger. Die Bürger Dresdens sprachen von »Kulturschande«. Sie wollten das Haus, das nach einem seiner Besitzer das Gervesche Haus und später »die Regierung« genannt wurde, weil dort seit 1733 die königliche Kanzlei untergebracht war, erhalten wissen und schlugen vor, in dem weitläufigen Gebäudekomplex lieber ein stilvolles Hotel zu errichten. Jetzt ist ein Kompromiß gefunden worden.

Das Hotel wird gebaut, aber das wertvolle Gebäude bleibt erhalten. Das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« ließ wissen, daß ein Vertrag zwischen der japanischen Firma Kajima Corp. und dem DDR-Außenhandelsbetrieb Limes-Bau Export-Import über den Bau eines Interhotels in Dresden abgeschlossen worden sei. Dieses Hotel mit einer Kapazität von 530 Betten und 830 Gaststättenplätzen in drei Restaurants werde auf dem Gelände zwischen Blockhaus und dem japanischen Palais errichtet.

Das nach Meinung von Stadthistorikern wahrscheinlich älteste Gebäude *Erfurts*, das Haus »Guldene Distel« in der Horngasse an der Krämerbrücke, wird rekonstruiert. Das vor 25 Jahren noch bewohnte Baudenkmal in der Altstadt war jahrzehntelang dem Verfall preisgegeben und befand sich in einem sehr schlechten Zustand. Inzwischen wurden Keller und Dach saniert sowie in allen drei Etagen neue Decken eingezogen. Grundanliegen ist es, das mittelalterliche Aussehen des Hauses mit Architekturde-

tails aus romanischer beziehungsweise frühgotischer Zeit weitgehend wiederherzustellen.

Einer gründlichen Kur wird auch das später angebaute Haus »Zum Steyneck« unterzogen, das erstmals 1310 urkundlich erwähnt und vom 15. bis 17. Jahrhundert als Studentenhospital der Erfurter Universität genutzt wurde. Später sollen beide Gemäuer unter anderem als Badehaus und Bordell gedient haben. Nach Abschluß der Arbeiten will das Erfurter Institut für Denkmalpflege in den historischen Gebäuden ein großes Restaurierungsatelier einrichten.

Die toskanische Stadt *Volterra* will ihre mittelalterlichen Stadtmauern restaurieren. Die Stadtverwaltung hat die Vorarbeiten dafür in Auftrag gegeben. Das Projekt soll mindestens sechs Milliarden Lire (10,8 Millionen Mark) kosten. Die etwa drei Kilometer langen Stadtmauern von *Volterra* sind zum Teil mit Mauern aus der Etruskerzeit verbunden.

*Sowjetische Restauratoren* haben jetzt mit der Instandsetzung der 220 Quadratmeter umfassenden Fresken »Das Jüngste Gericht« des berühmten russischen Malers Andrej Rubljow vom Anfang des 15. Jahrhunderts begonnen. Es soll sich dabei um den schwierigsten Teil der seit sechs Jahren andauernden Arbeiten an diesen Fresken in der Uspenski-Kathedrale von Wladimir, 200 Kilometer östlich Moskaus, handeln.

An der einst von *China* in den Nahen Osten führenden »Seidenstraße« in der Provinz Sinkiang-Uigur haben Archäologen eine mehr als eintausend Jahre alte Stadt sowie drei jeweils von Dörfern umgebene Festungsanlagen entdeckt. Ein etwa 3,5 Meter hoher Turm einer der Festungen ist noch völlig unversehrt. Die Archäologen hatten an dem Fundort in der Wüste Takla-Makan bereits Tonscherben, Werkzeuge aus Metall und Münzen aus der Tang-Dynastie (618–907) freigelegt.

### *Denkmalschutz ohne Bauforschung?*

Ein mittelalterliches Haus wird Hotel – oder Heimatmuseum –, oder ein Privatmann richtet Wohnungen darin ein. Das Haus wird genutzt, bleibt erhalten, und die vertraute Silhouette, zu der es gehört, wird keinen Schaden erleiden. Doch das Haus steht unter Denkmalschutz. Und der meint nicht nur das Äußere, den Umriss, die Dach-, Tür- und Fensterformen, Farbe, Putz und figürlichen Schmuck, sondern auch die Konstruktion, das heißt: das Tragwerk, die Raumaufteilung, das Kellergewölbe und den Dachstuhl.

Der Eigentümer aber glaubt, er habe des Guten genug getan. Die Fassade strahlt frisch wie am ersten Tag, herausgepellt aus Dreck und Alterskrusten mit Hilfe des Sandstrahlgebläses, die Schmuckteile sind nachgemeißelt oder nachgegossen, die Fenster verglast mit Antikglas, das Holztor mitsamt seinen schmiedeeisernen Beschlägen wurde nach alten Mustern neugefertigt. Und da soll einer über das Innere nicht frei verfügen dürfen? Nicht morsche Balken durch Beton ersetzen, Treppen wegnehmen, Fahrstühle einbauen, aus einem Geschoß zehn Zimmer oder zwei Wohnungen oder aus zwei Geschossen anderthalbe machen? Den Dachstuhl nicht abtragen, erneuern und ausbauen? Toiletten und Bäder, Lichtschlitze und Heizungsschächte nicht dort anbringen lassen, wo der Architekt es vorschlägt?

»Ausschlachten« nennen die Denkmalpfleger solche Maßnahmen. Ein verächtliches, erbittertes Wort. In der Tat sind sie erbittert über die Zerstörung historischer Substanz, die nachdem die blanke Abrißwut mit Hilfe der Denkmalschutzgesetze halbwegs gestoppt werden konnte, unter umgekehrten Vorzeichen zügig weitergeht. »Voll durchsanierte Häuser« – das sind in vielen Fällen süß aufgeputzte Fronten, hinter denen kein Stein mehr alt ist. Bunte Hülsen, gefüllt mit beliebigem Nostalgieinventar, wenn es sich um Hotels handelt. Und nötigenfalls haben Spezialarchitekten das ganze Quartier nach eigenen historischen Vorstellungen neu und pflegeleicht aufgebaut.

Doch der besseren Einsicht manches in der

Routine abgestumpften Beamten oder interessierten privaten Bauherren ließe sich aufhelfen, vermuteten die Referenten eines Colloquiums in Stuttgart, das vom Nationakomitee für Denkmalschutz veranstaltet wurde. Aus Regensburg schilderte Gert Mader vom Bayerischen Landesamt für Denkmalschutz Mißgriffe, die auf pure Ahnungslosigkeit zurückzuführen waren. Toiletentüren, in ein frühgotisches Gewölbe eingebrochen, aber zum Ausgleich mit Spitzbogen umrahmt, lassen sogar auf eine groteske Art guten Willens schließen.

»Hätten wir's gewußt«, sagen Besitzer und Architekten oft, wenn der Innenausbau eines alten Hauses, der vom kommunalen Bauaufsichtsamts genehmigt war, vom Denkmalpfleger nachträglich kritisiert wird, und wenn sie erfahren, daß eine sachgerechtere Renovierung bei gleichem Nutzeffekt womöglich weniger Geld gekostet hätte. Vor allem die Statik alter Bauten wird nach oberflächlicher Prüfung schnell für unzureichend erklärt und radikal durch moderne Systeme ersetzt, die das alterskrumme Haus in ein Korsett starrer Geraden pressen. Eine gründliche bauhistorische Untersuchung könnte dagegen von Fall zu Fall ergeben, daß die alte, viel elastischere Statik nur unterstützt und ausgebessert zu werden brauchte. Anhand von Modellrechnungen bewies der Regensburger Architekt Arnulf Magerl, daß bei einer Sanierung, die die Originalsubstanz schonend behandelt, eventuell Lohnkosten einzusparen sind. Das setzt allerdings eine Erforschung des Baues vom Keller bis zum First voraus und eine Zusammenarbeit des Architekten mit dem Denkmalschutz von Anfang an.

Es gibt verschiedene Methoden der Bauaufnahme, Kombinationen des Messens und Zeichnens, dazu moderne Hilfsmittel, Fotografie und Fotogrammetrie, Röntgenaufnahmen. Über ihre Vorzüge und Nachteile wurde in Stuttgart nicht gestritten, man erwog nur, wo sie – je nach Grad der Bedeutung eines Bauwerks – einzusetzen seien. Allein zur gründlichen Bauaufnahme eines mittelgroßen Gebäudes gehören jedoch mindestens drei Monate. Hier wird das Utopische einer Forderung nach kompletter Dokumentation aller unter Denkmalschutz stehenden Architektur

offensichtlich. Denn diese Dokumentation soll nicht nur die Vergangenheit des Gebäudes erfassen, sondern auch alle einzelnen Schritte der Sanierung.

Selbst wenn drei Monate Zeitaufwand – im Namen der Geschichte – berechtigt sind und sich sogar, wie die Modellrechnungen zu beweisen scheinen, finanziell rentieren, woher die Leute nehmen, die sich auf exakte Bauaufnahmen verstehen? Die rund 220 beamteten Denkmalpfleger der Bundesrepublik schaffen es nicht, selbst wenn sie alles verfügbare Personal dafür einsetzen könnten. Freie Architekten werden diese Arbeit kaum übernehmen, solange sie einträglichere Aufträge haben. Außerdem sind die wenigsten von ihnen entsprechend vorgebildet. Es rächt sich jetzt, daß an den technischen Universitäten die Baugeschichte seit vielen Jahren nicht mehr Pflichtfach für Architekturstudenten ist.

### *Unesco will Filme erhalten*

Das Problem der systematischen Filmzerstörung stellt sich mit zunehmender Dringlichkeit. Deshalb hat sich die Unesco seiner angenommen und »Empfehlungen für die Rettung und Erhaltung bewegter Bilder« aufgestellt. Allerdings sind diese umständlich formulierten Richtlinien in der Praxis kaum brauchbar; es fehlt ihnen an Klarheit und Kompromißlosigkeit. Letztlich geht es schlicht um Geld – denn die technischen Aspekte der wissenschaftlich richtigen Archivierung, die eine langfristige Erhaltung garantieren muß, sind gelöst. Wer aber bezahlt die Kopien, die jeweils etwa fünfzigtausend Mark kosten?

Das systematische »Dépot légal«, wie es im Bereich des Buches existiert, ist dem Produzenten nicht zumutbar, und auch die einzelnen Staaten sind in der gegenwärtigen Lage nicht gewillt, die Kosten zu übernehmen. So versucht man, auf das »Dépot moral« hinzusteuern: Die Hersteller sollen bewogen werden, eine Kopie freiwillig zu liefern, und dies nach der kommerziellen Verwertung (auf die nur zu oft die systematische Zerstörung folgt). Die in verschiedenen Ländern übliche Praxis, wonach mit irgendwelchen Preisen ausgezeichnete Filme mit staatlichen Geldern

kopiert und archiviert werden, ist insofern fragwürdig, als sie das Gewicht der jeweiligen Jury nochmals verstärkt. Andererseits müssen angesichts der Quantität gewisse selektive Kriterien – und damit qualitative Argumente – zur Anwendung gelangen. Zusätzliche Probleme ergeben sich auch aus der Respektierung des Urheberrechts, das im Film besonders kompliziert ist.

#### »Beckenhof« wird abgebrochen

Ohne Rücksicht auf seine historische Bedeutung hat die zuständige Denkmalschutzbehörde dem Abbruch des sogenannten »Beckenhofes« bei Pirmasens zugestimmt, da dieses Gebäude nicht künstlerisch oder wissenschaftlich wertvoll sei. Der Erbauer der Hofanlage, Friedrich Franz Adolf Beck, war in den napoleonischen Kriegen Festungskommandant von Gießen und ein Vorfahre von Generaloberst Ludwig Beck.

#### Tourismus gefährdet Altertümer

Die vielen nach Ägypten kommenden Touristen gefährden inzwischen jahrtausendealte Kunstschätze des Landes am Nil; die Altertümergeverwaltung und das Amt für Fremdenverkehr sind sich deshalb darin einig, daß Maßnahmen zur Erhaltung des bedrohten Erbes der Kultur dringlich werden. Priorität gilt dabei den thebanischen Felsengräbern im Tal der Könige und dem Bau eines neuen Nationalmuseums auf der Kairoer Nilinsel Ghezira.

Die einmaligen Wandbilder in den verhältnismäßig wenigen der Öffentlichkeit zugänglichen Anlagen, die mehr als 3000 Jahre lang ihre frische Farbe weitgehend behalten haben, drohen zunehmend von den Einwirkungen des Besucherstromes zerstört zu werden. Staub und Ausdünstungen der sich in den engen Grabkapellen drängenden Schaulustigen verbinden sich zu einer regelrechten Schleifpaste, die sich auf die Bilder legt.

Daß der Tourismus nicht nur eine Einnahmequelle ist, sondern auch Sorgen bereiten kann, das hatte schon vor mehr als hundert Jahren der französische Forscher Auguste Mariette festge-

stellt, der für seine Verdienste um die Bewahrung der ägyptischen Altertümer den Titel eines Paschas erhielt. »Die Mastaba des Tin (eines der schönsten Privatgräber in Sakkara bei Kairo) erlitt in den vergangenen Jahren mehr Schaden durch Reisende als während der ganzen sechstausend vorangegangenen Jahre, seit sie gebaut wurde«, schrieb er im Jahre 1870.

#### Ausstellungen

Eine weitere Zweiggalerie haben die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen in Regensburg eingerichtet: Am 22. März 1982 wurde diese auf deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts spezialisierte Galerie eröffnet. Sie enthält etwa hundert Werke, unter anderem von Wilhelm von Kaulbach, Ferdinand und Wilhelm von Kobell, von Leibl, Lenbach, Liebermann, Menzel, Slevogt, Spitzweg und Stuck.

Die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen »bespielen« zur Zeit insgesamt dreizehn Zweiggalerien mit rund 1500 Gemälden, und zwar in Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Burghausen, Füssen, Kulmbach, Landshut, Ottobeuren, Schleißheim, Tegernsee und Würzburg. Die Bestände sollen noch mehr »dezentralisiert« werden, wie es in München heißt. So soll in Neuburg an der Donau eine Galerie für flämische Barockmalerei entstehen, in Augsburg eine zusätzliche Zweiggalerie für zeitgenössische Kunst.

Eine »Zeitgeschichtliche Sammlung« richtet Stuttgart ein. Die Stadt bereitet einen umfangreichen Ausstellungszyklus zum Thema Weimarer Republik und »Drittes Reich« vor. Zwischen Mai 1982 und Juni 1984 sind sechs Ausstellungen geplant. Sie beschäftigen sich unter anderem mit den Themen »Politische Plakate der späten Weimarer Republik«, »Stuttgart und die Macht ergreifung«, »Alltag im Dritten Reich«, »Widerstand in Stuttgart«, »Juden in Stuttgart« und »Stuttgart im Zweiten Weltkrieg«.

Das Wahrzeichen Venedigs, die vier Bronzepferde von San Marco, waren zum ersten Mal als

Einheit außerhalb Italiens in der Ausstellung »Pferd und Reiter in der europäischen Kunst« im Berliner Martin-Gropius-Bau zu sehen. Die 2,60 Meter hohen, goldglänzenden Bronzepferde sind die einzige erhaltene Quadriga der Antike. Seit Mitte des 13. Jahrhunderts schmücken sie die Hauptfassade der Basilika auf dem Markusplatz, doch ihre Herkunft ist unbekannt. Ihren 700 Jahre alten Platz verdanken sie der Eroberung und Plünderung Konstantinopels durch die Venezianer und Kreuzritter im Jahre 1204. Das inzwischen zum Vorbild für zahlreiche andere Pferde- und Quadriga-Skulpturen gewordene Kunstwerk wurde für ein Werk des Lysippos (um 350 v. Chr.) aus Griechenland, oder auch für eine römische Arbeit für einen Triumphbogen gehalten.

## Resolution 3

### Dorfbewohner und Dorfentwicklung

Ergebnisse einer Arbeitstagung der »Arbeitsgruppe Dorfentwicklung« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsfor-schung in Mitteleuropa«, März 1982 in Bleiwäsche, Kreis Paderborn

Architekten, Geographen, Historiker, Kulturanthropologen, Planer und Referenten einschlägiger Ministerien in Bund und Ländern trafen sich vom 17. bis 19. März 1982 – nach 1979 und 1980 zum dritten Male – zu einer »Dorf«-Tagung in Bleiwäsche/Kreis Paderborn. Die Tagung stand unter dem Thema »Dorfbewohner und Dorfentwicklung«. Diese Zielsetzung erfolgte aufgrund der Erfahrung, daß man in der Vergangenheit bei den meisten Dorfplanungen die Dorfbevölkerung ignoriert bzw. zu wenig einbezogen hatte. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Bemühen von Wissenschaft, Verwaltung und Praxis, die Dorfbewohner besser verstehen zu

### Wilhelm Wortmann 85

Wilhelm Wortmann, der verdienstvolle »Senior« unter den Stadt- und Landesplanern in Norddeutschland, hat in Hannover sein 85. Lebensjahr vollendet. Der aus Bremen stammende Jubilar war von 1956 bis zu seiner Emeritierung 1965 Ordinarius für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung an der damaligen Technischen Hochschule Hannover. Als Gründer und Leiter der Arbeitsgruppe Standortforschung, als Mitglied und Vizepräsident der Deutschen Akademie für Raumordnung und Landesplanung und als Gutachter für Bundesministerien erwarb er sich in der Fachwelt internationale Anerkennung.

lernen und sich ihnen besser verständlich zu machen. Es zeigte sich dabei die Notwendigkeit, einen Teil der bisherigen Kenntnisse, Einstellungen und Methoden zum Thema »dörfliche Bevölkerung« überprüfen und ändern zu müssen.

#### Zur Situation

Die Verhältnisse und Verhaltensweisen auf den Dörfern haben in den Nachkriegsjahren erhebliche Veränderungen erfahren (Veränderungen, die in entsprechender Weise z. T. auch in den Städten wirksam waren):

1. Die wirtschaftliche und soziale Funktion des Dorfes war ursprünglich durch die Landwirtschaft bestimmt. Durch die starken Strukturwandlungen der Landwirtschaft – im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – verlor diese nicht nur im Staatsganzen, sondern auch im Dorf an wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gewicht.

2. Das Wirtschaftssystem (Landwirtschaft wie Industrie) wird zunehmend verbrauchsorien-

tiert und rationalisierungsorientiert. Der relativ schnell anwachsende Reichtum breiter Bevölkerungsschichten fördert damit die Kurzlebigkeit der verschiedenartigen Sachgüter, z. B. der traditionellen Maschinen, Werkzeuge und Bauten.

3. Die durch Erziehung bzw. Werbung ständig geförderte Tendenz zum »Pflegeleichter« breitet sich auch auf das Land aus. Es zeigt sich, daß das stete und berechtigte Bemühen des Menschen um ein »bequemes« Leben zu nachteiligen Auswirkungen z. B. im kommunikativen und ökologischen Bereich geführt hat.

4. Die im Dorf der Agrargesellschaft weitgehend miteinander verknüpften Grunddaseinsfunktionen wurden in den letzten drei Jahrzehnten mehr und mehr voneinander getrennt und zum großen Teil auch nach außerhalb des Dorfes verlagert. Die früher enge Lebensgemeinschaft (überwiegend durch Aufeinanderangewiesensein bestimmt) beim Arbeiten, Wohnen, Helfen, Feiern, Erholen, Geborenwerden und Sterben hat nur noch partiell Bedeutung. Dieser Prozeß der sozialen und funktionalen Entmischung bzw. einer Individualisierung wird von der Dorfbevölkerung überwiegend als Gewinn angesehen.

5. Die Grundhaltung gegenüber dem Historischen, dem Alten erfuhr nach dem Zweiten Weltkrieg einen wesentlichen Bruch. Ehemals tragende Begriffe wie Heimat, Familie, Haus und Hof verloren an Wert. Es war nicht mehr möglich und üblich, sich mit Geschichte zu legitimieren.

Aufgrund dieser Veränderungen konnten städtische Werte rascher und nachhaltiger als früher in das Dorfleben eindringen, was eine relativ starke Abkehr von traditionellen Denk- und Verhaltensweisen mit sich brachte.

Seit einigen Jahren ist nun vielerorts eine neue Tendenz zum Lokalen, zur Region, zur Geschichte zu beobachten, die sich auch auf dem Dorfe, z. B. in einem raschen Anwachsen der Laienforschung zur Ortsgeschichte, der Brauchtums- und Mundartpflege und in der Gründung von Heimatvereinen, äußert. Hierfür lassen sich u. a. die folgenden Gründe aufführen:

1. Reaktion auf die zurückliegenden »unhistorischen« Jahrzehnte;

2. Reaktion auf die zurückliegende Invidualisierungsphase;

3. Reaktion auf die zurückliegende Denaturalisierungsphase;

4. Reaktion auf die zunehmende politische, kulturelle und wirtschaftliche Fremdbestimmung des ländlichen Raumes.

Es stellt sich die Frage: Welche Folgerungen ergeben sich aus dieser neuen und höheren Bewertung von Vergangenen und Lokalem für unser wissenschaftliches Vorgehen? Kann bzw. soll die Dorfforschung etwas zur Steuerung dieser neuen Tendenz beitragen? Die historische Sozialforschung macht darauf aufmerksam, daß es wichtig ist, sich *beide* Aspekte des wiedererwachten bzw. -erweckten Geschichts- und Lokalbewußtseins zu verdeutlichen: einerseits kann es in positiver Weise zur Sinngebung des Lebens des einzelnen und der Gesellschaft beitragen, andererseits birgt es die Gefahren einer manipulierbaren Heimattümelei oder eines nur rückwärtsgewandten Konservatismus, die politische und menschliche Erstarrungstendenzen beinhalten.

#### *Aufgaben und Wege der Forschung und Planung*

Eine wesentliche Zielsetzung der Dorfforschung ist es, die dem Dorf eigenen, spezifischen Strukturen herauszufinden und die mit diesen Gegebenheiten einhergehenden – historischen und gegenwärtigen – Lebensgewohnheiten, Einstellungen oder Mentalitäten der Dorfbewohner möglichst optimal zu erfassen. Über die hierzu geeigneten Methoden besteht jedoch in der Dorfforschung weder Zufriedenheit noch Konsens. Andererseits wird anerkannt, daß in der praktischen Dorfplanung für die von ständigen Entscheidungszwängen geprägte Arbeit anwendbare Methoden gebraucht werden. Die bisher geübten Formen der »Bürgerbeteiligung« werden sowohl von den Dorfforschern als auch von den Dorfplanern als unzureichend beurteilt.

In dem Bemühen, die Vorstellungen der Dorfbevölkerung stärker zur Geltung zu bringen, sollten von Forschern und Planern gemeinsam folgende Ziele angestrebt werden:

1. Forschung und Planung müssen von Beginn an kommunikativ, d. h. als ein beidseitiger

Lehr-Lern-Vorgang, angelegt sein. Derzeit erarbeiteten Forschungen und Planungen meist Analysen und Konzepte, die erst nach Fertigstellung den Bewohnern zur Begutachtung vorgestellt und erläutert werden. Statt dessen sollten die Dorfbewohner nicht nur die Chance der »Beteiligung« haben, sondern zum Mitdenken und Mitsprechen motiviert werden.

Forscher und Planer müssen also offen sein für jede Art von Vorstellungen und Anregungen der Dorfbewohner. Vorgefertigte Fragebögen und Handlungsanleitungen können dies allein nicht gewährleisten. Auch sind die Aktivitäten wesentlich langfristiger als bisher anzulegen, um zumindest die »zeitlichen« Sachzwänge auszuschließen.

Außerdem müssen Planer und Forscher sich über ihre eigenen Leitvorstellungen – seien diese politischer, moralisch-normativer oder ästhetischer Art – und über ihre persönlichen Motive klar werden und diese auch benennen und der Dorfbevölkerung erläutern. Dies erhöht die Transparenz von Analysen und Konzeptionen und mindert die latenten Gefahren der Fremdbestimmung.

2. Dorfforschung und -planung erkennen die Notwendigkeit einer stärkeren lokal- und regionalspezifischen Dorfentwicklung. Hierzu bedarf es neben der Mitwirkung der Dorfbewohner vor

allem auch der erhöhten Kompetenz der ländlichen Kommunen und der eingemeindeten Dörfer. Nach den eingemeindeten Dörfern können auch die ländlichen Kommunen das in der Verfassung festgelegte Grundrecht der Selbstverwaltung immer weniger ausüben. Die zentral gelenkten und technokratisch ausgeführten Verordnungen, Richtlinien und Ausführungsbestimmungen (besonders der bisherigen Förderungspolitik) haben das Autonomie- und Verantwortungsbeußtsein der ländlichen Politiker stark gemindert. Die kommunale Gebietsreform hat diese Tendenz verstärkt. Forschung und Planung fordern daher mehr Dezentralisierung und neue Formen von Selbstverwaltung, um Selbstbeußtsein und Eigenverantwortung der ländlichen Kommunen und der Dorfbewohner zu vergrößern.

Einer weiteren Fremdbestimmung des ländlichen Raumes kann vorrangig durch Stärkung der Verantwortung bei Bürgern und Kommunen entgegengewirkt werden. Wenngleich hierzu politische Grundsatzentscheidungen notwendig sind, können Forschung und Planung im ländlichen Raum bereits jetzt einen wesentlichen Beitrag zu dieser Zielsetzung leisten.

Hauptmeyer, Henkel, Meyer-Palmedo, Oppermann, Simons, Ungericht

## Entgegnung

In ihrer Besprechung in Heft 2, 8. Jg., 1981, dieser Zeitschrift hat Brigide Schwarz Vorbehalte und Kritik gegenüber meinem Buch »Frühe bürgerliche Institutionen norddeutscher Hansestädte. Beiträge zu einer vergleichenden Verfassungsgeschichte Lübecks, Bremens, Lüneburgs und Hamburgs im Mittelalter«, Köln 1957, geäußert.

Es ist ihre Sache, wenn sie über Strecken die Lektüre des Buches ärgerlich findet. Auch auf

ihre verschiedenen pauschalen Urteile möchte ich hier nicht eingehen. Zur Debatte sollen allein die vermeintlich aufgezeigten Schwächen meines Buches stehen.

Wenn Brigide Schwarz behauptet, das Buch sei trotz interessanter Fragestellung und durchaus bedenkenswerter Detailergebnisse im wesentlichen Aufbereitung einschlägigen Materials, beweist sie damit weitgehende Unkenntnis der Forschungssituation, wie sie vor der Abfassung die-

ser Arbeit über die frühen Verfassungen der nordwestdeutschen Städte bestand. Sie hätte sich leicht und schnell bei Besprechungen, wie die von A. von Brandt (Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, 40, 1960, S. 108–110), W. Ehbrecht, Das historisch-politische Buch, Jg. 24, 1976, S. 265–266, E. Hoffmann, in: Zeitschr. der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 102/103, 1977/78, S. 391–394, H.-P. Baum, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 64, H 4, 1977, S. 569–570, H. Schwarzwälder, in: Hansische Geschichtsblätter, 94, 1976, S. 149–151, informieren können. Alle genannten Rezensenten dürften wohl als ausgewiesene Kenner der nordwestdeutschen Städtegeschichte gelten.

Ist es lediglich Aufbereitung einschlägigen Materials, wenn W. Ehbrecht in seiner Rezension schreibt: »Methodisch lehrreich ist die Behandlung des doch erstaunlich reichen Quellenmaterials, inhaltlich die Einschätzung der Viertels- und Kirchspielsvertretungen von zentraler Bedeutung für die gegenwärtige mittelalterliche Stadtgeschichtsforschung?« Es fällt nicht schwer, ähnliche Zitate von anderen Rezensenten beizubringen. – Es sind wohl keineswegs Detailergebnisse, wenn überhaupt erst in dieser Arbeit die grundsätzliche Bedeutung typologischer Beziehung, z. B. der bremischen conjurati, die Burmeister in Lüneburg, der wicmanni in Hamburg, aus den Quellen erarbeitet und in neue und originäre Zusammenhänge gestellt worden sind. Auch würde sich in diesem Punkt empfehlen, in Rezensionen, so z. B. in der von Schwarzwälder oder in Arbeiten wie die von M. Garzmann über »Stadtherr und Gemeinde in Braunschweig im 13. und 14. Jahrhundert«, Braunschweig 1976, nachzulesen.

In der Besprechung von Frau Schwarz findet der Leser: »...für Lüneburg, für das es noch einiges ungedrucktes Material gibt, begnügt sich Scheper mit dem Urkundenbuch«. Spätestens hier faßt man sich an den Kopf und fragt: »Hat denn Frau Schwarz die Abschnitte über Lüneburg überhaupt gelesen?« Auf Seite 77 meiner Arbeit findet sich lediglich eine Anmerkung, daß

in Hinsicht auf die Burmeister vor der Nennung des Rates 1239 nur das Volgersche Urkundenbuch benutzt wurde. Dieser einschränkende Hinweis bezieht sich nur auf eine begrenzte Detailfrage. In welchem Umfang andere Lüneburger Quellen, wie Verfestungsregister, Stadtbuch, Kämmererechnungen etc. benutzt wurden, geht schon aus dieser und den nächsten Seiten meines Buches hervor. Ich habe überdies mehrfach das Lüneburger Stadtarchiv (1957, 1958 und 1975) zum Studium unedierten Urkundenmaterials besucht. Ein rascher Blick in das Quellen- und Literaturverzeichnis meiner Arbeit hätte der Rezensentin auf das deutlichste gezeigt, in welchem Umfang gedrucktes und ungedrucktes Material zur Lüneburger Verfassungsgeschichte herangezogen worden ist. Offenbar ist nicht einmal das geschehen. Nur so wird es überhaupt verständlich, daß Frau Schwarz zu diesem Urteil über die Benutzung von Urkunden und Quellen zur Lüneburger Verfassungsgeschichte gelangen kann.

Es ist unter diesen Umständen wenig sinnvoll, auf andere Monita einzugehen. Nur noch eine Bemerkung sei gestattet: der Hinweis auf G. G. Fissores Beitrag über Asti als nachahmenswertes Beispiel geht erheblich an der Sache vorbei. Mein Buch ist in Absicht und Methode ganz anders angelegt als G. G. Fissores meines Wissens 1973 (nicht 1977!) erschienenes Werk über Asti. Außerdem, wer wüßte denn nicht von den erheblichen Distanzen in vielen Bereichen zwischen oberitalienischem und nordwestdeutschem Städtewesen?

Voltaire hat einmal in einem Vorwort zu einer Neuauflage eines geschichtlichen Werkes über Karl XII. bemerkt: »Unter den mancherlei Irrtümern und Kleinlichkeiten dieser Kritik finden sich auch einige wichtige und nützliche Bemerkungen. Ich trug Sorge..., davon Notiz zu nehmen; denn in Sachen der Geschichte darf man nichts versäumen...«. Daran mußte ich bei der Lektüre der Rezension von Frau Schwarz denken. Um nun nicht mehr von Irrtümern zu reden, einige wichtige und nützliche Bemerkungen habe ich leider auch nicht zu entdecken vermocht.

Bremerhaven

Burchard Scheper

## Besprechungen

*Alte Bauten neu genutzt* (= *Veröffentlichungen der Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen, Stuttgart Nr. 133*) *initiiert und erarbeitet vom Schwäbischen Heimatbund, bearbeitet von HERBERT FECKER, WILLY LEYGRAF, JOACHIM VEIL, redaktionelle Beratung: MARTIN BLÜMCKE, mit Beiträgen von PETER ANSTETT, NORBERT BONGARTZ, JÜRGEN BRUCKLACHER, KLAUS EHRlich, DIETER HAUFFE, INGEBORG HÜBNER, ILSE IFFLÄNDER, GERHART KILPPER, KARL KRAUSS, HUBERT KRINS, FRANZ MECKES, GERHARD WEEBER, GERHARD WITTE. 30 × 24 cm, 192 Seiten, zahlreiche Abbildungen. Deutsche Verlags Anstalt, Stuttgart 1981. Leinen, 84,- DM.*

Über Sinn und Notwendigkeit denkmalpflegerischer Maßnahmen und der Umnutzung schlecht oder nicht genutzter historischer Bauten, zumeist die einzige Chance zur Erhaltung, wird unter der Leserschaft dieser Zeitschrift sicher ein breiter Konsens herrschen. Doch viele Leser werden sich von Berufs wegen derartigen Fragen gegenübersehen und der Frage »Wie sag ich's meinem Kinde?« Nun, das vorliegende Buch gibt hervorragendes Material zur Hand, mit dem Bauherren und Baubeamte zu überzeugen sind, denn am überzeugendsten wirkt noch immer das gute Beispiel. Wie oft wiederholt sich das alte Spiel: zuerst steht da eine alte Bruchbude, bei der jeder mann, ausgenommen der unverbesserliche Denkmalpfleger, der festen Meinung ist, daß es das beste sei, das alte Glomp wegzureißen. Nach der Renovierung ist jedermann stolz und glücklich (außer dem unverbesserlichen Denkmalpfleger, der den Verlust einiger Details beklagt), wie prächtig der Zeuge der Vergangenheit, frisch herausgeputzt, ins Stadtbild paßt.

Das Buch ist dazu angetan, auch der Vorstellungskraft des Laien auf die Sprünge zu helfen, indem es zahlreiche eindrucksvolle Beispiele von mustergültigen attraktiven Sanierungsfällen anschaulich in Text, Bildern und Plänen präsentiert.

Ein Vorspann informiert in diversen Aufsätzen über die unterschiedlichsten Aspekte des Umgangs mit alten Bauten, über die Funktion des Denkmalpflegers in einem Sanierungsverfahren, über die Rolle des Bauhandwerkers, über Probleme des Brandschutzes, der Statik, des technischen Ausbaus, über Finanzierungshilfen und vieles mehr.

Im Dokumentationsteil sind dann die Beispiele vorgeführt und illustriert nach dem Schema Baugeschichte-Umbau-Kosten-Wertung. Die Einteilung der 54 Bauten aus Baden-Württemberg in Gruppen nach der früheren Nutzung (Wohngebäude, landwirtschaftliche Gebäude und Lagergebäude, gewerblich genutzte Bauten, Öffentliche Bauten, Kirchen und Klöster, technische Bauten und Wehranlagen) mutet etwas akademisch an. Unterscheidet sich doch ein Beginnhaus des 17. Jahrhunderts (Abteilung Kirchen und Klöster) bautypologisch und gebäudekundlich betrachtet, aber auch was die Sanierungs- und Nutzungsmöglichkeiten betrifft, kaum von einer »Geistlichen Verwaltung« (Öffentliche Bauten) gleichen Alters, von einem »Wohnspeicher« oder einem Zunfthaus.

Das Buch ist solide ausgestattet, aber wie die meisten Sachbücher des Verlags nicht gerade preiswert. Freilich kann es sich durch wertvolle Tipps und Anregungen vielfach bezahlt machen.

Stuttgart

Falk Jaeger

HORST REICHERT, *Die Verstädterung der Eastern Province von Saudi Arabien und ihre Konsequenzen für die Regional- und Stadtentwicklung* (= *Schriftenreihe 10 des Städtebaulichen Institutes der Universität Stuttgart*). Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1980, 245 S., 23 Textfig., 9 Luftbilder, DM 28,-

Spätestens die Publikationsreihe verrät, daß hier keine siedlungsgeographische oder länderkundli-

che Untersuchung vorliegt. Es handelt sich vielmehr um eine Dissertation aus dem Architekturbereich (1978), der zur nunmehrigen Veröffentlichung ein geographischer Vorspann von 35 S. beigegeben wurde, der sich weitgehend an H. Blume und H. Dequin anlehnt. Überbreit ausholend wie diese räumliche Einführung wird auch der sachliche Problembereich der Verstädterung vor dem Hintergrund der Entwicklung in der Dritten Welt, der arabischen Länder und endlich in Saudi-Arabien angegangen; zum eigentlichen Thema der alten ostarabischen El Hasa-Provinz dringen erst die verbleibenden beiden Inhaltsteile vor. Auch sie bringen dem Landeskundler, Geographen oder Orientalisten keine wesentlichen originären Neuerkenntnisse, wenn man von dem spärlichen und zudem recht fragwürdigen Datenmaterial absieht, das fünf bestehenden Masterplänen für Dammam, Al-Khobar, Qatif, Jubail und Hofuf (n. Candilis, Metra Intern. Consultants 1976) entstammt.

Der planende Praktiker indessen kann hier im Hauptteil der Untersuchung vielseitige Erkenntnisse sammeln. Nicht oft werden Planungsproblematik, Entwicklungskonzeption und die instrumentellen Strategien seiner Arbeit unter den besonderen Bedingungen orientalischer Staaten so umfassend und klar dargestellt. Prägnant genug zieht Verf. auch ein Fazit aus dem gerade in der sich überstürzenden Entwicklung dieses Raumes so beklemmenden Widerstreit zwischen Theorie und Praxis, wenn er schreibt (S. 103), daß der Siedlungsausbau an der Golfküste zwischen Kuwait und den VAE mit einem »an Nativität grenzenden Dilettantismus« erfolgt sei. Als Geograph aber fragt man sich, warum der Autor in einer solchen unabhängigen Dissertation zu derartigen im ganzen Orient typischen Fehlerscheinungen nicht entschiedener, richtungsweisend Stellung bezieht. Hat er über die weltweiten Aussagen des UN Habitat-Reports hinaus (S. 53–56) nicht die irreparablen Schäden in den wenigen Altoasen der Ostprovinz erkannt, warum berichtet er nicht eingehend vor Ort über die tatsächlichen »Auswirkungen« der Verstädterung auf das dort so besonders empfindliche Raumgefüge und (u. a. klimatologische oder hydrologische) Umweltmilieu? Zwei Seiten Theorie

(S. 208/209) stellen noch keine wirklichen Empfehlungen dar, zumal jegliche Planvorlagen eines ante- und post-Stadiums fehlen, an denen beispielsweise derartige Abläufe nachvollziehbar wären.

Auch der alle Lesergruppen gemeinsam interessierende Anhang mit 9 Aramco-Luftaufnahmen aus den Hofuf- und Qatif-Oasen von 29 S., der im Text doch wohl mißverständlich als »Ergebnis städtebaulicher Untersuchungen« apostrophiert wird, kann höhergespannten Erwartungen nicht gerecht werden. Verwendet man solche, im Orient eher selten Bilder nicht nur als schmückende Beigabe, so hätte man, abgesehen von der für weitere Zwecke unzureichenden Reproduktionsqualität und Darbietung (selbst der Maßstab fehlt), vor allem eine eingehendere, auch messende Auswertung, unter Beigabe von Interpretationsskizzen z. B., erwartet; wozu sonst lehren wir das eigentlich mit hohem Aufwand die Studierenden, selbst nicht-technischer Fachbereiche? Die Definition gewisser Fachtermini wäre wünschenswert, vor allem aber eine angemessene Sorgfalt im Literaturverzeichnis, das in fast jeder Hinsicht zu beanstanden ist. Von Grundlagenwerten, wie jenen von F. S. Vidal (1955, 1971) oder H.-J. Philipp 1976, hat der Autor offensichtlich keine Kenntnis gehabt.

München

Heinz-Gerhard Zimpel

*Regierungsviertel Bonn, bearb. v. WILTRUD BAUER, ROLAND FEULNER, JOACHIM SCHOLZ, REINHARD PFLÜGER (Arbeitsbericht 35 des Städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart). Stuttgart: Städtebauliches Institut der Universität 1980. 144 S., Abb., DM 15,-*

Als »Streuselkuchen-Demokratie« hatte vor gut einem Jahr der Kaiserslauterer Stadtplaner Prof. Albert Speer auf dem vorerst letzten Höhepunkt der öffentlichen Diskussion um die zukünftige städtebauliche Entwicklung des Bonner Bundesdistrikts die offiziellen Planungen bezeichnet. Er warf ihnen vor, vielleicht unbewußt »aus Bonn eine Art deutsches Washington« machen zu wol-

len, und die »grüne Mitte« (immerhin von den »drei Weisen«, den Professoren Hillebrecht, Laage und Rossow, als Beratern der Bundesregierung 1979 noch vehement unterstützt) nannte er eine »Kernsünde« der bisherigen Planung, aber doch auch »das beste Dekor, um Planungsfehler und Planungsunsicherheit zu tarnen«.

Angesichts so vieler kontroverser Standpunkte konnte es wenig verwundern, daß sich auch andere »Nichtgefragte« zu der Frage äußern wollten, wie denn der städtebauliche Rahmen für die höchsten Gremien der Bundesrepublik mit all den damit verknüpften Vorstellungen von Symbolik und Repräsentation der Demokratie zu entwerfen sei. Und wie zuvor schon eine Aacheener Studentengruppe unter Prof. Böhm fanden auch vier Architekturstudenten aus Stuttgart den Mut, das ebenso anspruchsvolle wie lehrreiche Thema im Rahmen ihrer Diplomarbeit anzugehen. Dabei zeichnet sich die Arbeit vor allem durch ihren lobenswerten Realitätsbezug aus (der ja für eine selbstgewählte Diplomarbeit nicht notwendigerweise ebenso ausgeprägt zu sein braucht wie etwa für eine Auftragsplanung), und wenn die Ergebnisse auch nicht in jeder Hinsicht zu überzeugen vermögen, so haben die Studenten doch eine Anzahl wertvoller Erkenntnisse aus der Situationsanalyse gewinnen können, die für die nächste Phase der Planung der »Bauten für die Demokratie« durchaus nützlich sein könnten.

In ihrer Arbeit sind die Studenten zunächst von einer Auseinandersetzung mit den Fragen ausgegangen, wie geplante (Washington, Canberra, Brasilia) und gewachsene Hauptstädte (Paris, Berlin) aussehen, wie sich Demokratie überhaupt städtebaulich darstellen läßt und welche Kritik gegenüber den bislang vorgelegten Hauptstadtplanungen und Gutachten für Bonn aus ihrer Sicht vorgetragen werden kann. In einer zweiten Phase wurde dann das Regierungsviertel und sein näherer Umgriff einer intensiven Bestandsaufnahme unterzogen, – in der Hoffnung, allein daraus Zielformulierungen für die Planungsphase ableiten zu können. Die dritte Phase brachte schließlich das Gesamtkonzept für die Neuordnung des Regierungsviertels, dessen tragende Gedanken vor allem die Schaffung gro-

ßer verbindender Grünräume mit Anbindung der an der Hangkante gelegenen alten Rheindörfer, die Verkehrsberuhigung innerhalb des Regierungsdistrikts und dessen neue Erschließung durch eine neue bogenförmige »Bundesallee« sind.

Leider ist die erste Phase der Arbeit viel zu sparsam ausgefallen: Der von der Intuition der Bearbeiter her gewiß hochinteressante städtebauliche Vergleich »geplanter oder gewachsener« Hauptstädte bleibt (weil nur auf einer Bildtafel und völlig unkommentiert zusammengestellt) leider ebensowenig ergiebig wie die Auseinandersetzung mit den bereits vorgelegten Planungen, die offensichtlich die Studenten (abgesehen von viereinhalb Zeilen »Schlußfolgerungen«) zu keinen weitergehenden Überlegungen anzuregen vermochten. Dafür aber präsentiert sich die Bestandserhebung und Situationsdiskussion, die vier Fünftel der Broschüre einnehmen, in eindrucksvoller Breite. Auch wenn die Verfasser dabei eine durchaus beachtliche Fülle von Erkenntnissen und Zielvorstellungen (»Planungsgrundlagen«) zutage fördern, überrascht doch der unvermittelte Übergang in die abschließende Planungsphase der Arbeit. Gerade hier wäre es notwendig gewesen, in nachvollziehbarer Form Leitgedanken für die hauptsächlichen Bestandteile dieser Aufgabe zu entwickeln und zu formulieren, die sich unter verschiedenen Aspekten zu »Leitbildern« hätten verdichten und in Planungsmodellen hätten konkretisieren lassen. So leidet der Syntheseteil der Diplomarbeit vor allem daran, daß die in vielerlei Hinsicht durchaus interessanten Planungsvorstellungen oft nur unzureichend belegt und erläutert worden sind. In seiner Einleitung zu der Diplomarbeit schreibt Prof. Markelin – einer der beiden Betreuer –: »Und last but not least: Die bisherigen Planungen ließen noch kein überzeugendes Gesamtkonzept erkennen.« Offensichtlich vermag das die vorliegende Studie auch nicht, aber sie brauchte es wohl auch gar nicht...

Bonn

Klaus Borchard

JOACHIM BALDERMANN / GEORG HECKING / ERICH KNAUSS / ULRICH SEITZ, *Wohnflächennachfrage und Siedlungsentwicklung. Analyse und Prognose der expandierenden Wohnflächennachfrage. Planungskonsequenzen für Stadt und Region (= Schriftenreihe 12 des Städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart)*. Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1980, 142 Seiten, 27,- DM.

Seit Jahrzehnten erweist sich die steigende Wohnflächennachfrage als einer der Hauptgründe für die ständige Expansion unserer Siedlungsflächen. Angesichts des damit verbundenen extensiven Landschaftsverbrauchs und der anhaltenden Zersiedlungstendenzen in den Stadt-Umland-Bereichen mußte die jahrelange Abstinenz der Wissenschaft gegenüber diesem Phänomen von Planern, Politikern und von der breiten interessierten Öffentlichkeit als ebenso unverstänlich wie schmerzlich empfunden werden. An diesen Interessentenkreis wendet sich nun die von einer Arbeitsgruppe des Städtebaulichen Instituts der Universität Stuttgart vorgelegte Untersuchung.

In ihrem Mittelpunkt stehen die Fragen nach Entwicklungstendenzen, Bestimmungsfaktoren und Erklärungszusammenhängen der Wohnflächennachfrage sowie nach möglichen zukünftigen Entwicklungen oder Sättigungsgrenzen, und die Antworten hierauf münden schließlich in dem Versuch, aus den gewonnenen Erkenntnissen auch grundsätzliche stadt- und regionalplanerische Schlußfolgerungen – insbesondere hinsichtlich des zukünftigen Bedarfs an Siedlungsflächen – abzuleiten. Wenngleich es sich bei den vorausgehenden empirischen Untersuchungen im wesentlichen um Fallstudien vorwiegend aus dem Stuttgarter Raum und der Region Mittlerer Neckar mit zunächst begrenzter räumlicher Aussagekraft handelte, ließen sich doch angesichts der zuvor gewonnenen theoretischen Erkenntnisse und der daraus abgeleiteten Hypothesen Schlußfolgerungen gewinnen, die zweifellos von allgemeinem Wert sind. So kommt die Studie etwa zu dem Ergebnis, daß die Expansions-tendenz der Wohnflächen, die vor allem eine Art Wohlstandseffekt ist, in den nächsten zwei Jahr-

zehnten wohl auf keine Sättigungsgrenzen stoßen dürfte, weil u. a. kein entscheidender Rückgang in der Bruttoinlandsproduktion erwartet wird, weil schon heute erhebliche räumliche und soziale Disparitäten in der Wohnflächenversorgung bestehen und weil im Gegensatz zu den vorherrschenden wohnungspolitischen und landesplanerischen Zielvorstellungen trotz stagnierender oder rückläufiger Bevölkerungszahlen eine beträchtliche zusätzliche Wohnungsnachfrage zu erwarten ist. Höchstwahrscheinlich dürfte im Jahr 2000 jeder Einwohner 47 qm (bis zu 68 qm) Wohnflächen in Anspruch nehmen, wenn das reale Haushaltseinkommen um durchschnittlich jährlich 2,5% (bis zu 5%) steigt, die Haushaltsgröße bei durchschnittlich 2,3 Personen (bis zu 2,2 Personen) und die Eigentumsquote bei 55% (bis zu 60%) angenommen werden. 1950 lag die Wohnflächeninanspruchnahme je Einwohner noch bei ca. 15 qm, 1978 hatte sie bereits 31 qm erreicht.

Aus der Forderung, einerseits ein zusätzliches Wohnungsangebot zu schaffen, andererseits den Landschaftsverbrauch zu begrenzen, erwächst die Notwendigkeit, zukünftig sehr viel stärkere Verdichtungen im Wohnungsbau vorzusehen, als dies bisher der Fall war. Verdichtete, flächensparende Bauweisen, die ja nicht notwendigerweise auch einen Verzicht auf individuelles Wohnen bedeuten müssen, erfreuen sich allerdings – verglichen etwa mit dem in der Präferenzskala an oberster Stelle rangierenden freistehenden Einfamilienhaus – heute noch nicht der entsprechenden Wertschätzung. Hier muß deshalb noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit Gemeinden wie Bauherren, Politiker wie Planer die Nützlichkeit verdichteter flächensparender Bauweisen zugunsten der Erhaltung von Freiflächen einsehen. Gerade für diese Aufgabe stellt die vorliegende Untersuchung eine ebenso begrüßenswerte wie fachlich solide Argumentationshilfe dar. Ihre sorgfältige Lektüre kann deshalb allen städtebaupolitisch wie ökologisch Interessierten nur wärmstens empfohlen werden.

Bonn

Klaus Borchard

HELMUT RANGE – FRANZISKA GEBHARDT-SEELE, *Jugendstil-Gebäude in Kassel. Kassel: Stauda 1980. 95 S., 68 Abb., 1 Übersichtsplan, DM 24,-*

Natürlich stand die Wiege des Jugendstils nicht in Kassel, wie Lucius Burckhardt im Geleitwort zu dem Büchlein von Helmut Range: »Jugendstil-Gebäude in Kassel« richtig bemerkt. Aber was soll's! In einer Zeit, in der wachstumsorientierte Stadtentwicklungspolitik die Innenstadtrandgebiete, vielfach die Hauptstandorte von Gebäuden mit Jugendstilelementen, erreicht und sie oft bedenklich angenagt, wenn nicht »umstrukturiert« hat, ist es doppelt wichtig und verdienstvoll, sich auch um regionale und lokale Ausprägungen von Baukultur zu kümmern. Diese ins öffentliche Bewußtsein heben, heißt, den ersten Schritt zur Wahrung lokaler Identifikationspunkte zu schaffen.

Das vorliegende Büchlein leistet dazu gewiß einen Beitrag, wenngleich einen eher bescheidenen. Der Autor liefert am Schluß ein Verzeichnis »der« Jugendstil-Gebäude in Kassel, das dem nicht ortskundigen Leser den Eindruck flächendeckender Vollständigkeit vermittelt. Das trifft leider keineswegs zu. Die dort aufgeführten Objekte kennzeichnen eher eine Auswahl, die aufgrund von Spaziergängen durch einzelne Straßen und Quartiere zustande gekommen sein mögen. Es fehlen durchaus wichtige Objekte, sowohl in den dichter bebauten Innenstadtrandgebieten, als auch vor allem in den westlichen und südlichen Ortsteilen der Stadt. Schade!

Kritisch anzumerken ist ferner, daß sich Range in seinem – an sich erfreulich – knappen Text zu dreiviertel mit der allgemeinen Genese des Jugendstils (von Viollet-le-Duc über Morris, Sullivan, Horta, Gaudi, Mackintosh bis zu den Künstlern der Wiener Sezession und der Darmstädter Mathildenhöhe) beschäftigt, für die spezifische Kasseler Situation aber nur knapp fünf Seiten verbleiben, auf denen er sich auch eher mit etwas gewagten Interpretationen der Rolle von Jugendstilelementen als Vorläufer und Impulsgeber neuerer Bauten der Anthroposophischen Gesellschaft in Kassel verbreitet. Auch wenn es sicher richtig ist, »daß auch weniger bekannte

Architekten und Handwerker sich dem modischen Einfluß des Jugendstils nicht entziehen konnten« (S. 90), hätte eine etwas ausführlichere Beschäftigung mit der lokalen historischen Szene im Sinne der Schaffung von regionalem Selbstbewußtsein über den Wert der Alltagskultur nichts geschadet.

Es bleibt ein hübsches Bilderbüchlein mit einer alles in allem gelungenen allgemeinen Einführung, das hoffentlich zur weiteren Sensibilisierung für lokale Traditionen beiträgt, was für die eher spröde Kasseler Kunstszene sicher gut täte. Außerdem kann es auch als Anregung zu ähnlichen Aktivitäten in anderen Städten mit Baubestand aus dieser Zeit und weitgehend anonym gebliebenen Bauleuten dienen. Eine Weiterarbeit an dem Thema, die neben einer Vervollständigung auch das Eingehen auf Innenraumdetails (Treppenhäuser, Tischlerarbeiten an Türen, Fenster, Glasfenster usw.) beinhalten sollte, wäre sehr wünschenswert.

Kassel

Christian Kopetzki

*Jahrbuch der bayerischen Denkmalpflege, Band 30 (1975/76), Band 33 (1979). 375 bzw. 484 Seiten, Deutscher Kunstverlag, München 1978, 1981.*

In den Jahrbüchern der bayerischen Denkmalpflege zu lesen, ist nicht nur für den Fachmann ein Gewinn, sondern bereitet auch jedem Laien, der für Fragen der Denkmalpflege aufgeschlossen ist, Freude und Bereicherung. Beispielhaft seien die Bände 30 und 33 herausgegriffen. Jeder Band beginnt mit einem kurzen Vorwort des Leiters des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, Generalkonservator Dr. Petzet, der wichtige Ereignisse aus der Arbeit seiner Behörde kurz darstellt und auf besonders aktuelle Probleme hinweist. Die Bände gliedern sich im übrigen in zwei Teile. Die erste Hälfte des Bandes ist jeweils kurzen, in der Regel bebilderten Abhandlungen vorbehalten, in denen vornehmlich aus dem weitgespannten Arbeitsbereich dieser Behörde berichtet und eine Vielzahl neuer Kenntnisse und Erkenntnisse vorgetragen wird. Die

Bände spiegeln die ungeheure Fülle der Aufgaben des Landesamts wider (Petzet). Sie geben auch dem Außenstehenden einen Einblick in die Arbeitsbereiche, die von einer mit der Denkmalpflege betrauten Behörde heute wahrzunehmen sind. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen: Haas, Sage, Mader und Strehler befassen sich mit der Bauforschung und mit Ausgrabungsergebnissen bei Sakralbauten. Einen breiten Raum nehmen Berichte über Restaurierungen ein, so etwa von Engl über die Instandsetzung und Renovierung des Schlosses Starnberg, von Schubert über den Bibliotheksaal des ehem. Stiftes Polling und seine Wiederherstellung oder von Ramisch über Arbeiten an der ehem. Zisterzienserkirche Fürstenfeld und an dem in der Nähe von Bamberg gelegenen Schloß Seehof, das heute eine Außenstelle des Landesamts für Denkmalpflege beherbergt. In Band 33 findet sich auf den S. 175 ff. eine Folge von Aufsätzen über Münchner Einzeldenkmäler. Bauch und Kühnenthal berichten über die Renovierung von Theaterbauten in Bayern. Weitere Aufsätze behandeln einzelne bewegliche Denkmäler und Ausstattungstücke. Der an bäuerlichen Denkmälern und volkskundlichen Gegenständen Interessierte findet ebenso anregende Lektüre wie derjenige, der Ausführungen zu Rechtsfragen der Denkmalpflege sucht. – Jeder Band enthält in einem zweiten, ebenfalls umfangreichen Teil einen Bericht über die Tätigkeit des Landesamts in dem betreffenden Zeitraum sowie Angaben über Personal und Veröffentlichungen. Wenn man in dieser Chronik der Arbeit eines Jahres Hunderte von Maßnahmen zur Kenntnis nimmt, mit denen das Amt befaßt war, und sich vergegenwärtigt, daß es daneben noch eine Vielzahl von Aufgaben in der praktischen Denkmalpflege bei Verwaltungsverfahren und in der Inventarisierung zu bewältigen hatte, so wird einem bewußt, welche wertvolle Arbeit diese Behörde – weitgehend im Stillen – leistet.

Den Bänden ist eine weite Verbreitung zu wünschen.

München

Heribert Büchs

*The Capitals of Europe – Les Capitales de L'Europe. A Guide to the Sources for the History of their Architecture and Construction.* K. G. Saur, München / New York / London / Paris 1980, 360 S. Text, 108 S. Abb.; DM 120,–

Das Interesse für die Stadtgeschichte ist ständig im Wachsen begriffen – nicht zuletzt das an der Geschichte der Hauptstädte. So hat bei der Historischen Kommission zu Berlin vor etwa einem Jahr ein mehrtägiges Symposium über die Wirtschaft-, Verwaltungs- und Gesellschaftsgeschichte kontinentaleuropäischer Hauptstädte stattgefunden, an das weitere ähnlich vertiefende Veranstaltungen sowie Publikationen anschließen sollen.

In solchen Zusammenhängen kann sich das hier anzuzeigende Buch als nützlich erweisen. Mit finanzieller Hilfe der UNESCO zusammengetragen und veröffentlicht, bietet es mit Beiträgen von 5–10 Seiten (für London, Paris und Stockholm sind sie etwas länger geraten), wie der Untertitel erläutert, einen Führer zu den Quellen der Architektur- und Stadtbaugeschichte der meisten europäischen Städte, die in unserer Gegenwart Hauptstädte sind.

Man darf diese Angabe nicht ganz wörtlich nehmen, denn dem jeweiligen Führer geht eine Kurzgeschichte der entsprechenden Hauptstadt voraus, die sich ja nicht nur auf Architektur und Stadnanlage beschränken kann. Vorzügliche Abbildungen von mehr oder weniger alten Gebäuden, Stadtpläne und Luftaufnahmen ergänzen die Texte.

Angaben über Ankara findet man also in dem Band, natürlich auch über Bonn, dagegen nicht über Konstantinopel; natürlich auch nicht über die deutschen Landeshauptstädte, wohl aber über die Insel-Hauptstadt Valetta, dagegen nicht über Petersburg. Warum Luxemburg, Monte Carlo, San Marino, Andorra und die Hauptstädte der Baltischen Staaten nicht einer Behandlung für würdig gehalten wurden, wird nicht gesagt.

In bezug auf Berlin waren die beiden Herausgeber, die Oberdirektorin des Stadtarchives von Budapest, Agnes Ságvári, und ihre Kollegin, die Chefin der Abteilung Karten und Pläne dieses

Archives, Erzebet C. Harrach, bei diesem Band, der in Übereinstimmung mit einer Entscheidung des Internationalen Archivrates von 1974 zustande gekommen ist, nicht als erste in Schwierigkeiten geraten. Man konnte nicht auf einen Beitrag über Berlin verzichten, denn sein Ostteil ist ja die Hauptstadt der DDR. Selbst in englischer und französischer Sprache – den beiden Sprachen dieses Buches – hätte man sich aber lächerlich gemacht, wenn der Beitrag nur Architektur und Stadnanlage des jenseits der Mauer gelegenen Teiles der ehemaligen Reichshauptstadt behandelt hätte. Also begann der Verfasser des extrem kurzen, nämlich nur drei Seiten langen historischen Textes, Rudi Liening, Leiter des Stadtarchives von Ost-Berlin, mit dem Satz: Dieses Buch beschäftige sich mit den Hauptstädten der europäischen Staaten »of today«, und daher beschränke sich dieses Kapitel auf die Beschreibung »of Berlin, the Capital of the German Democratic Republic« (eine sachlich falsche Formulierung). Dann wird »Berlin« als »zweitgrößter Industriehafen nach Magdeburg« bezeichnet (was auch falsch ist), und schließlich die Größe Ostberlins und dessen Einwohnerzahl im Jahre 1976 angegeben – »6,5% der DDR«.

Nach diesem Abschnitt, der die Aufnahme eines Berlin-Beitrages in den Band ermöglichte, beginnt dann allerdings die knappe Skizzierung der Stadtgeschichte von ganz Berlin – wengleich mit amüsanten Akzenten. Selbst die wenigen Ostberliner, denen die Lektüre dieses Buches möglich sein mag, werden mit Erstaunen lesen: »Das Berlin von 1918/19 war die Hauptstadt von Revolutionen« und die Republik von Weimar habe dann »Demokratie garantiert«. Hitlers Bauwut hat nach der Auffassung des Verfassers seit 1933 dazu geführt, daß »gigantische Architekturformen das Stadtbild zu beherrschen begannen«. Die letzten 25 Zeilen beschränken sich auf Ostberlin seit 1949 – u. a. auf die Vorzüge der Verstaatlichung des Bauwesens, die unter den großen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit »günstige Voraussetzungen zur Erreichung dessen schuf, was man anstrebte«. Die Mauer erschien dem Verfasser natürlich nicht als architektonisch oder stadtbaulich bemerkenswert; vielmehr beschränkte er sich auf die Feststellung,

daß am 13. August 1961 auf Veranlassung eines Regierungsbeschlusses der Warschauer Pakt-Staaten »die Grenze zwischen der DDR und Westberlin in ihrer ganzen Länge unter Kontrolle gebracht wurde«.

Soweit der historische Text. Die umfangreichen, von dem Archivdirektor beim Preußischen Geh. Staatsarchiv im Berlin-Dahlem, Werner Vogel, sorgfältig zusammengestellten Anlagen über Literatur, gedruckte und ungedruckte Quellen berücksichtigen natürlich beide Teile Berlins. Die beiden ungarischen Herausgeberinnen und ihr Redaktionskomitee, in dem sich auch noch der Chefkonservator des Archives von Budapest befand, haben sich mit dem Band unter den gegebenen politischen Umständen entschieden ein Verdienst erworben. Wer sich über Quellen und Literatur zur Geschichte der darin behandelten Städte informieren oder über sie forschen will, findet hier leicht und zuverlässig die wichtigsten Angaben.

Göttingen

Wilhelm Treue

KARL BOSL, *Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter. Eine deutsche Gesellschaftsgeschichte des Mittelalters (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 4).* Stuttgart: Hiersemann 1972, 2 Bde., 418 S., DM 140,–

Zehn Jahre nach seinem Erscheinen kann man ein Buch nicht mehr rezensieren. Es ist zwar noch nicht veraltet, aber doch schon ein Stück Wissenschaftsgeschichte geworden. Man kann also referieren und diskutieren, wie es von der Forschung aufgenommen wurde; man kann aber auch über Erfahrungen im Umgang mit einem solchen Werk berichten. Letztere entstehen dann, wenn man fragt, ob Methode und Inhalt den Leser in die Lage versetzen, Leuten verschiedener Altersstufen, die über kaum mehr als Klischeevorstellungen verfügen, das Mittelalter besser und überzeugender näherzubringen. Im ersten Anlauf, besonders wenn man es eher partienweise liest, fasziniert das Werk – es gibt nichts Vergleichbares in der mediävistischen Li-

teratur seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Grund für diese Wirkung liegt in seiner Begrifflichkeit, die den modernen Sozialwissenschaften entstammt und dort verwendet wird, z. B. Arbeit, Leistung, Schicht, Aufstieg, Mobilität. Vor Bosl hat für die mittelalterliche Geschichte kaum jemand diese Begrifflichkeit erprobt. Dementsprechend umfassende Einsichten und Anregungen vermittelt er auch seinen Lesern, und zwar besonders dort, wo er den angestrebten Aktualitätsbezug mit Hilfe von Begriffen Max Webers herstellt, also auf einer recht abstrakten Ebene. Als weniger geglückt muß man seine Anwendung psychoanalytischer Kategorien ansehen. Hier hat er wohl eher Wege gewiesen denn selbst betreten. Als gleichfalls problematisch, weil oft zufällig, erweisen sich seine Analogien zwischen Ereignissen und Entwicklungen im Mittelalter und in der Zeitgeschichte. So bleibt etwa zu fragen, ob die 1918/19 eingetretenen Veränderungen nicht überschätzt werden. Dieser eher inhaltliche, weniger begrifflich-fragende Gegenwartsbezug leuchtet nicht immer ganz ein. Will man andere dazu anleiten, sich die umfassenden Einsichten, die Bosl vermittelt, mit Hilfe der angezogenen Quellen selbst zu verschaffen, so

stößt ein solches Vorhaben auf Schwierigkeiten: Bosl gibt nur Literatur an, erst in einer zweiten Runde muß sich der Leser mühsam zu den Quellen vorarbeiten. Die oft recht knappen Belege entstammen hauptsächlich dem süddeutschen, besonders dem bayerischen Raum. Dem Anspruch einer deutschen Gesellschaftsgeschichte wird der Autor dadurch nicht ganz gerecht. Kritik an Einzelheiten muß gewiß sein – sie wurde auch geübt, am besten von Edith Ennen (VSWG 62, 1975, S. 103–108) –, aber sie wird dem Engagement und der Gelehrsamkeit des Verfassers nicht immer gerecht. Man spürt, wie viel das Buch der Diskussion mit Freunden und Schülern verdankt. Darum legt Bosl auch kein Nachschlagewerk oder ein Lehrbuch oder eine dürre Zusammenfassung älterer Ergebnisse vor, sondern dieses Fazit aus seinen jahrzehntelangen Forschungen hat immer den Charakter eines Diskussionsbeitrages – manchmal unsystematisch, assoziativ, mit eigenwilligen Akzentsetzungen, aber immer originell und anregend. Man bedauert, daß im Zeitalter der Sammelbände und gedruckten Vorträge nicht mehr solcher Werke erscheinen.

Esslingen

Rainer Jooß

## Wichtige Neuerscheinung

# Stadterhaltung - Stadtgestaltung

Aufgaben der gemeindlichen Selbstverwaltung nach dem BBauG

von **Dr.-Ing. Gerhard Boeddinghaus**,  
Institut für Landesplanung und Stadtentwicklung

1982. Format DIN A 5. Kartoniert.  
220 Seiten. DM 60,-.  
ISBN 3 555 00473 5

Die Aufgabe der Erhaltung und der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes gehört zu den wesentlichen Belangen, die bei der städtebaulichen Planung nach dem Bundesbaugesetz zu berücksichtigen sind. Dieses Gesetz und die ergänzenden Rechtsvorschriften stellen ein Instrumentarium zur Verfügung, das geeignet ist, Gestaltungsziele, welcher Art auch immer, durchzusetzen. Wie aber die gegebenen Instrumente einzusetzen sind, um der Gestaltungsaufgabe gerecht zu werden, darüber sagt das Gesetz nichts.

Das Buch will eine Hilfe sein, Problemlösungen zu erkennen und die mit dem Bundesbaugesetz und den ergänzenden Rechtsvorschriften angebotenen Rechtsinstrumente situationsgerecht anzuwenden. Die Problemfälle und Lösungsmöglichkeiten werden anhand von Beispielen mit insgesamt 117 Abbildungen dargestellt. Es handelt sich um Positivbeispiele und Negativbeispiele, Beispiele von Erhaltenswerten und von Entwicklungen, die es zu verhindern gilt.

Die Schrift wendet sich nicht nur an den kommunalen Praktiker in der Verwaltung, sondern ebenso an den kommunalen Mandatsträger, wie auch an diejenigen, die sich auf den Dienst im kommunalen Bereich vorbereiten, also an Studenten und Referendare des Hoch- und Städtebaus, des Ingenieur- und Vermessungswesens, der Rechts- und Verwaltungswissenschaften.

**Fordern Sie unseren Katalog »Baurecht« an.**

104-4-82



**Deutscher Gemeindeverlag**  
Max-Planck-Str. 12 · Postfach 40 01 07  
5000 Köln 40 · Telefon 0 22 34 / 106-0

# Lehrbuchreihe Architektur



Dieter Prinz

## Städtebau

### Band 1: Städtebauliches Entwerfen

1980. 189 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Kart. DM 39,80  
ISBN 3-17-005402-3

### Band 2: Städtebauliches Gestalten

1980. 149 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Kart. DM 39,80  
ISBN 3-17-005403-1

Beide Bände zusammen DM 72,-  
ISBN 3-17-005404-X

Das Lehrbuch in 2 Bänden gibt eine Gesamtdarstellung des städtebaulichen Planungsprozesses von der Bestandsaufnahme über die funktionalen Einzelbereiche der Planung bis hin zur Gestaltung. Der Inhalt ist praxisorientiert ausgewählt und wird durch Abbildungen mit Kurztexen, Tabellen und Checklisten leicht verständlich und übersichtlich dargeboten.

In Band 1 steht die detaillierte Darlegung der Planungsgrundlagen – Bestandsaufnahme, Analyse und »Bausteine« des städtebaulichen Entwurfs im Mittelpunkt.

Band 2 behandelt die Anwendung dieser Grundkenntnisse in Entwurfskonzeptionen, wobei alternativen Lösungsmöglichkeiten in Funktion und Gestaltung besonderes Gewicht eingeräumt wird.

Der Verfasser hat den Versuch unternommen, die Darlegungen leicht verständlich und übersichtlich durch eine Vielzahl bildhafter Aussagen zu vermitteln.



**Verlag W. Kohlhammer**

Heßbrühlstr. 69 · Postfach 80 04 30 · 7 Stuttgart 80

## INHALTSVERZEICHNIS

HANS HERZFELD IN MEMORIAM . . . . .	121	<i>Stadtplanung und Siedlungsentwicklung</i>
ABHANDLUNGEN		Horst Reichert, Die Verstädterung der Eastern Province von Saudi Arabien und ihre Konsequenzen für die Regional- und Stadtentwicklung (H.-G. Zimpel) . . . . .
ECKART LEIPPRAND		205
Das Verhältnis der Stadtbildpflege zur Stadtplanung . . . . .	125	Wiltrud Bauer / Roland Feulner / Joachim Scholz / Reinhard Pflüger (Bearb.), Regierungsviertel Bonn (= Arbeitsbericht 35 des Städtebaul. Inst. der Univ. Stuttgart) (K. Borchard) . . . . .
GÜNTHER NUFER		206
Der Weg, einen altstädtischen Gesamtbereich unter Schutz zu stellen . . . . .	146	Joachim Baldermann / Georg Hecking / Erich Knauss / Ulrich Seitz, Wohnflächen-nachfrage und Siedlungsentwicklung. Analyse und Prognose der expandierenden Wohnflächennachfrage. Planungs-konsequenzen für Stadt und Region (K. Borchard) . . . . .
MIRON MISLIN		208
Aspekte der Wohnmodernisierung in Selbsthilfe im Altstadtquartier . . . . .	156	<i>Baugeschichte</i>
HANS-HERMANN LINDLOFF / JÖRG PACZ-KOWSKI		Helmut Range / Franziska Gebhardt-Seele, Jugendstil-Gebäude in Kassel (Chr. Kopetzki) . . . . .
Altstadtsanierung: zum Beispiel Wertheim . 174		209
DIE AUTOREN . . . . .	196	<i>Denkmalpflege</i>
NOTIZEN . . . . .	197	Jahrbuch der bayerischen Denkmalpflege, Bände 30 (1975/76) und 33 (1979) (H. Büchs) . . . . .
Resolution 3: Dorfbewohner und Dorfentwicklung. Ergebnisse einer Arbeitsta-gung der »Arbeitsgruppe Dorfentwicklung« im »Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa«, März 1982 in Bleiwäsche, Kreis Paderborn. . . . .	201	209
ENTGEGNUNG . . . . .	203	<i>Stadtgeschichte</i>
BESPRECHUNGEN		Agnes Ságvári / Erzsébet C. Harrach (Hrsg.), The Capitals of Europe – Les Capitales de L'Europe. A Guide to the Sources for the History of their Architecture and Construction (W. Treue) . . . . .
<i>Stadtsanierung</i>		210
Herbert Fecker / Willy Leygraf / Joachim Veil (Bearb.), Alte Bauten neu genutzt (= Veröff. der Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen Stuttgart 133) (F. Jaeger) . . . . .	205	211

## Vorschau

Für die nächsten 3 Bände sind u. a. folgende Beiträge vorgesehen:

3/82

- CLEMENS GEISSLER, Hannover  
Siedlungsstruktur und Daseinsvorsorge in Stadt und Land
- ANDREAS MIELCK, Hamburg  
Stadtdichte, Kriminalität und Krankheit
- HARTMUT GROSSHANS, Köln  
Bürgerinitiativen und Stadtteilplanung
- ERNST-RAINER HÖNES, Mainz  
Kulturdenkmal und öffentliches Interesse
- INGRID BROCK, Rom  
Altstadtsanierung: zum Beispiel Urbino

4/82

- KARL LITZ, Zürich  
Raumgeschichte und ihre Arten historischer Erkenntnis
- KLAUS-JÖRG SIEGFRIED, Wolfsburg  
Stadtentwicklung und lokale Geschichts-dokumentation
- PETER PIASECKI, Herne  
Welche Einstellung haben Berufsschüler zu Fragen der Denkmalpflege?

MARC POULAIN, Kassel

Historische Bestattungsstätten, Zur Kasseler Semiologie des Lebenskreises

ULRICH MAYER, Gießen

Die evangelische Stadt und die historisch-politische Bildung

JOCHEN WILKE, Würzburg

Altstadtsanierung: zum Beispiel Karlstadt

1/83

GREGOR LECHNER, Göttingen

Die Madonna als Hauszeichen

HANS-PETER OSWALD, Offenburg

Die Anwendung des Klassenbegriffs auf die feudalistische Gesellschaft

WOLFGANG R. KRABBE, Münster

Der Primat des Bürgermeisters in der preußischen Magistratsverfassung

NICHOLAS BULLOCK, Cambridge

Berliner Wohnungspolitik am Ausgang der zwanziger Jahre

GERT GRÖNING / JOCHEN WOLSCHKE, Hannover

Naturschutz und Ökologie im Dritten Reich

BRUNO JALASS, Stade

Altstadtsanierung: zum Beispiel Stade

Dieser Ausgabe liegen Beilagen folgender Verlage bei: DIFU, Berlin; Klett-Cotta, Stuttgart; Fischer-Verlag, Freiburg; Otto Schwartz u. Co., Göttingen; Stadt Wertheim. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.